

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2.50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Beitragungs-Vereinigung für 1896 unter Nr. 7277.

# Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Beilage oder deren Raum 20 Pf., für Veretnis- und Beschlusungs-Anzeigen 30 Pf. Inerente für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.  
Erscheinungs-Zeit: Amt 1. Nr. 1508.  
Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 4. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Kein Anlaß zur Prüfung?

Ueber den Fall Brausewetter bringt der „Reichs-Anzeiger“ in seiner letzten Nummer, durch gesperrte Schrift besonders hervorgehoben, folgende allem Anscheine nach aus dem preussischen Justizministerium stammende Erklärung.

Bei der Beratung des Staats des Reichsjustizamts ist in der Reichstags-Sitzung vom 1. d. M. durch den Abgeordneten Singer die Behauptung aufgestellt worden, daß der am 18. v. M. in einer Nerven-Heilanstalt verstorbenen Landgerichts-Direktor Brausewetter vom Landgericht 1 hier selbst sich schon während der Ausübung seines Amtes im Zustande der Geisteskrankheit befunden habe, und es hat sich daran eine Erörterung der Frage geknüpft, in welcher Weise gegen die unter Mitwirkung des Direktors Brausewetter erlassenen Urtheile Remedur geschaffen werden könne.

Da eine Besprechung dieser zunächst die preussische Justizverwaltung berührenden Angelegenheiten im Reichstage nicht voranzuführen war, so hat auch in der Sitzung selbst eine Erklärung durch einen Vertreter des preussischen Justizministeriums nicht abgegeben werden können. Es wird daher hier festgestellt, daß nach dem amtlichen Bericht des Landgerichts-Präsidenten und der übereinstimmenden Erklärung der Mitglieder der Strafkammer, deren Vorsitzender Landgerichts-Direktor Brausewetter war, bei diesem bis zum Schluß seiner amtlichen Thätigkeit auch nicht die mindeste Spur einer geistigen Störung hervorgetreten ist und daß er insbesondere in der letzten von ihm geleiteten Sitzung (am 17. Dezember v. J.), wenigstens unter nervöser Anspannung leidend, in voller geistiger Klarheit und sachlicher Beherrschung des Stoffes die Verhandlungen geführt hat. In der Aeußerung eines Kammermitgliedes wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die erst in später Abendstunde erfolgte Publikation des Urtheils in der zuletzt verhandelten Sache eine ganz besonders klare und gewandte gewesen sei. Ebenso hat sich ergeben, daß alle von dem Landgerichts-Direktor Brausewetter bis zum 17. Dezember v. J. schriftlich bearbeiteten Angelegenheiten in peinlich sorgfältiger Art und nach augenscheinlich eingehendem Altestudium durchaus sachgemäß erledigt waren.

Für die Justizverwaltung liegt daher kein Anlaß vor, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob und wie gegen die unter Mitwirkung des Landgerichts-Direktors Brausewetter zu stande gekommenen Strafurtheile Abhilfe zu schaffen sei.

Wir bedauern im Interesse der von der Brausewetter-Kammer in den letzten Jahren Verurtheilten, noch mehr aber in Rücksicht auf das Rechtsbewußtsein des Volkes, daß die Justizverwaltung keinen Anlaß findet, sich mit der Nachprüfung der unter Mitwirkung Brausewetter's zu stande gekommenen Strafurtheile zu befassen.

Was die Erklärung der Mitglieder der Strafkammer anlangt, so steht das von den Herren abgegebene Urtheil in grossem Widerspruch mit den Wahrnehmungen, welche mehrere völlig einwandfreie Personen, die an Gerichtsstelle mit dem Verstorbenen verkehrten, wiederholt zu machen Gelegenheit hatten. Nach unserer Meinung war die ärztliche Untersuchung der Gehirnmasse des Verstorbenen unumgänglich nöthig. Nach uns zugegangenen Nachrichten sollen die Versuche, eine Sektion herbeizuführen, zurückgewiesen worden sein. Uns scheint, daß auch für die Regierung das Urtheil medizinischer Sachverständigen darüber, ob bei Herrn Brausewetter „bis zum Schluß seiner amtlichen Thätigkeit nicht die mindeste Spur einer geistigen Störung hervorgetreten ist“ mehr am Plage und maßgebender gewesen sein müßte, als die Angaben des zu amtlichem Bericht aufgeforderten Landgerichts-Präsidenten und der Mitglieder der Strafkammer. Daß übrigens nicht nur wir der Meinung sind, daß Herr Brausewetter seit längerer Zeit geistig erkrankt war, geht aus nachstehender Notiz hervor, die durch die Presse geht:

Die Akten über die Krankengeschichte des Landgerichts-Direktors Brausewetter sind noch nicht geschlossen. Da Herr Brausewetter unzweifelhaft in dem Schlusstadium der Geisteskrankheit verstarb — er litt vom ersten Tage seiner Ueberführung nach Pantom in die Brand'sche Anstalt an Halluzinationen, rief früh morgens: „Nehmt mir die Hand aus dem Bett“, rief sich nach dem Selbstmordversuch den Verband ab und dergleichen — so ist eine amtliche Vernehmung der behandelnden Aerzte erforderlich, welche unzweifelhaft erfolgen wird, sobald die ersten Anträge auf Revision der von Brausewetter gefällten Urtheile eingehen. Das Urtheil der psychiatrisch geschulten Aerzte geht übereinstimmend dahin, daß die Krankheit bereits ein bis zwei Jahre latent war; alle früher bei der ersten Nachricht von der Erkrankung Brausewetter's von interessirter Seite ausgegangenen Mittheilungen, es liege nur Hysterie vor, werden sich als unzutreffend erweisen müssen, sobald die Sachverständigen amtlich vernommen sind.

Ehe die Regierung eine so bestimmte Sprache im „Reichs-Anzeiger“ führte, hätte sie ein Gutachten des Psychiaters, in dessen Anstalt Brausewetter gestorben ist, einfordern sollen, denn in welche Position bringt sich die Justizverwaltung, wenn nun doch durch ärztliche Sachverständige festgestellt wird, daß dem Tode des Landgerichts-Direktors eine mehrjährige geistige Krankheit vorhergegangen sein muß.

Warum hat die Justizverwaltung nicht vor ihrem Entschlusse, eine Prüfung der Angelegenheit nicht vorzunehmen, ein Votum der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen eingeholt? Diese Deputation hat u. a. die Aufgabe, in gerichtlich-medizinischen Angelegenheiten thätig zu sein und zählt die hervorragendsten Autoritäten, auch Irrenärzte, zu ihren Mitgliedern. Neben dem Gutachten der behandelnden Aerzte hätte ein Votum der Wissenschaftlichen Deputation doch eine bessere Unterlage für die Entschlüsse der Justizverwaltung gegeben, als die Berichte der Brausewetter'schen Amtskollegen, die sich ja selbst einer schweren Unterlassungssünde bezichtigten würden, wenn sie anders berichtet hätten.

Gar so weit hat es der Justizminister doch nicht bis zu seinem Kollegen, dem Minister für Medizinalangelegenheiten und die Erklärung im „Reichs-Anzeiger“ hätte schon noch ein paar Tage Zeit gehabt. Mit der unseres Erachtens haltlosen Erklärung im „Reichs-Anzeiger“ ist die Angelegenheit für die Deffentlichkeit keineswegs erledigt. —

### Politische Ueberflucht.

Berlin, 3. Februar.

Der Reichstag hatte heute programmäßig einen „großen Tag“. Aber mit den „großen Tagen“ geht's wie mit den Revolutionen, sie lassen sich nicht machen, sie werden. Und das neue bürgerliche Gesetzbuch, das man gern zu einem „großen Tag“, sogar zu einer Reihe von „großen Tagen“ benutzte hätte, enthält nicht das Zeug für einen „großen Tag“. Das Hans hat sein Alltagsgesicht — trotz bürgerlichem Gesetzbuch. Gähnende Beere auf den Bäulen. Dagegen feierliche Ausstaltung der Regierung- und Bundesraths-Sitze — der Herr Reichskanzler ist da, was für sich allein schon ein szenisches Ereigniß; ferner Herr v. Schönstedt ist da, desgleichen Staatssekretär Nieberding, Sprechminister und Staatssekretär für Alles: Herr von Bötticher; ein Herr mit blauer Brille, der neben den Justizminister geführt wird, ist der Geheim Rath Bland, der Hauptverfechter des vorliegenden Entwurfs — er ist blind. Ein anderer Geheimrath, der sich mit ihm in die Vaterchaft theilt, ist sehr schwerhörig, denn er hält, wenn ein anderer spricht, stets die Hand muschelförmig hinter das Ohr. Taub und blind — das ist ein wenig verpöndendes Omen.

Begründet wird der Entwurf von Herrn v. Nieberding, der so viel Gutes von ihm sagt, als gesagt werden kann, und noch etliches mehr. Er ist ziemlich bescheiden, und meint, mit dem Code Napoleon halte der Entwurf keinen Vergleich aus, das liege aber an der „schwerfälligen“ deutschen Sprache. Mit Verlaub, Herr v. Nieberding. Statt deutscher Sprache hätten Sie sagen sollen: Juristendeutsch, das in dem bürgerlichen Gesetzbuch wahre Orgien feiert und das allerdings eine Satire ist auf unsere gute deutsche Sprache. Die Sprache, in der ein Lessing, ein Goethe, ein Heine geschrieben, ist gewiß nicht unfähig, Gedanken auszudrücken, sie kann bloß die Abwesenheit der Gedanken nicht so gut verhüllen, wie die französische Schwester — und der Unterschied zwischen dem Code civil und dem bürgerlichen Gesetzbuch ist kein bloßer Stilunterschied — es ist der Unterschied zwischen der Blüthe der Bourgeoisie vor hundert Jahren und ihrer Deladenz heute.

Der erste Redner aus dem Hause war der Zentrumsmann Hinteles. Er hielt von seinem Standpunkt aus eine vortreffliche Rede und übte, soweit nicht seine religiösen und bürgerlichen Anschauungen eine unübersteigliche Schranke bildeten, scharfe und treffende Kritik. Nachdem er, im Einklang mit dem Beschluß einer Konferenz von Vertrauensmännern aller Fraktionen, den Vorschlag gemacht, die ganze Vorlage einer Kommission zu überweisen, die dann ja nach

### Clotilde. (Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von G. M. von Walthausen.

Aber etwas war ja schon erreicht, er war hier; nun galt es aufzupassen, er nahm sich vor, den gleichgültigen, aber aufmerksamen Beobachter zu spielen.

Sein angeborener guter Humor erwachte wieder, er begann über sich selbst zu spötteln.

Er sah sich schon selbst umstrickt von der schönen Sirene; sah sie schon verführerisch eintreten. Mit freundlichen Blicken, holdem Lächeln, süßen Reden, würde das schöne Weib auch ihn überwältigen, so daß auch er, statt ihr den Hals als Rächer umzubringen, bezwungen von ihr ein beruhigendes Tränkchen in den Hals gegossen bekam.

Zur äußersten Vorsicht legte er daher seinen Revolver nicht allzu weit abseits. —

Die schönste Zeit des Lebens, der Brautstand, brachte für Clotilde, für Eugen glückliche Stunden und Tage.

Der vielbeschäftigte Arzt fand noch Muße, sein Bräutchen durch allerhand Aufmerksamkeiten und Gaben zu erfreuen.

Clotilde arbeitete an ihrer Ausstattung.

Einige Freundinnen ließen es sich nicht nehmen, ihr zu helfen. Dabei wurde viel gelacht und genascht, denn der neue Hausbewohner Palavi schickte immer ausgesucht seine Süßigkeiten, um, wie er sagte, den Arbeitseifer der Damen anzuspornen.

Er wußte seine Geschenke in stets zarter Weise und mit freundlichen Worten darzubringen, sodah man sie annehmen und dabei noch herzlich lachen mußte.

Palavi war gefällig. Er erwieh stille Wünsche und suchte sie, ohne daß man es ahnte zu erfüllen.

Dabei sprach er sehr verständig, man erbat seinen guten

Rath, er hatte sich bald unentbehrlich gemacht und war „Hans in allen Gassen“ geworden.

Besonders verstand er sich darauf, Besorgungen und Einkäufe auszuführen. Er brachte immer das Beste und doch so unbeschreiblich billig.

Das Meublement zum neuen Hausstande der jungen Leute hatte er mit gutem Geschmac ausgewählt und so preiswerth angekauft, daß selbst Brambach darüber staunte, als er Palavi die ausgelegten Beträge hinzahlte.

Palavi strich das Geld ungezählt ein, aber er betrachtete, wenn er allein war, die Bauscheine genauer. Aber warum gerade die Bauscheine?

Palavi ließ den Zweck, weshalb er hier war, nicht aus den Augen.

Wenn er Brambach zu Geldausgaben verleitete, so geschah es, um die Vermögensbestände und Geldsorten Brambach's zu erschöpfen. Aber auch dieser war schon. Palavi kam zu keinem Anknüpfungspunkte, doch suchte er seinen Wirth Brambach immer sicherer zu machen.

Georgine war, wie früher, auch jetzt nicht für kleine Geschenke unempfänglich. Sie war entzückt über die Hochzeits-Geschenke, die Palavi dem jungen Paare in wahrhaft fürsüchtlicher Art zugebracht, als er sie ihr, im Vertrauen schon vorher zeigte.

Clotilde war überglücklich. Wenn Eugen kam, flog sie ihm entgegen und hatte ihm immer so viel zu erzählen, daß Langenberg kaum zu Worte kam. Doch er hörte sie so gern reden, sie sprach so wohlthönend, lieblich und naiv, ihr Lachen klang so herzlich.

Manchmal war sie jedoch plötzlich träumerisch ernst geworden, hatte Eugen umhast und ihn an sich gezogen, als könne sie ihn verlieren und hatte geschluckt, ohne sich im nächsten Augenblicke erklären zu können warum.

Wegen dieses Anflugs von traumhaftem Traurigwerden

suchte ihr Doktor Langenberg oft Zerstreuung zu bieten. Er führte sie öfter ins Konzert und Theater.

Einnmal hatten sie sich Shakespears „Hamlet“ angesehen.

Bei der Stelle, wo im Schauspiel dem König vom Bruder Gift in die Ohren geträufelt wird, war Clotilde wie ohnmächtig ihrem Eugen an die Brust gesunken, und als er sie darauf nach Hause gebracht, hatte sie ihn gebeten, er möge sie Ophelia nennen.

Ihrem Verlobten gelang es indes bald, ihre frohe Laune wieder herzustellen, und nach und nach wichen diese traumhaften Zustände ganz einer steten glücklichen Zufriedenheit, die sich durch helles, fröhliches Lachen nur zu oft äußerte.

Palavi war im Stillen beschäftigt, einen Polsterabendscherz einzustudiren. Man sah ihn regelmäßig jeden Tag in eine nahe gelegene Wohnung gehen, die er für seine Dienerschaft gemiethet hatte. Dort speiste er.

Doch warum nicht im Hause Brambach's?

Palavi hielt sich seinen eigenen Koch, und hatte diesen nebst Familie von Italien mitgebracht.

Die Familie seines Köchlings bestand aus zwei Zwillingsschwesterpaaren. Ein Jüngling von 19 Jahren, der uns als Ganymed vorgestellt ward, hatte wie seine Zwillingsschwester, uns als Hebe bekannt, wunderschöne Gesichtszüge und echt klassische Körperformen. Das andere Zwillingsschwesterpaar waren zwei sechzehnjährige Mädchen, ebenfalls sehr wohlgebildet, in denen wir die beiden Pagen wieder erkennen.

Die Mutter der Kinder, des Kochs Frau, war gestorben. Palavi ließ sie kaum vermissen, er sorgte für diese Familie in wahrhaft hochherziger Weise.

Diese fünf Personen sollten den Polsterabend-Scherz vorführen. (Fortsetzung folgt.)



Gutdanken Theile direkt ins Plenum bringen könne, und nachdem er sich zu Anfang warm für das Zustandekommen des Gesetzbuches erklärt hatte, kam zum Schluß der Pferdefuß: „Wir halten fest an der christlichen Ehe. Die Zivilehe ist das Produkt der französischen Revolution. Wir erkennen dem Staat nicht das Recht der Ehegesetzgebung zu und werden, wenn unseren Anschauungen nicht Rechnung getragen wird, gegen den ganzen Entwurf stimmen.“ Es war nur wenig und nicht lebhafter Beifall auf den Zentrumsbänken. Die Kulturkampfstimmung ist verfliegen — zum Teil ist der Eifer, das Phlegma ist geblieben. Das war auch an dem armen von Cuno zu merken, der Rintelen folgte und für sein national-liberales Hurrah! kein Verständnis und keinen Widerhall fand, so daß er bald zusammenklappte wie ein Taschenmesser. Ebenso kläglich wie das nationalliberale verpuffte das konservative Hurrah des Herrn v. Buchta. Er hatte den Erfolg, daß das Haus sich leerte und daß die zwei folgenden Redner: Schröder (fr. Vg.) und Benschner (st.) kein Gehör mehr fanden, was übrigens kein Unglück. Um 5 Uhr verlegte sich das Haus. Die Debatte wird morgen fortgesetzt und mit Uebergehung des Schwermetallgesetzes, der nachher stattfinden soll, in den folgenden Sitzungen bis zu Ende geführt. Man rechnet auf vier Tage — es kann jedoch länger dauern. Für unsere Fraktion werden Stadt, Hof und Prohme reden. Die Niedersetzung einer Kommission ist gewiß.

Auf den Tribünen waren viele Juristen, wie das sich erwarten ließ. —

**Im preussischen Abgeordnetenhaus** wurde auch am Montag bei der fortgesetzten Beratung des landwirtschaftlichen Etats über die Nothlage der Landwirtschaft in allen Tonarten gellagt. Das ewige Eimerlein, das hierbei zu Tage gefördert wird, ist so langweilig, daß man sich nicht darüber wundern darf, wenn der größte Theil der Abgeordneten es vorzog, heute durch Abwesenheit zu glänzen. Charakteristisch für das Verhältnis zwischen Agrariern und Regierung, die beide auf die Dauer nicht von einander lassen können, ist der Wendepunkt, den das Benehmen der Agrarier zum Landwirtschafts-Minister zeigt. Noch vor wenigen Tagen bezeichnete Herr v. Hammerstein bekanntlich bei der Beratung des Antrages Kanth im Reichstage die Agitation des Bundes der Landwirthe als gemeingefährlich. Die Entrüstung der Junker über dieses Auftreten hielt nicht lange an; schon am ersten Tage der Debatte über den landwirtschaftlichen Etat im Abgeordnetenhaus war höchstens noch eine kleine Bemerkung bemerkbar, und heute ist die Ausöhnung vollständig. Betonte doch Herr v. Puttkamer-Plauth ausdrücklich, daß seine Freunde trotz der Meinungsverschiedenheit betreffs des Antrages Kanth volles Vertrauen zu dem Minister hätten, und sein Fraktionskollege, Herr v. Waldow, fügte hinzu, daß auch die Währungsfrage, die beinahe so wichtig sei, wie der Antrag Kanth, seinen Grund zu Zwistigkeiten gebe. Der Minister möge bedenken, daß die Agrarier durch Noth zur Agitation getrieben würden, während andere Parteien aus politischen Motiven agitirten. Sehr arg wurde den Herren Niderst und Gothein mitgespielt, die den Dank dafür ersteten, daß sie sich dem Minister als freiwillige Bundesgenossen angeboten hätten. Die Erwähnung der Getreidespekulationen der Firma Cohn u. Rosenberg seitens des Abgeordneten Ring veranlaßte den Minister zu der bereits im Reichstage abgegebenen Erklärung, daß derartige Manipulationen durch das Börsenreform-Gesetz ein Ende gemacht werden sollte. Von Interesse ist noch der Wist im Lager der Zentrumsparthei, der heute offen in die Erscheinung trat. Graf Strachwitz, zugleich Mitglied des Zentrums und des Bundes der Landwirthe, verfuhr die nachweis zu führen, daß auch Zentrums-Abgeordnete ohne Gewissensbisse dem Bunde beitreten könnten, da dieser nicht politisch sei. Unter lebhaftem Beifall des Zentrums bewies der Fraktionskollege Abg. Herold die Unrichtigkeit der Ausführungen des Grafen Strachwitz. Schon die Thatsache, daß zur Zeit der Militärvorlage keine Versammlung des Bundes abgehalten wurde, in der nicht auch dieses Thema erörtert wäre, sei ein Beweis dafür, daß der Bund der Landwirthe eine politische Partei sei, mit der das Zentrum nicht zu thun habe. Es sei Zeit, daß die wenigen Mitglieder des Zentrums, die dem Bunde angehören, sich von diesem trennten. Herr v. Los hat also das Vergnügen, nicht allein aus der Thür gewiesen zu werden. — Die Klagen der Agrarier sind noch nicht beendet. Die weitere Beratung mußte deshalb auf Dienstag vertagt werden. —

**Die Trennung Stöcker's von den Konservativen.** Eine authentische Mittheilung über die Verhandlungen, die zum Austritt Stöcker's aus der konservativen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses geführt haben, veröffentlicht die „Konservative Korrespondenz“:

„In der am 1. Februar stattgehabten Sitzung des geschäftsführenden (Eiser-) Ausschusses der konservativen Partei erklärte Herr Hosprediger Stöcker sich bereit, die folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„In meiner Kirchenzeitung vom 25. Oktober v. J. habe ich erklärt, daß ich seit Jahr und Tag die Haltung des „Volk“ gegenüber der konservativen Partei öfter scharf gemißbilligt habe; die Redaktion des „Volk“ hat diese Thatsache ausdrücklich anerkannt. Zugleich habe ich die Linke bezeichnet, auf welcher das „Volk“ meines Erachtens sich halten muß. Nach den stattgehabten Auseinandersetzungen ist es selbstverständlich, daß ich das „Volk“ zu meinen Veröffentlichungen erst dann wieder benutzen werde, wenn es die von mir bezeichnete Linke innehält.“

Der Eiser-Ausschuß lehnte diese Form der Erklärung mit neun gegen zwei Stimmen ab; nahm dagegen mit derselben Stimmenmehrheit die nachstehende Fassung an:

„In anbetragt, daß die Haltung, welche das „Volk“ gegenwärtig in wichtigen Fragen einnimmt, mit konservativen Grundgedanken unvereinbar ist und die konservative Partei, der ich angehöre, schädigt, erkläre ich, daß ich mit diesem Blatte, auf das ich schon lange einen maßgebenden Einfluß nicht mehr besitze, nichts mehr gemein habe und jede auch nur mittelbare Verantwortlichkeit für dessen Inhalt ablehne.“

Da Herr Hosprediger Stöcker sich außer Stande sah, dieser Fassung zuzustimmen, erklärte er seinen Austritt aus dem Eiser-Ausschuß.“

Wie dasselbe Organ weiter berichtet, hat Herr Stöcker seinen Austritt aus der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses angemeldet.

Zur richtigen Würdigung dieses Vorganges muß man wohl im Auge behalten, daß nicht etwa ein Feinlichkeitsbedürfnis, von dem so viel geredet wurde, die konservativen Parteiführer zur Abschüttelung des Herrn Stöcker veranlaßt hat. Alle Zweideutigkeiten des aalglatten Hospredigers hat die konservative Partei wenn nicht mit Wohlgefallen, so doch ohne Mißfallen angesehen. Der Scheiterhaufen-Brief, in dem der Hosprediger sich als gewandter Hintertreppen-Strategie offenbarte, erregte Anfangs bei einigen zartbesaiteten Gemüthern der Partei hartes Unbehagen, indeß ihre sanften Proteste wurden bald übertönt durch den Kornbäntelärm der jubelnden Herrschaften im Lande, die ihren Stöcker nicht entbehren wollten. Und hatte er nicht stets zu jeder reaktionären

Maßregel bereitwillig die Hand geboten, war er nicht brauchbar als Agitator? Zimperlich sind die Konservativen nie gewesen. Nein, seinen persönlichen Verfehlungen hat Herr Stöcker es nicht zuzuschreiben, daß er jetzt aus dem konservativen Nest herausgehoben wurde. Eine bittere Satire auf die Volkstheoretiker der „Jungen“ Konservativen ist es, daß Stöcker's Sturz auf eine für ihren Geschmack zu ernstliche Verfechtung sozialer Reformbestrebungen durch einige jüngere Schüler des christlich-sozialen Hospredigers a. D. zurückzuführen ist. „Das Volk“ wurde bei Hofe anrühlich und erregte Unbehagen in der konservativen Parteileitung. Herr Stöcker versuchte es bis zum letzten Augenblick, durch eine Schanckelpolitik sich hoch und parteifähig zu erhalten. Aber Stumm's Geist war mächtig geworden unter seinen Widersachern. Man hielt ihm eine Erklärung vor, mit deren Unterschrift er einen moralischen Selbstmord vollzogen hätte. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als zu gehen. Herr Stöcker ging.

Es heißt jetzt, daß auch der Freiherr v. Durant, der bei der Abstimmung im Eiser-Ausschuß sich auf Stöcker's Seite gestellt hatte, nunmehr auch aus diesem Ausschuss austreten würde. Sicher ist indeß nur, daß ein früheres Reichstagsmitglied Krug von Nidda seinen Austritt aus der konservativen Partei erklärt hat mit der Begründung:

„Die Prozedur des Eiser-Ausschusses der Konservativen gegen den Hosprediger Adolf Stöcker widerspricht meinen konservativen Traditionen.“

Das „Volk“ prophezeit der konservativen Partei den unaushaltbaren Niedergang. Sie wird in dem mittelparteilichen Bunde versumpfen.

Von den Mittelparteien wollen indeß weder die „Kreuz-Zeitung“ noch der „Reichsbote“ etwas wissen. Beide Blätter wissen sich vor Wehmuth nicht zu lassen und zu fassen, daß Adolf der Aalglatte sich jetzt auf anderen Pfaden dahinschlängeln soll; beide indeß hoffen, daß er den bösen Ruben vom Schlage Naumann's nicht folgen werde. Während aber die „Kreuz-Zeitung“ den ehemaligen Freund Hammerstein's ermutigt, mit ihr, wenn er auch getrennt marschire, doch vereint zu schlagen, giebt ihm Pastor Engel im „Reichsbote“ den brüderlichen Rath, sich nunmehr von dem politischen Leben ganz zurückzuziehen und sich auf das Wirken in der inneren Mission zu beschränken.

Den Gefallen wird Bruder Stöcker dem Bruder Engel aber wohl schwerlich thun. —

**Faber und Gerol.** Wie recht wir mit unserem Protest gegen den kläglichen Beschönigungsversuch für Hosprediger's Gladiatorengruß hatten, wird durch folgende Mittheilung der „Kreuz-Zeitung“ bestätigt:

„Ueber den mißlungenen Versuch der kirchlichen Korrespondenz, das Jit: „Ave Caesar, morituri to salutant“ aus Gerol's Gedicht zu erläutern, schreibt uns ein Leser: In Nr. 52 befindet sich eine entsetzliche Erklärung für das Predigtwort: „Ave Caesar, morituri to salutant!“ Dieser Versuch einer Erklärung läßt dieses Jit an dieser Stelle nur um so ungeeigneter erscheinen; denn in dem schönen Gerol'schen Lied über die christlichen Märtyrer heißt es im Anfang: „Heil Caesar dir! Dich grüßen, die da sterben!“ So ruft der Gladiatoren rauher Chor;“ und B. 7: „Sie grüßen ihren Caesar, doch nicht jenen, der in die Hand sein sines Haupt dort stößt.“ „Heil Christus dir! Dich grüßen, die da sterben!“ Es wäre wohl besser gewesen, bemerkt dazu die „Kreuz-Zeitung“, das Gerol'sche Lied nicht zu solcher Erklärung heranzuziehen.“

Das meinen wir auch. Durch diesen verunglückten Rettungsversuch hat das kirchliche Blatt den schneidigen Hosprediger erst recht in die Linde gebracht. —

**Die sächsische Reaktionäre** sind durch die stürmischen Massenproteste gegen das geplante Wahlrechts-Attentat ungewisslich verblüfft worden, allein es wäre vortheilhaft, wenn man hieraus den Schluß ziehen wollte, das Attentat sei aufgegeben. Die Umsturzbewegung, welche sich gegen das allgemeine Wahlrecht richtet und die Grundlage der Reichsverfassung, wenn es nicht anders geht, durch einen Staatsstreich beseitigen will, ist tief in den deutschen Verhältnissen begründet; das sächsische Attentat ist nur ein Theil dieser Bewegung — es war nicht eine Augenblicks-laune, sondern es ist Plan und Methode darin und die Durchführung wird jedenfalls versucht werden.

Drum kein Nachlassen! Es ist eine Kraftprobe zwischen Volk und Regierung. Das sächsische Volk muß beweisen, daß es der stärkere Theil ist.

Uebrigens ist die sächsische Regierungsvorlage zur Verschlechterung des Landtagswahlrechts bereits fertig und wird noch im Laufe dieser Woche — nach einer Meldung schon heute — dem Landtage zugehen. Wir werden die Grundzüge ohne Verzug unseren Lesern mittheilen.

Am Sonntag wird die nationalliberale Partei Sachsens auf ihrer Landesversammlung in Leipzig sich mit der Vorlage beschäftigen; und wer diese Menschensorte kennt, wird sich nicht dem Wahn hingeben können, daß von ihnen ernstlicher Widerstand zu erwarten ist. Die Arbeiter haben auch hier wieder den Kampf für die bürgerliche Freiheit zu führen. Und jetzt gilt es das Einsehen aller Kraft! —

**Polizeilicher Anarchismus?** Eine höchst sonderbare, aber für Leute, deren Gedächtniß die Jhring-Mahlons und Konforten noch nicht entfallen sind, doch nicht gerade verwunderliche Geschichte kann unser Eiberfelder Bruderblatt, die „Freie Presse“ erzählen. Am 26. Januar sollte in Eiberfeld ein „Anarchistenkongreß“ stattfinden, an dem Delegirte aus Schlesien, Baden und anderen Theilen Deutschlands theilnehmen sollten. Der Kongreß wurde polizeilich verboten, und dieses Verbot hat eine geheimnißvolle Vorgeschichte. Am Sonntag, 19. Januar erhielten nämlich die paar Abonnenten des Anarchistenorgans „Sozialist“ in Barmen und Eiberfeld von dem Kolporteur desselben, einem Schuhmacher namens Tilsner, die Aufforderung, am Nachmittage um 4 Uhr in die Wohnung eines Parteigängers in der Gesundheitsstraße in Eiberfeld zu erscheinen, ohne irgend eine genauere Angabe des Zweckes der Zusammenkunft. Der betreffende selbst, bei dem die Zusammenkunft stattfinden sollte, erhielt die Mittheilung von derselben erst kurz zuvor, als die anderen Geladenen schon auf dem Wege zu ihm waren, er mußte also offenbar gar nichts von dem ganzen Arrangement. Er war sehr überrascht, als er nach einigen kurzen Spaziergängen in Begleitung eines Fremden seine Wohnung betrat und diese von Polizisten besetzt fand, die zwar jeden hinein, aber niemand wieder heraus ließen. Der in solchen Dingen erfahrene und bekannte Polizeikommissar Kammerhof leitete die ganze Polizeiprozedur. Etwa 7-8 Personen, darunter einige Frauen, wurden notirt. Herr Gummerborn von Barmen und ein Herr Bextrom von Köln, der

nach Barmen gekommen war, um eine Stellung anzunehmen, wurden verhaftet, peinlich durchsucht, dann aber wieder freigelassen. Herr Kammerhof zeigte sich von allem am besten unterrichtet; während von den Geladenen und Gekommenen niemand wußte, wer alleß und zu welchem Zwecke sie geladen waren, sagte der Herr Kommissar während der Prozedur, „ich bin etwas zu früh gekommen, die und die Personen (er nannte einige Abonnenten des „Sozialist“) fehlen noch, die sind doch auch geladen, um an der Versammlung theilzunehmen.“

Ebenso charakteristisch ist eine Aeußerung von dem Kolporteur des „Sozialist“. Als Kammerhof die beregte Wohnung betrat, rief der Tilsner sofort: „Herr Polizeikommissar, ich bin Vorsitzender des Vereins „Frei-Wort“ gewesen, das waren Versammlungen, aber dies hier ist keine Versammlung. Sie haben hier nichts zu thun.“ Natürlich imponirte diese Aeußerung dem Kammerhof dergestalt, daß er sich garricht daran äußerte; er kannte seine Leute! — Dann bemerkte er noch: „Dem Anarchistenkongreß zu heut über 8 Tage steht polizeilicherseits nichts im Wege.“

Die bei dieser eigenartigen Zusammenkunft Notirten erhielten nachträglich ein polizeiliches Strafmandat von 30 Mark, gegen welches sämtliche davon Betroffenen auf richterliche Entscheidung Antrag gestellt haben. Bei dieser gerichtlichen Verhandlung dürfte es zu eigenthümlichen Feststellungen kommen. Zu dem von der Polizei in letzter Stunde verbotenen „Anarchistenkongreß“ waren im ganzen fünf Personen erschienen, unter denen ein Schreiber aus Düsseldorf, die alle zusammen von der Polizei gefasst waren.

Der Schuhmacher Tilsner steht schon seit längerer Zeit mit dem Polizeikommissar Kammerhof in Verbindung. Bei Gelegenheit der Anwesenheit des Reichstags-Abgeordneten Mollenbuhr in Eiberfeld, nach der Auflösung der Versammlung auf dem Johannisberg am 14. August v. J. besuchte Mollenbuhr in Begleitung einiger Parteifreunde ein dortiges Lokal, um ein Glas Bier zu trinken. Bei dieser Gelegenheit machte sich Tilsner in der auffälligen Weise bemerkbar. Er war sehr aufgeregt, erzählte Mollenbuhr und den anderen Parteifreunden, daß er verfolgt werde, er sei Anarchist gewesen, habe mit der Polizei Verbindung gesucht und mit Kammerhof verhandelt. Jetzt habe er sich seine Verrätherie so zu Herzen genommen, daß er keine Ruhe mehr finde, er müsse sich das Leben nehmen und zwar noch in dieser Nacht; nach Hause gehe er nicht mehr. Einige Parteifreunde suchten den Mann zu beruhigen und nach Hause zu begleiten, aber vergeblich, er lief in höchster Aufregung in die vorgeschrittene Nacht hinein. — Dieser selbe Tilsner drängte sich an eine von ihm vertrathenen Gesinnungsfreunde wieder heran, übernahm die Vertheilung des „Sozialist“, lieferte die Abonnentenliste dem Polizeikommissar Kammerhof aus, arrangirte die Zusammenkunft vom 19. Januar, die von der Polizei dann so bequem aufgehoben werden konnte, und zuguterletzt, als der „Kongreß der Anarchisten“ vom 26. Januar verboten war, suchte er einen geheimen Kongreß zu organisiren.

Soweit die Nachrichten aus Eiberfeld. Sie bekräftigen nur die alte bekannte Geschichte. Ein paar vertrauensfelle Kradfahrer oder überspannte Köpfe verbinden sich mit irgend einem zweifelhaften Burschen, dieser berichtet dann der Polizei eine graufige Geschichte, die im Werke ist und die Kammerhof und Genossen, welche den Schwundel genau kennen, benutzen die Gelegenheit, um billige Vorbeeren einzuhelfen. So lange es naives Gemüther giebt, welche denken, wie der Tilsner einer zu sein scheint, auf den beim gehen, wird es an Vorgängen, wie vorstehend einer geschildert ist, nicht fehlen. Wir können da nur den Rath geben: Trau, Schau, wem?

**Zur Veröffentlichung des Gnadeverlasses im „Vorwärts“.** Die Presse hat, von einigen schmählichen Ausnahmen abgesehen, gegen das gegen den „Vorwärts“ gerichtete Verfahren protestirt. Der Postbericht meldet, daß der Hauptmann der Reserve Dr. Köche, Chef der Firma Mittler u. Sohn, die das „Armeekorrespondenzblatt“ verlegt, vom Kaiser in Audienz empfangen wurde. Man bringt dies mit der Veröffentlichung des „Vorwärts“ in Zusammenhang. —

**Der internationale Bergarbeiterkongreß** wird dieses Jahr nicht, wie bedingungsweise beschlossen war, in Lüttich stattfinden, sondern in London, das für den Fall, daß die Ausweisung der französischen Delegirten Lamandin und Bazly aus Belgien nicht rückgängig gemacht werde, in Aussicht genommen war. Die Ausweisung der beiden Genannten besteht fort.

**Die allgemeine Lage** ist fortwährend sehr ungewiß. Die alarmirendsten Gerüchte und Kombinationen entstehen, und die russische, französische und englische Presse beschäftigt sich auffallend viel mit einer Aeußerung, die der König von Schweden neulich bei Eröffnung des Reichstags gehalten. „Der Weltfriede“, sagte er damals, „sei zwar thatsächlich noch nicht gestört, er könne es aber bald werden.“ Das war allerdings eine starke Sprache für eine Thronrede. Der König von Schweden ist nun freilich keine sehr wichtige Persönlichkeit, doch er sitzt in nordischen Wetterwinkel und kann merken, welcher Wind in Petersburg weht. Thatsache ist: in der Türkei sind die Dinge dergestalt verfahren, daß an eine andere Lösung als durch die Waffen kaum mehr zu denken ist. Die Engländer haben sich, wie aus der letzten Rede Salisbury's erhellt, die armenische Frage vom Hals geschafft, und werden jedem Versuch anderer Mächte, militärisch in der Türkei zu interveniren, sich widersetzen. Aufstand aber, das die Armenier zum Aufstand getrieben hat, verliert die Früchte zehnjähriger Umsturzarbeit, wenn es seine Schlinglinge jetzt im Stich läßt.

Uebrigens wird auch in Ostasien die Lage wieder gefährlich. Die Japanesen haben seit dem Abschluß des Friedens mit China kolossal gehähet, und, nach englischen Zeitungen, glauben die japanischen Militärs, im Frühjahr für einen neuen Krieg im größeren Stil fertig zu sein. Und das Frühjahr ist vor der Thür. —

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Berlin. Wegen Majestätsbeleidigung verhandelte gestern die II. Strafkammer des Landgerichts Berlin II gegen den Maurermeister Hermann Helwig aus Charlottenburg. Die Verhandlung, welche unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, ergab, daß der Angeklagte im Sommer v. J. sich eines Tages in angetrunkenem Zustande in dem Lokal des Restaurateurs Schröder am Kurfürstendamm aufgehalten hatte. Da er in seiner Trunkenheit großen Lärm verursachte, ersuchte ihn der Wirth, sich ruhig zu verhalten, indem er darauf aufmerksam machte, daß hohe Herrschaften und wohl auch der Kaiser dort vorbeifahren würden. Helwig äußerte, das wäre ihm egal und bediente sich dabei mit Bezug auf den Kaiser einer Aeußerung, die zu der Anklage Anlaß gab. — Der Gerichtshof nahm zwar Rücksicht auf den Zustand des Angeklagten, erkannte aber in der Erwägung, daß derselbe wegen Majestätsbeleidigung bereits vorbestraft ist, auf



9 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 3 Jahre Gefängnis beantragt.

Aus dem Bericht geht nicht hervor, ob der Gastwirth, der durch den Hinweis auf vorübergehende hohe Herrschaften den Betrunknen zu seinen inkriminirten Aeusserungen reizte, den Denunzianten abgegeben hat, oder ob ein anderer diese Rolle gespielt hat.

Hagen in Westphalen, 1. Februar. Vor der Strafkammer zu Hagen hatte sich heute der Bergmann Hermann Schmidt wegen Missethatsbeleidigung zu verantworten. Schmidt hatte am 10. Dezember v. J. auf der Perberge zu Hohen-Limbung in Gegenwart eines Genarmen eine beleidigende Aeusserung über den Kaiser gemacht. Er wurde dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Es ist dies unter dem Septemberurtheil der erste derartige Prozeß vor der hiesigen Strafkammer. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Das englische Parlament tritt nächsten Dienstag, den 11. d. Mts., wieder zusammen. Die Adreßdebatten werden, angesichts der kritischen Weltlage, von ungewöhnlichem Interesse sein.

### Deutsches Reich.

In der heute stattgehabten Sitzung des Kolonialraths wurde, wie offiziell mitgeteilt wird, Bericht erstattet über den Entwurf eines Auswanderungs-Gesetzes, sowie über den Entwurf, betreffend die Ableistung der Wehrpflicht in den Schutzgebieten. Der Bericht ist abgefaßt auf Grund der Berathung des hierzu eingesetzten siebenköpfigen Komitees. Nach anderen Mittheilungen will man über die Berathungen wegen des Auswanderungsgesetzes nicht in die Oeffentlichkeit gelangen lassen, weil dabei auch die Frage der Ableistung der Wehrpflicht in den deutschen Schutzgebieten und die Stellung der katholischen Missionare hierin zur Behandlung kommt.

Es ist aber auch die höchste Zeit, daß die schwarzen, braunen und weißen Menschenbrüder in den Kolonien sammt und sonders langsame Schritt und Knöpfe putzen lernen.

Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Herr v. Bevegow, der frühere Reichstagspräsident, hat mit Rücksicht auf sein vorgeschrittenes Alter und häusliche Verhältnisse den Provinzialausschuß gebeten, seine Entlassung aus seiner Stellung beim Provinzial-Landtage zu befürworten. Zum Nachfolger ist angeblich der Führer der Deutschkonservativen, Herr v. Wanteuffel, seit 1872 Landrath des Kreises Ludau, Mittegutbesitzer auf Krossen bei Drahnendorf anzuweisen.

Ein Soldatenmordhandlungs-Prozeß. Im Juli v. J. erschien in der demokratischen Düsseldorf-„Bürgerzeitung“ ein Artikel, in dem eine Reihe von Soldatenmordhandlungen aufgedeckt wurden, die der Sergeant Selzer vom 39. Regiment direkt veranlaßt haben sollte. Auch dem Gefreiten Jakob mit einer Krutenqualerei vorgeworfen worden. Infolge des Artikels war gegen Redakteur Stoffers Anklage erhoben worden wegen Beleidigung des Sergeanten Selzer und des Gefreiten Jakob. Diese Anklage gelangte nach der „Frankf. Ztg.“ am 30. Januar zu Verhandlung vor dem Düsseldorf-er Landgericht.

Drei Zeugen wurden vernommen. Führer Binn beklagte: Im Juli lag die Kompanie in Oberbill in Quartier. Eines Sonntags hielt Sergeant Selzer Appell und befahl dabei mehreren Rekruten, auch den Zeugen, da ihre Röcke nicht in Ordnung seien, an der Front der Korporalschaft vorbeizugehen und den „alten Leuten“ die Röcke zu zeigen. Dabei wurden sie von den alten Leuten getreten und gestochen. Er habe die Mißhandlung gemeldet, die u. a. auch den Rekruten Hohagen und Bedauf zu theil wurde. Der Hauptmann und der Feldwebel haben ihm dann den Befehl mit seinem verheirateten Bruder, der ihm durch Raub und Raubthat bestraft, verboten. Der Gefreite Jakob hatte ihn anderen Tages zu sich bestellt und sich den sechsten Rock vorzeigen lassen; er habe daran alle Futterstücke aufgetrennt und befohlen, ihn bis zum andern Tage fertig zu nähen. Auf seine Beschwerde beim Hauptmann habe Folge dann Strafbüchsen erhalten.

Führer Hohagen bezeugt, daß auch er beim Appell in der geschilderten Weise mißhandelt worden sei; später sei er auch auf der Stube von „alten Leuten“ mißhandelt worden, drei Mann hätten ihn im Bett überfallen und mit Stöcken und Klopfspeichen blutrünstig geschlagen. Wegen der vielen Mißhandlungen, die er auch dem Sergeanten Selzer gemeldet, habe er sich tödten wollen.

Zeuge Bedauf, der jetzt Gefreiter ist, bekräftigt dagegen, daß er oder ein anderer bei dem Appell mißhandelt worden sei. Sergeant Selzer habe keinen Rekruten die Front entlang geschickt. Bedauf blieb trotz eindringlichster Verwarnung bei dieser Aussage. Als dann aber der Staatsanwalt wegen Verdachts eines Meineids Protokollierung der Aussagen der Zeugen Binn und Bedauf beantragte, widersprach dieser seine Aussage und bestätigte alles, was Binn und Hohagen gesagt hatten; in einem vor dem Militärgericht aufgenommenen B. skoll fand sich denn auch noch, daß Bedauf vor dem Militärgericht schon das Gegentheil bezeugt hatte.

Nach diesem Beweisergebnis erkannte das Gericht auf Freisprechung, weil in vollem Umfang der Wahrheitsbeweis erbracht worden sei. Der Bericht über diese Verhandlung reißt sich anderen Sensationsprozeßen neuerer Zeit mürdig an, in denen gleichfalls nicht die Angeklagten, sondern andere Leute dem Urtheil der Oeffentlichkeit anheimfelen.

Hannover, 3. Februar. Der Provinzial-Landtag der Provinz Hannover wurde heute Nachmittag durch den Oberpräsidenten v. Bennigsen eröffnet.

Die Instruktion der Bundesraths-Bevollmächtigten im badischen Landtage. In der letzten Sitzung der Kommission zur Berathung der Verfassungsrevision gab die Regierung folgende schriftliche Erklärung auf den Antrag Muser und Genossen, die Instruktion der Bundesraths-Bevollmächtigten betreffend, ab:

Der Antrag des Herrn Muser und Genossen erscheint der großherzoglichen Regierung unannehmbar. Die großherzogliche Regierung anerkennt ihre verfassungsmäßige Verantwortlichkeit für die Instruktion der Bundesraths-Bevollmächtigten, wie für alle Regierungshandlungen; sie ist daher jeder Zeit bereit, ihre Aufklärung in denjenigen, die Landesinteressen berührenden Reichsangelegenheiten, die von den Ständen erörtert werden, auf Anfrage darzulegen, insoweit dies mit ihren bundesrechtlichen Verpflichtungen und den Staatsinteressen verträglich erscheint. Dagegen vermag die Regierung eine Verpflichtung zur nachträglichen Mittheilung aller ihrer Verfügungen an die Bundesraths-Bevollmächtigten nicht zu übernehmen. Eine ständige Mitwirkung bei diesen Regierungshandlungen läßt sich verfassungsmäßig nicht begründen und ein solches Verfahren würde zudem thatsächlich zur Verletzung des im Reich geltenden, in § 26 der Geschäftsordnung niedergelegten Grundsatzes der Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen des Bundesraths durch die badische Regierung führen.

Auf Grund dieser Erklärung der Regierung kam die Kommission in ihrer national-liberalen und konservativen Mehrheit unter Ablehnung des Muser'schen Antrages und zweier Eventualanträge des Zentrums, welche die Berichterstattung auf

im Bundesrath bereits erledigte Sachen beschränkt wissen wollten, zu folgendem Antrag:

Nachdem die Regierung ihre Verantwortlichkeit für die Instruktion der Bundesraths-Bevollmächtigten, ihre Pflicht zu Auskunftsertheilung über ihre Auffassung in die Landesinteressen berührenden Reichsangelegenheiten anerkannt habe, sei dem Antrag Muser und Genossen keine weitere Folge zu geben.

### Oesterreich.

Wien, 3. Februar. Im niederösterreichischen Landtage kündigte der Statthalter Graf Niemannsdorff namens der Regierung an, daß beim Wiederausammentritt des Reichsraths ein Gesetzentwurf vorgelegt werde betreffend die berufsgenossenschaftliche Organisation der Landwirthe unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Kronländer; in dem Gesetzentwurf werde der autonomistische Standpunkt eine stärkere Betonung erfahren. — Der Landtag nahm die Regierungsvorlage betreffend Abänderung des Programms für die finanzielle Sicherstellung der Ausföhrungen der Wiener Verkehrsanlagen einstimmig an.

### Ungarn.

Budapest, 3. Februar. Nach Angaben von sozialistischer Seite plant die Regierung für die Dauer der Wilsentiumsfester vollständige Unterdrückung der sozialistischen Organisation, die Auflösung zahlreicher Fachvereine, die Ausweisung ortsfremder Personen, besonders der Polen, die Internirung der anführer Arbeiterführer und die Stellung notorischer Sozialistenführer unter Polizei-Aufsicht.

Budapest, 3. Februar. Die rumänische Liga richtete an sämtliche Fiskalen ein Zirkular, in welchem sie zur Neutralität gegenüber den politischen Vorgängen in Ungarn und Rumänien auffordert.

Das neue Patentgesetz tritt am 1. März dieses Jahres in Kraft.

### Frankreich.

Paris, 1. Februar. Die Deputirtenkammer verwarf nach langer Debatte in Gemäßheit des Antrages der Regierung den Artikel 1 der Vorlage betreffend die Verschärfung der Butter. Dieser Artikel sollte eine Vermischung der Butter mit Margarine durchaus untersagen. Die Berathung über die Vorlage wird am Montag fortgesetzt werden.

Zu den (Radikal) stellte eine Anfrage über die Aussage eines Zeugen vor dem Schwurgericht zu Moulins, in welcher der Regierung unterzogen wird, sie hätte an der Veröffentlichung der Liste der 104 Theil gehabt und der „France“ geheime Fonds gegeben. Ministerpräsident Bourgeois erklärte, die Aussage des Zeugen verdiene keinen Glauben; die Aussage sei lediglich ein Mandat gegen das Kabinett, welches demselben aber nicht schaden könne. Marineminister Lockroy und Ackerbauminister Bugey protestirten mit Entrüstung gegen den Zeugen, der ihre Namen erwähnt hatte. Der Zwischenfall ist damit beendet. Die Sitzung wurde sodann geschlossen.

Der Duell in Jug. Vor einigen Tagen züchtigte der Sozialist Mirman — der Abgeordnete und gemeine Soldat — in der Kammer eine Anzahl von Lumpen, darunter auch Herrn Arthur Meyer, einen Revolverjournalisten, der erwiesenermaßen Panamagelder bezogen hat. Der ehrenwerthe Arthur Meyer, der in Hammerstein'scher Weise seine „Ehre“ mit der Pistole beweisen wollte, forderte Mirman zum Duell. Dieser verweigerte die „Genugthuung“, weil Meyer „nicht satisfaktionsfähig“ sei; ein „Ehrenrath“ trat zusammen, der die „Ehre“ des Meyer durch die Panamagelder nicht befestigt fand — was wohl auch richtig, da an dem schmutzigen Burchen nichts mehr zu „besetzen“ war — und Meyer für satisfaktionsfähig erklärte. Mirman glaubte den Herren „Ehrenräthen“ jedoch nicht und erklärte seinerseits, ein erwiesenermaßen mit Panamageld bestrichener sei in seinen Augen ein Lump und mit einem Lump schlage er sich nicht. Das war recht. Besser wäre es freilich gewesen, unser Genosse hätte sich auf den Duellblödsinn überhaupt nicht eingelassen. Mit der Pistole kann man weder die Ehre noch die Ehrliebe beweisen.

### Holland.

Amsterdam, 30. Januar. (Eig. Bericht.) Die Arbeiter und die Statist. Wie lähmend der Umstand, daß die Regierung den Arbeitern noch immer das Wahlrecht vorenthält, auf ihre eigene Thätigkeit wirkt, zeigen die Erfahrungen, welche eine von ihr eingesetzte „Zentrale Kommission für Statistik“ macht. Diese Kommission hat auch die Aufgabe, sich mit den gewerblichen Hochvereinen in Verbindung zu setzen, und diese um Auskunft zu ersuchen über alles, was die Organisation der Arbeiter und ihre Lage betrifft. Obgleich die Regierung einen bekannten sozialdemokratischen Agitator, das Provinzialraths-Mitglied van Ginderen Valler in die Kommission gewählt hat, konnte diese Maßregel noch nicht den Arbeitern das nöthige Vertrauen in die Absichten der Regierung einflößen. Daß der wortbrüchige Renegat van Houten, dessen Wahlrechts-Gesetzentwurf sich bekanntlich als ein elendes Nachwerk entpuppt hat, Minister des Innern ist, gereicht der Regierung auch nicht gerade zur Empfehlung. Unter diesen Umständen ist es nur zu erklärlich, daß zum Beispiel die Abtheilung Middelburg des Allgemeinen Niederländischen Tischlergesellen-Vereines, auf die Anfrage der Kommission, Auskunft über ihre Organisation zu ertheilen, mit der kategorischen Aufforderung, man möge den Arbeitern erst das Wahlrecht gewähren, eine abschlägige Antwort gab. Diefen oder einen ähnlichen Bescheid erhielt die Kommission fast bei allen Fachvereinen, wobei in vielen Fällen allerdings die unüberlegte Abneigung gegen alles was nach „Politik“ riecht, mit im Spiel ist. Nur sehr wenige Arbeitervereine, unter denen der bedeutendste niederländische Fachverein, der „Allgemeine Niederländische Diamantarbeiter-Bund“, waren bereit, die Fragen der Regierung zu beantworten.

Man kann es bedauern, daß durch diese Haltung der Arbeiter das Zustandekommen einer offiziellen Statistik, was unseres Erachtens nur im Interesse der Arbeiter sein könnte, vereitelt wird, das Mißtrauen des Volkes in die Regierung hat trotzdem seine guten Gründe, und mit Recht schreibt das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, das übrigens für eine gewissenhafte Verantwortung der Fragen eintritt: „Dies ist der Grund, der sehr auf dem Guten, daß die Regierung schaffen will, ruht, daß das Volk mit recht kein Vertrauen zu ihr hat. Dadurch wird sie, auch wenn sie Gutes will, mit Ohnmacht geschlagen. Will die regierende Klasse wirklich etwas für die Arbeiter zu Stande bringen, dann muß sie mit dem Dringendsten beginnen und den Arbeitern das Wahlrecht geben!“

### Italien.

Rom, 1. Februar. (Eigener Bericht.) Die Fraktion der äußersten Linken des italienischen Abgeordnetenhauses hat eine Sitzung abgehalten, in welcher sie einen Protest gegen die dem Kriege in Abyssinien gegebene Ausdehnung, sowie gegen die verfassungswidrige Vertagung des Parlaments ausgesprochen und die sofortige Wiedereinberufung des letzteren verlangt hat. Die Erklärung kann nur von Wirklichkeit sein, wenn auch die anderen oppositionellen Fraktionen des Parlaments sich ihr anschließen. Bisher hat man nämlich voraussetzen können, daß alle Fraktionen der Opposition die Ausdehnung des Kriegs und die Parlamentsvertagung mißbilligen; wenn jetzt die Erklärung der äußersten Linken isolirt bleibt, so würde der Schein erweckt werden, daß diese Voraussetzung irrig gewesen sei; die Lage würde also verschlechtert werden. Es wäre also vorzuziehen gewesen, daß die Fraktionen der Opposition, anstatt einzeln vorzugehen, sich über ein gemeinsames Austreten verständigt hätten. Vorläufig betont die Regierungspresse auch nach der Versammlung der äußersten Linken, daß der Krieg fortgesetzt und die Vertagung der Kammer aufrecht erhalten werden müsse.

In Sizilien hat sich in den letzten Tagen des Januar mittels einer in Palermo abgehaltenen Delegirtenversammlung die sozialistische Partei, welche durch den Belagerungszustand aufgelöst worden war, auf neue Konstituirt und den Anschluß an die sozialistische Organisation in Italien beschloffen. In Palermo, Messina und anderen Städten der Insel werden sozialistische Vereine gebildet und demnächst wird ein allgemeiner sozialistischer Kongreß für die Insel abgehalten werden. Die aus den letzten Monaten vor dem Belagerungszustand bekannte Benennung fascio (Bündel) hat man für die neue Organisation aus Opportunitätsgründen fallen lassen und dafür den Namen „Sozialistische Föderation“ angenommen.

### Bulgarien.

Sofia, 2. Februar. Wie die „Agence Balcanique“ meldet, erklärte der Ministerpräsident Stoiwou nach der Aulienz bei dem Prinzen Ferdinand im Klub der Nationalpartei, die Krise sei beendet, der Prinz stimme dem Uebertritt des Prinzen Boris zum orthodoxen Glauben bei, die hierauf bezügliche Bekanntmachung werde morgen veröffentlicht werden.

### Türkei.

Die „Volksbewegungen“ gemacht werden. Der „Allgemeinen Zeitung“ wird aus Sofia geschrieben:

Interessant sind die Vorgänge im hiesigen makedonischen Komitee. Die Herren, die in diesem Sitz und Stimme haben, beschuldigen in den Zeitungen einander des Verraths von „Ausschweifungen“ und Beschlüssen des Aktionskomitees an den hiesigen türkischen Kommissar Nebil Bey. Um den Preis von 10 000 Fr. soll sich ein Verräther unter ihnen befinden haben. Das nachstehende Selbstbekenntniß des Komitee-Organs „Was Makedonist“ über die makedonischen Unternehmungen und deren Mißerfolge verdient auch verzeichnet zu werden. „Bisher wurden alle makedonischen Unternehmungen vereitelt, sei es infolge von Mißbräuchen oder infolge des Mangels an höheren moralischen Elementen. Daß keine Gruppierung an ehrlichen und patriotischen Leuten zu Stande kommen kann, daran sind zum nicht geringen Theil die Parteien in Bulgarien schuld, die unter makedonischer Maske ihre eigenen Interessen fördern wollen, ohne zu bedenken, daß sie damit dem bulgarischen Ideal — der Befreiung Makedoniens und des Vilajets Adrianopel — empfindlichen Schaden zufügen. So lange als die Kandidatenlisten für makedonische Komitees und Vereine von Seite einiger Parteiführer ausgehen, so lange wird keine solide Gruppierung und keine dauernde Einigkeit existiren.“ So spricht das Leiborgan der Makedonier.

Die bulgarischen Parteien, die „unter der makedonischen Maske ihre eigenen Interessen fördern“ sind die Agenten der russischen Regierung.

### Amerika.

Washington, 1. Februar. Der Senat nahm mit 42 gegen 35 Stimmen einen Gesetzentwurf betreffend die freie Silberprägung an. Dieser Gesetzentwurf hat die Finanzkommission des Senats an die Stelle des Gesetzentwurfes über die Ausgabe von Bonds, welchen die Kammer angenommen hatte, gesetzt. Alle Amendements wurden verworfen.

New-York, 3. Februar. Zum Venezuela-Streit Die „New-York World“ meldet aus Caracas, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten Maurique dem englischen Oberauffichtungsbeamten der Juanta-Barcelona-Eisenbahn eine Geldstrafe von 100 Dollars pro Tag auferlegte, weil dieser sich weigerte, den von ihm wegen Geschäftsstille eingestellten Passagierdienst wieder aufzunehmen. Die Eisenbahnverwaltung wird von der Presse aufs heftigste angegriffen.

New-York, 15. Jan. Rassen diebstahl-Statistik. Einem Ausweise der „Chicago Tribune“ zufolge beliefen sich die bekannt gewordenen Unterschlagungen und Rassen diebstahl im Jahre 1895 auf nur 1 428 205 Dollars, gegen 25 241 112 Dollars im Jahre 1894. „Bessere wir uns, oder werden wir nur noch samer?“ bemerkt dazu die „Illinois Staatsztg.“ Dem amerikanischen Blatt läßt sich darauf erwidern, daß zwar möglicherweise solche „moralische“ und äußerliche Einflüsse auf die Zahl der Verurtheilungen in einem Lande einwirken, daß aber das soziale Moment der größeren oder geringeren Noth in weit bestimmenderem Maße bei derartigen Erscheinungen zur Geltung kommt.

Die Postbeamten scheinen die internationalen Versuchschiere des Staatskapitalismus zu sein. Dieselben Klagen erörtern aus fast allen Ländern. So schreibt z. B. unser amerikanisches Bruderorgan, die „New-Yorker Volkszeitung“ unter der Ueberschrift: „Die Klagen der Postbeamten“ in einer ihrer letzten Nummern: „Die Postangestellten behaupten, daß die Postbehörde in einer unsamen Weise, die des rücksichtslosesten Privatguthens würdig gewesen wäre, eine Herabdrückung der Saläre durchgeführt habe. Maschinen sollen eingekauft worden sein, um besser salarirte Angestellte zu verdrängen, und nachdem dies geschehen war, wurden an Stelle der Maschinen bedeutend schlechter salarirte Leute ernannt. Die Unzufriedenheit über dieses abgeheimte Ausbeutendermanöver ist sehr groß unter den Postangestellten, und seit Monaten wird unter ihnen dafür agitirt, daß mit allen Mitteln für eine Regelung der Saläre durch Kongressakte gewirkt werde.“

### Kuba.

Vom Aufstandsgebiete. Nach einer Drahtmeldung aus Havannah, die den Zeitungen über Madrid zugeht, hat bei Caamao ein Zusammenstoß zwischen den spanischen Truppen und den Aufständischen stattgefunden, bei welchem die letzteren 40 Tödtel verloren, darunter den Führer Mojás. — Die Regierung der Aufständischen auf Cuba hat sich nach Sierra-Masira zurückgezogen.

### Afrika.

Maffanah, 2. Februar. (Agencia Stefani.) Nach Berichten der Hausa hätten die Schoaner an den Dantales, mit denen sie in friedlichen Beziehungen standen, Verrath geübt und dieselben überfallen. Die Schoaner sollen Hadele Gubo niedergebracht, etwa 600 Dantales getödtet und eine große Anzahl derselben als Sklaven fortgeschleppt haben.

Ueber den Fall von Malalle wird von italienischen Blättern noch berichtet:

Als die Garnison Malalle verließ, war das Wasser vollständig verbraucht und die Atmosphäre durchaus verdorben infolge der von den ringsumher seit mehreren Tagen liegenden Leichen der gesunkenen Schoaner. Die Feinde haben mehrere Verwundete grausam verhöhnt.

Vom italienisch-schoanischen Krieg. Schauplatz. Entgegen der Nachricht, daß die Offiziere der Kolonne Galliano's von Menelik als Geiseln zurückgehalten seien, wird in Regierungskreisen behauptet, daß diese Offiziere bereits in der Schlacht von Amba Alabach gefangen genommen wurden. Im Publikum wird diese offizielle Darstellung für wenig glaubhaft gehalten. Man ist vielmehr der Ansicht, daß das Leben der betreffenden Offiziere durch Ablehnung der Friedensbedingungen in Gefahr sei. — Die Oppositionsblätter suchen nachzuweisen, daß die ganze Expedition mit der größten Fahrlässigkeit zur Ausführung gebracht sei und daß man für den Feldzug keine Vorbereitungen getroffen habe.

Dem „Corriere della Sera“ wird aus Adahogamus telegraphirt, daß Galliano lediglich auf Befehl Baratieri's, den der Unterhändler Felter überbrachte, Malalle übergeben habe. Malakom habe davon neue Offiziere als Geiseln zurückgehalten, weil dies in dem Vertrage zwischen Menelik und Felter ausdrücklich ausbedungen gewesen sei.



# Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektions-Industrie

waren gestern Abend wiederum in 12 großen, meist polizeilich gesperrten Versammlungen, die alle gut besucht, ja zum Teil überfüllt waren, zusammengekommen, um das Ergebnis der Verhandlungen der Lokalkommission mit den Meistern und Unternehmern entgegenzunehmen, und über die Schritte zu beraten, die angesichts der Ablehnung der Arbeiterforderungen unternommen werden sollen. Nachstehend geben wir einen kurzen Überblick über den Verlauf der einzelnen Versammlungen.

Im Konzertsaal des Sankt-Souci waren die Schneider und Schneiderinnen des Südbogens versammelt. Der Andrang zu dieser Versammlung war außerordentlich stark. Schon um 7 Uhr wurde der Saal, der von etwa 3000 Personen gefüllt war, polizeilich abgesperrt. Hunderte standen, vergeblich Einlass suchend, auf der Straße und viele, die immer noch herbeiströmten, mußten, ohne der imposanten Versammlung beiwohnen zu können, vor geschlossenen Türen umkehren. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte die Menge den Ausführungen des Genossen Limm, der die Schritte, die seitens der Lokalkommission bis jetzt in Bezug auf die Bewegung getan worden sind, erläuterte. Nachdem die Händler und Meister durch ein Schreiben mit den Forderungen der Arbeiter bekannt gemacht worden waren, wurden diese zwecks mündlicher Verhandlung mit der Kommission zu der Versammlung in der Berliner Messhalle eingeladen. Wie bereits durch die Presse bekannt, verliefen diese Verhandlungen resultatlos. Unter häßlichem Gelächter und sonstigem unpassenden Gebahren lehnten die anwesenden Unternehmer und Meister in der Hauptsache die Forderungen ab und stimmten nur spärlich einigen nebensächlichen Punkten bei. Der Redner schildert im einzelnen den Verlauf der fraglichen Konferenz und betont, daß man von der Forderung jener Tariffälle, über deren Einzelheiten sich noch reden ließe, nicht absehen könne. Angesichts dieser Situation ist es nun Sache der beteiligten Arbeiter, sich zu entschließen, welche Schritte sie weiter zu thun gedenken. Die Kommission dränge nicht zum Streit, ist sich aber bewußt, daß sie die öffentliche Meinung auf ihrer Seite habe. Redner schlägt vor, nochmals eine gütliche Einigung zu versuchen und, da in jener Konferenz nicht die in der Konfektionsindustrie maßgebenden Personen gesprochen haben, mit den Großkonfektionären innerhalb einer Stägigen Frist zu unterhandeln. Von diesen kann man verlangen, daß sie für die Zustände in der Industrie verantwortlich seien, um die Regelung der Arbeiterforderungen von ihren Meistern zu verlangen. Wenn es zu keinem Ausgleich kommt, dann bin ich der erste, der eine allgemeine Lohnbewegung befürworte. Wenn die Unternehmer auf die elende Lage der Arbeiterinnen spekulieren, dann werden diese, die oft genug wegen Mangel an Arbeit sich durchhängern müssen, so viel Muth besitzen, ein paar Wochen freiwillig zu darben, um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen. (Großer Beifall.) Um nochmals darzutun, wie gerecht und unabweisbar die Forderungen der Arbeiter sind, entrollt der Redner unter Zustimmung und lebhaftem Beifall der Versammlung ein anschauliches Bild von den elenden Arbeiterverhältnissen in der Konfektion, die selbst von einer bürgerlichen Dame Oda Elberg in gleicher Weise in einer Broschüre geschildert worden, und in den Berichten verschiedener Fabrikinspektoren (die Redner verliest) anerkannt werden. Redner empfiehlt folgende Resolution:

Die heute versammelten Schneider und Schneiderinnen erklären, daß die Verhältnisse in der Konfektions-Industrie für die Arbeiter und Arbeiterinnen unerträglich geworden sind und daß deshalb eine Milderung derselben mit allen zulässigen Mitteln erstrebt werden muß. Die vollkommene Abhängigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen von den Zwischenmeistern, der Zwang zu unerträglich langer Arbeitszeit in den ungesundesten Räumen, die gänzlich ungenügende Entlohnung zeitigt das tiefste geistige, sittliche und wirtschaftliche Elend. Die Gesehgebung hat sich ihrer offenkundigen Verpflichtung, hier bessernd eingzugreifen, entzogen und somit die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst gezwungen, bloß auf ihre eigene Kraft zu vertrauen und gegen die Krebsübel der Konfektion den Kampf aufzunehmen; deshalb beschließen die Anwesenden ihre Forderungen mit allen irgend zulässigen Mitteln durchzusetzen.

Wir wollen aber den Kampf nicht um des Kampfes willen, wir wollen, wenn es irgend geht, in friedlicher Verhandlung die schwebenden Differenzen zum Austrag bringen und noch einen letzten Versuch machen, uns mit den Groß-Konfektionären über die aufgestellten Forderungen zu einigen. Die letzte Konferenz konnte nicht zum Ziele führen, da die Groß-Konfektionäre sich über unsere Forderungen noch nicht äußerten und die anwesenden Zwischenmeister nicht als die berechtigten Vertreter der Berliner Konfektionsindustrie erscheinen konnten.

Sollte über unsere Forderungen bis zum 9. Februar keine Einigung erzielt werden, so verpflichten sich alle Anwesenden, den ihnen aufgezwungenen Kampf dann sofort aufzunehmen und ihn auch mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit zu einem glücklichen Ende zu führen.

In der Diskussion empfahl Widdorn, sich nochmals an das Publikum zu wenden, um eine Einigung zu erzielen. Demgegenüber traten Wisk und Frau Dinz für die Bewegung ein. Frau Wöser schilderte in schlichten, aber eindrucksvollen Worten die elenden Verhältnisse in den Arbeitstuben und forderte vor allem die Frauen und Mädchen auf, sich der Bewegung mit allen Kräften anzuschließen. Nachdem Frau Wenz in demselben Sinne gesprochen, widerlegt Limm die Einwände Widdorn's, indem er darauf hinweist, daß die Stimmung der Versammlung beweise, wie groß die Begeisterung der Kollegen und Kolleginnen für diese Bewegung sei, auch hob er hervor, daß alle Kreise der Berliner Arbeiter und auch die Gewerkschaftskommission ihre volle Sympathie mit der Schneiderbewegung erklärt und derselben ihre Unterstützung zugesagt hätten. Er empfahl nochmals die in der Resolution vorgeschlagenen Maßregeln und betonte, daß man alles thun werde, um eine Einigung zu erzielen. Die Resolution wurde gegen einige Stimmen (von Meistern, wie es aus der Versammlung hiervon) angenommen und darauf die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Schneiderbewegung geschlossen.

Die bei Niefert in der Weberstraße tagende Versammlung war von über tausend Personen besucht und wurde um 8 Uhr polizeilich gesperrt. Das Referat des Fräulein Waaber wurde mit größtem Beifall aufgenommen. Die Herren Cohn und Kaiser, ebenso Frau Frohmann sprachen für die Resolution. Segner meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort. Hierauf wird die Resolution einstimmig angenommen, worauf der Vorsitzende die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung in der Konfektionsbranche schloß.

Im Englischen Garten referierte vor dichtbesetztem Hause unter größtem Beifall der Versammlung Stubbe. Erschienen waren auch zahlreiche Zwischenmeister. Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Stubbe gelangte trotz aller Abmahnungen der Unternehmer die Resolution zur einstimmigen Annahme.

In Paster's Gesellschaftshaus war der Besuch gleichfalls ausgezeichnet und die Stimmung vorzüglich. Die Resolution wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Im Märkischen Hof waren 6-700 Personen, meistens Frauen anwesend. Schon um 1/2 Uhr war die Versammlung polizeilich gesperrt. Hunderte mußten umkehren. Frau Reimann referierte zur vollsten Zufriedenheit der Versammlung, die Stimmung war vorzüglich. Bloß der Zwischenmeister Flügge sprach gegen die Resolution, er wurde von einer Arbeiterin gehörig abgetrumpft. Gegen eine Stimme wurde die Resolution angenommen.

Keller's Festale waren überfüllt und polizeilich gesperrt. Die Anwesenden erklärten sich solidarisch, die Bewegung zu unterstützen. Die Versammlung verlief in vollster Ordnung.

Die Versammlung im Etablissement Königs-hof, Bülowstraße, war ebenfalls sehr gut besucht, obwohl der Resten Berlins wenig Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen aufweist; besonders zahlreich hatten sich die Arbeiterinnen eingefunden. Viele Versammlungsteilnehmer mußten den Genossen Witte, der hier das Referat hatte, stehend anhören. Die Ausführungen desselben wurden mit großem Beifall aufgenommen. An der äußerst lebhaften Debatte beteiligten sich auch zwei Segner, Schneidermeister Lamprecht und Händler Barnewitz. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Mit einem stürmischen Hoch auf die Bewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Im Berliner Prater waren ungefähr 2000 Personen, in der Mehrzahl Frauen, anwesend. Bereits vor Beginn der Versammlung wurde der Saal wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt, so daß Hunderte gezwungen waren, umzukehren. Die Ausführungen des Genossen Pfeiffer wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung im Gröndel'schen Saale, Brunnenstraße, welcher polizeilich abgesperrt wurde, war von über 800 Personen besucht. Besonders zahlreich waren wiederum die Schneiderinnen erschienen. Schulz von der Agitationskommission referierte. Derselbe begründete nochmals unter lebhafter Zustimmung der Versammelten die aufgestellten Forderungen, kritisierte demgegenüber die ablehnende Haltung der Zwischenmeister und befürwortete einen nochmaligen Versuch zur friedlichen Einigung mit den Großkonfektionären und legte der Versammlung die entsprechende Resolution vor. Der Hinweis des Referenten auf den Umstand, daß im Falle eines Lohnkampfes für die erste Woche keine Unterstützung gezahlt werden könne, fand lebhaften Widerspruch, die vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme. Mit Ausnahme eines Antifemiten sprachen sich in der Diskussion sämtliche Redner im Sinne des Referenten und der Resolution aus. Auch verschiedene Angehörige anderer Berufe nahmen das Wort, um die Konfektions-schneider und -schneiderinnen der Sympathie und der materiellen Unterstützung der Arbeiterchaft zu versichern.

Im Swinemünder Gesellschaftshaus war die Versammlung ganz ausgezeichnet besucht. Dazwig referierte zur vollsten Zufriedenheit. Allgemeine Begeisterung herrschte. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Bölow's Brauerei waren gegen 2000 Personen, zur Hälfte Frauen und Mädchen anwesend. Die Unabhängigen erklärten sich vollständig solidarisch mit dem Vorgehen der Fäherkommission. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen, obgleich die anwesenden Zwischenmeister die Versammlung fortwährend zu stören suchten.

Die für Gesundbrunnen und Wedding nach dem Kölliner Hof einberufene Versammlung war schon um 1/2 Uhr so überfüllt, daß polizeiliche Absperzung erfolgen mußte. Tische und Stühle waren entfernt, so daß man die Zahl der Anwesenden auf 3000 Personen schätzen konnte, zu zwei Dritteln Frauen und Mädchen. Nach dem Referat des Kollegen Bohn, wurde die Resolution verlesen. (Braufender Beifall.) Es folgte eine kurze Debatte, in welcher noch besonders kräftige Worte in der Konfektions-Industrie beleuchtet wurden. Mit jedem Redner wuchs die Begeisterung für den Kampf.

Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme der Resolution.

Im Saale der Ahrens'schen Brauerei (Moabit) waren über 800 Personen, größtenteils weiblichen Geschlechts, zusammengekommen, die den Ausführungen des Referenten hunder in musterhafter Ruhe folgten. An der Diskussion beteiligten sich im Sinne des Referats Busch, Lüder, Späte, Schnorre und der Referent. Nach der Aufforderung zu festem Zusammenschluß fand die Resolution einstimmige Annahme.

Die Versammlung in Rixdorf war von über 1000 Personen, meist Frauen, besucht. Frau Greifenberg referierte in eingehender Weise über die menschenwürdigen Verhältnisse in der Konfektion und über die Nothwendigkeit, den Forderungen zum Siege zu verhelfen. In der Diskussion erwähnten einige Frauen, daß sie für 1 Dhd. Krone 50 Pf. erhalten hätten; einige andere schilderten die Hungerlöhne, die für Taillen, Kinderfäden und eine Anzahl anderen Artikel gezahlt werden. Die geringen Löhne bedingen ein Zusammendrängen in engen und dumpfigen Räumen, Unsauberkeit und Prostitution sind die nothwendigen Folgen. Betrügereien der Zwischenmeister den Arbeiter und Großkonfektionären gegenüber sind gang und gäbe, Bohrenziehungen bezüglichen. Hieran wird die Resolution einstimmig angenommen, worauf Frau Greifenberg noch zum Anschluß an die Organisation und zur Ausdauer im Kampfe auffordert.

## Partei-Nachrichten.

**Parteiliteratur.** Die zweite Handhabung unserer deutschen Vereinsgesetze, je nachdem Arbeiter oder Kapitalisten, Sozialdemokraten oder Reichthümer in Frage kommen, wurde bei der Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf Sicherstellung der Koalitions- und Vereinsfreiheit, am letzten Mittwoch im Reichstage von Auer an einer Fülle von Thatsachen dargelegt. Diese schreienden Mißstände, die in Sachsen, Bayern seit Jahren und in Preußen durch die Köllner'schen „Ausführungen“ jüngst eskalant in Erscheinung getreten sind und durch den „Grobem Unsiaparagraphen“ ihre weitere Ergänzung gefunden haben, sind so allgemeiner Natur, daß die Verhandlung des „Vorwärts“ sich veranlaßt sah, den stenographischen Bericht über diese Verhandlung in Broschürenform herauszugeben. Derselbe erscheint zum Preise von 10 Pfennig am Freitag, den 7. Februar, unter dem Titel „Zweiter Reich“.

**Die Parteiorganisation des nassauischen Wahlkreises** Uffingen-Hörsch-Gomburg hatte im vorigen Jahre bei der Reportage eine Einnahme von 2899,43 Mk. (einschließlich 42,66 Mk., die für Ausgaben aus dem Jahre 1894 eingegangen). Nach Abzug der Ausgaben und der Verluste re. betrug der Ueberschuß 182,94 Mk. Das Publikum Allgemeinen weist an Einnahme, eingerechnet 189,05 Mk. früheren Bestandes, 1202,67 Mk. auf; nach Abzug der Ausgaben, worunter 100 Mk., die an den Parteivorstand eingekauft wurden, beträgt der Ueberschuß 26,59 Mk.

**Von der Agitation.** Das Agitationskomitee des 12. badischen Reichstagswahlkreises hat auf Sonntag, den 9. Februar, nach 2 Meinen eine Bezirkskonferenz einberufen.

**Tobtenliste der Partei.** In Crimmitschau kam der Parteigenosse Richard Pfauth auf traurige Weise ums Leben. Bei einem Spaziergang wurde er plötzlich von Krämpfen befallen und blieb so ohne Hülfe liegen. Aufgefunden Genossen

fanden ihn erstarrt auf Pfauth, eine ideal angelegte Natur, gehörte zu den überzeugungstreuesten Kämpfern unserer Partei. Seine Verdienste, die er sich während des 12jährigen Ausnahmestandes erworben, bleiben ihm unvergessen.

## Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Redakteur Zaucher von der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart trat am 1. Februar eine dreimonatige Gefängnisstrafe im Landesgefängnis in Rottenburg an. Die Strafe wurde über ihn wegen Vergehens gegen die Religion verhängt. Möge der besagte Genosse die Pforten des Gefängnisses gesund wieder verlassen.

— Dem ehemaligen Vorsitzenden der mit dem Berg- und Hüttenarbeiter-Verband aufgelösten Beerdigungskasse in Zwickau wurde von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß die Erörterungen gegen die Vorstandsmitglieder wegen statutenwidriger Ausgabe von Geldern etc. eingestellt worden sind; darauf ist auch die Freigabe der beschlagnahmten Geschäftsbücher erfolgt. Der Denunziant war ein früheres Kontrollkommissions-Mitglied, welches alle Beschlüsse gutgeheißen; er ist jetzt unter die Fremden gegangen.

— Aus Sachsen wird uns gemeldet, daß von der Annahme nur zwei Flugblattvertheiler der Crimmitschauer Gegend betroffen wurden; die in der Umgebung von Zwickau Angezeigten haben sämmtlich appellirt; es sind bis heute zusammen neun Mann, welche, mit je 50 Mk. bestraft, alle Instanzen bis zum Oberlandesgericht onrufen wollen.

— Die gegen das Urtheil des Landgerichts zu Bremen, welches den Genossen H. Sehr von der Anklage der Uebertretung des Vereinsgesetzes, weil er eine gewerkschaftliche Versammlung nicht angemeldet hatte, freisprach, von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung ist am Donnerstag von dem Oberlandesgericht zu Hamburg verworfen worden. Es bleibt also bei dem freisprechenden Erkenntnis.

— In Breslau ist gegen den Vertrauensmann wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz ein Verfahren eingeleitet, weil er die Genossen zu einem gefälligen Beisammensein eingeladen hatte.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

### Zur Konfektionsarbeiter-Bewegung.

(Privatdepeschen des „Vorwärts“).

**Breslau, 4. Februar.** Eine von 1200 Personen besuchte Versammlung beschloß den Streit.

**Stettin, 4. Februar.** In der von 3000 Personen besuchten Versammlung wurde gegen 11 Stimmen der Generalstreik beschlossen.

**Bremen, 3. Februar.** Die heutige Versammlung erklärt, die Bewegung der Konfektionsarbeiter nach Kräften zu unterstützen.

**Höne, 3. Februar.** Die hiesige Arbeiterchaft spricht volle Sympathie den Berliner Konfektionsarbeitern zu ihrem großen Kampfe aus.

**Kaiserlautern, 3. Februar.** Von 17 Händlern haben zwölf die Forderungen der Konfektionsarbeiter bewilligt.

**Kaufbeuren, 3. Februar.** Die Filiale Kaufbeuren ist mit der Haltung der Fäherkommission vollständig einverstanden.

**Wien, 3. Februar. (B. H.)** Die Stadt Hustatyn sieht nach Meldung der heutigen Abendblätter in Flammen.

**Budapest, 3. Februar. (B. H.)** Der Direktor der Nationalgalerie, Dr. Karl Pulsky, ist an einem Nervenleiden schwer erkrankt. Noch heute sollte er in eine Irrenanstalt übergeführt werden.

**Moskau, 3. Februar. (B. H.)** Aus allen Theilen der Herzegowina werden viele schwere Unglücksfälle gemeldet, die durch die in den letzten Tagen wüthende Bora hervorgerufen wurden. Auf dem Wege hierher wurde ein Postwagen umgeworfen und ein Bauer aus Hodvina in den Abgrund gestürzt.

**Leipzig, 3. Februar. (B. H.)** Heute sind die hiesigen Schriftsetzer in den Ausstand getreten. Die Morgenblätter erschienen noch vollständig. Seitens der Militärbehörde sind, nach Meldung der offiziellen „Leipziger Ztg.“, die zur Zeit unter den Waffen befindlichen Schriftsetzer zur Verfügung gestellt worden.

**Venedig, 3. Februar. (B. H.)** Die Polizei in Udine verhaftete neun Personen wegen Banknotenfälschung.

**Paris, 3. Februar. (B. T. W.)** In Maulvriert, in der Nähe von Angers, ereignete sich gestern ein erster Unglücksfall; während der Messe stürzte ein Theil des Kirchengewölbes ein 4 Personen wurden getödtet, 60 verletzt, darunter 5 schwer.

**Paris, 3. Februar. (B. T. W.)** Deputirtenkammer. Der Abgeordnete du Sauffray richtet eine Anfrage an den Ackerbau-Minister Biger über die Einfuhr fremden Viehes und fragt darüber, daß deutsche, ungarische und amerikanische Hammel den französischen Markt überschwemmen; Biger führt in seiner Antwort aus, er werde darüber wachen, daß die hietau bezüglichen ministeriellen Verfügungen in rigoroser Weise zur Anwendung kämen. Alsdann wird der Bericht über den Antrag der sozialistischen Deputirten erörtert, nach welcher letzteren der frühere Arbeitsminister Magnal, welcher die Eisenbahn-Konventionen abgeschlossen hat, unter Anklage gestellt werden sollte. Dieser Bericht stellt fest, daß mit den Konventionen ein nützliches Werk geschaffen ist, und weist die Erhebung der Anklage zurück. Der Deputirte der Rechten Berry findet den Bericht unvollständig. Der sozialistische Deputirte Rouanet behauptet, die Kommission hätte von vornherein die Absicht gehabt, Magnal zu rechtfertigen, und greift in seinen weiteren Ausführungen die Konventionen lebhaft an.

**London, 3. Februar. (B. T. W.)** Dem „Neuter'schen Bureau“ wird aus Johannesburg vom 30. v. Mts. gemeldet: In der heutigen Jahresversammlung der Minenkammer erklärte der Vorsitzende, es liege kein Grund für die Meldung vor, daß die Gesellschaften benachthigten, die Arbeit in den Minen einzustellen.

**London, 3. Februar. (B. H.)** Den „Times“ wird aus Rom telegraphirt, daß von der italienischen Regierung eine neue Expedition gegen die Abessinier ausgerüstet werde. Diese Expedition soll von Assab ausgehen und die Abessinier in der Flanke angreifen.

**Christiana, 3. Februar. (B. T. W.)** In der heute bei der Eröffnung des Storchings verlesenen Thronrede spricht der König die Hoffnung aus, daß wie die beiden Reiche sich bisher volle Freiheit des Handels wahrten, ohne irgendwie fremde Mächte zu erschrecken, während eventueler Streitigkeiten und Verwickelungen Hülfe zu leisten, es den Vertretern des Landes auch künftig vergönnt sein werde, solche völlig unabhängige Haltung einzunehmen. Er hoffe ferner, daß das Antons-Komitee, welches zusammengetreten sei, eine Uebereinkunft zum dauernden Glück der beiden Völker anbahnen werde.

**Besgrad, 3. Februar. (B. H.)** Wegen Mordmordes wurde der orthodoxe Pope Minisch in Kustschew verhaftet.

**Bukarest, 1. Februar. (B. T. W.)** Gestern Abend explodirte vor dem Hause des Advokaten Moldovanu in der Strada Portnei eine Dynamitbombe, wodurch die Thoreinfahrt und das Vorhaus erheblich beschädigt, sowie die Fensterheben der Nachbarhäuser zertrümmert wurden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Das Attentat dürfte keinen politischen, insbesondere keinen anarchischen Charakter haben. Als Urheber wird von der Polizei ein belgischer Student vermutet, der mit einem Klienten Moldovanu's in einen Brief verwickelt war.

**Philadelphia, 3. Februar. (B. T. W.)** In der Chestnut-Street wurde ein siebenstöckiges Haus nebst anstoßenden Gebäuden durch ein großes Feuer zerstört; der Schaden beträgt 2 Millionen Dollars.



# 1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 29.

Dienstag, den 4. Februar 1896.

13. Jahrg.

## Reichstag.

80. Sitzung vom 3. Februar 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Niederding, von Büttcher und zahlreiche Kommissarien.

Eingegangen ist der Entwurf eines Gesetzes betr. Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Auf der Tagesordnung steht die erste Verathung des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Staatssekretär Niederding: Der vorliegende Gesetzentwurf, der bestimmt ist, auf dem Gebiete des Vermögens- und Familienrechts für unser Vaterland die so oft ersehnte und doch nie errungene Rechtseinheit herbeizuführen, ist die Frucht einer Arbeit von mehr als zwanzig Jahren. Der vorliegende Entwurf ist, wenn er auch naturgemäß nicht alle Kreise des Volkes befriedigt, der Ausdruck der Auffassungen in den weit überwiegenden Kreisen des deutschen Volkes. Der Redner giebt eine historische Darstellung der Bestrebungen, in Deutschland einheitliches Recht zu schaffen und legt die Verbreitung der verschiedenen bürgerlichen Rechte in Deutschland dar, er beweist die zahlreichen Mängel aus dem Nebeneinanderbestehen verschiedener Rechte und fährt dann fort: Diesem Zustande mußte ein Ende gemacht werden. Aus diesen Trümmern waren die Bausteine für das neue Recht zu suchen. Das war eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, weil sofort die Frage aufgeworfen wurde, aus welchem Rechtsgebiete sollen vornehmlich die Bausteine entnommen werden. Für die Kommission konnte schließlich kein Zweifel sein, daß weder die bestehenden Kodifikationen noch das römische Recht zur maßgebenden Grundlage genommen werden dürfen. Die Kommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie das Recht aufbauen müsse ohne Bruch mit der Vergangenheit, aber auch ohne Liebhaberei für sie. Sie war sehr bald der Ueberzeugung, daß trotz der Ueberspannung des nationalen Gedankens, trotz der Forderung, daß das Recht deutsch sein solle, das römische Recht nicht übergegangen werden konnte, denn es ist ein deutsches gewordenes Recht durch eine Arbeit von 400 Jahren. Es ist modernes Recht geworden, es hat seine wichtigsten Grundzüge für die Rechtsbildung aller modernen Staaten hergegeben. Wir waren gezwungen und berechtigt, den römisch-rechtlichen Anschauungen einen Platz in dem bürgerlichen Gesetzbuch zu geben. Die Kommission mußte das, was von deutsch-rechtlichen Anschauungen im Gemüthe des Volkes noch lebte, erhalten und weiter entwickeln. Denn soweit das deutsche alte Recht der Recht der modernen Lebensverhältnisse geleistet hat, soweit hat dieses Recht auch Anspruch darauf, in unserem Gesetzbuch weiter zu leben. Germanistische Liebhabereien hat die Kommission aber nicht treiben dürfen. Als Beisitzer waren vorhanden die Kodifikationen der neueren Zeit, Sowsit im Allgemeinen Landrecht, im sächsischen Recht und im Code die Sätze übereinstimmend waren, konnte angenommen werden, daß sie dem modernen Rechtsleben entsprechen; soweit aber verschiedene Sätze herrschen, mußte das kleinere und schwächere Gesetzbuch zurücktreten; das in der Mehrheit herrschende wurde anerkannt auf dem Gebiet des Hypothekens, des ehelichen Güter- und des Erbrechts. Man hat gesagt, die Vorlage sei nur eine Kombination des bestehenden. Das ist eine Anerkennung dafür, daß die Kommission das Richtige getroffen hat; denn das deutsche Volk will nur eine Einheit des Rechts. Die älteren Kodifikationen bestehen auch nur aus den bestehenden Rechtsregeln, so auch der Code, dieses Kind der Revolution, der das römische und fränkische Recht in sich verschmolz. Wenn Sie diese prinzipiellen Gesichtspunkte sich aneignen im Stande sind, werden wir nicht darüber in Zweifel sein können, daß der Entwurf im Allgemeinen gelungen ist, dann werden wir uns nur noch streiten können über Einzelheiten. Das wird später unsere Sorge sein. Ich nehme an, daß, was das Ganze betrifft, erhebliche Bedenken hier im Hause nicht laut werden können.

Zur Sprache will ich hervorheben, es betrifft die Sprache. Dieser ist der Vorwurf gemacht worden, daß sie künstlich, nicht einfach, für die weiteren Kreise unverständlich, eigentlich nur Juristendeutsch sei. Auch nach meinem Gefühl ist das Gesetzbuch nicht frei von Mängeln, aber die erhobenen Vorwürfe sind nicht in ihrem ganzen Umfange berechtigt. Ich glaube nicht, daß es einen Mann in Deutschland giebt, oder eine Kommission gebildet werden könnte, welche ein Gesetzbuch schafft, das in dieser Beziehung freier von Mängeln wäre, als die Vorlage. Aus der Sprache könne man dem Entwurf keinen Vorwurf machen, er spricht wenigstens deutsch, während die unter dem römischen und französischen Recht stehenden Landesstellen ihre Rechtsquellen in fremden Sprachen suchen müssen. Unser deutsches Handelsgesetzbuch ist das Werk einer größeren Anzahl von bedeutenderen Juristen und Kaufleuten; im letzten Augenblick erhob sich die gelehrte Opposition und forderte eine nochmalige Umarbeitung. Der politischen Klugheit der deutschen Regierung, die Einsicht der Stände in den einzelnen Staaten haben wir es zu verdanken, daß diese vermieden wurde. Denn wohin wäre es sonst gekommen? Die große politische Katastrophe, welche die politische Umgestaltung Deutschlands herbeiführte, stand vor der Thüre. Die ganze Gesetzgebung wäre in die politische Verwickelung hineingezogen worden. Wer weiß, wann wir dann ein Handelsgesetzbuch erhalten hätten! Wer spricht jetzt noch von den damaligen Bedenken? Der Handelsstand hat niemals sich daran gelehrt.

Ich glaube, auf eine solche Art der Diskussion wird sich der Reichstag nicht einlassen. Er wird sich auf den Standpunkt stellen zu fragen, was bietet die Vorlage dem Volke; sind die Vorzüge so groß, daß den Landesstellen, welche verhältnismäßig zufrieden mit ihrem Recht sind, angesonnen werden kann, mit ihrem Recht zu tauschen? Die veränderten Regierungen sind einmüthig der Meinung gewesen, daß dieses Gesetzbuch trotz aller Mängel ein so bedeutender nationaler Fortschritt ist, daß alle Bedenken der Einzelstaaten dagegen zurückgehen müssen. So schwer es den Regierungen geworden ist, sie haben kein Bedenken getragen, die Bedenken wegen Aufgabe des Bestehenden zurückzutreten zu lassen und für die Vorlage zu stimmen. (Zustimmung rechts.) Auch für jeden einzelnen im Lande kann, wenn man die Frage einfach stellt, die Antwort nicht zweifelhaft sein, denn die Vereinfachung der Rechtsverhältnisse, welche Vereinfachung bedeutet sie für das ganze Rechtsleben! Es wird auch in Zukunft Prozesse geben, aber der Zustand wird gegenüber dem jetzigen ein unvergleichlich viel besser sein. Nicht nur für den einzelnen ist der Gewinn erheblich; ich möchte einen anderen Vortheil höher stellen: das ist die Autorität des Rechts als solches. Was soll der einfache Menscherverstand, wenn er die rechtlichen Verschiedenheiten zum Beispiel auf dem Gebiet des Erbrechts sieht, noch für Recht halten? Wie anders wird es werden, wenn das neue Recht geschlossen an seine Stelle tritt. Von allen diesen politischen Gesichtspunkten aus wird man sagen dürfen, daß, wie immer das Werk beschaffen sein mag, in ihm eingeschlossen ist ein unermeßlicher, wirtschaftlicher und sittlicher Vortheil für die ganze Nation. (Zustimmung.)

Die Wirkungen des neuen einheitlichen Rechts werden viel weiter reichen, aber die Grenzen des Reiches hinaus. Wer dem zweifelnd gegenübersehen sollte, den brauche ich bloß an

die Thatsache zu erinnern, welche Bedeutung es für Frankreich hatte, sobald es ein einheitliches Recht besaß! (Sehr richtig!) Wie hat das Recht beigetragen zur Vertretung französischer Anschauungen und zur Stärkung des Prestige der Nation. Die Völker stehen sich in geistigem Kampf gegenüber und dabei ist diese innere Macht des Geistes einer Nation nicht zu unterschätzen. (Sehr richtig.) Deutschland hatte so gut wie nichts einzusetzen auf diesem Gebiete. Denn das Handelsgesetzbuch bewegte sich auf einem so beschränkten Gebiete, daß sein Einfluß nicht verglichen werden kann mit dem nationalen Rechte Frankreichs. Das wird alles anders werden, wenn das deutsche Rechtsgebiet einheitlich wird. Mit diesem Augenblick wird das deutsche Recht gleichfalls ein internationales Kulturelement. Mit steigendem Interesse sehen die Juristen des Auslandes dem Wachsen dieses Rechts entgegen. Die politische Presse des Auslandes hat mit richtigem Gefühl die große Bedeutung des gegenwärtigen Augenblickes erkannt. Gewahr dafür ist die Thatsache, wie bereits jetzt helle Köpfe jenseits der Grenze die Zeit gekommen glauben, wo sie die Frage sich vorlegen müssen, welchen Einfluß wird das einheitliche Recht ausüben auf das Recht, die Anschauungen des eigenen Heimatlandes. Die Erwägungen können bei der Entscheidung, die Sie zu fällen haben, nicht außer Betracht bleiben. An Ihnen wird es sein, ob die Hoffnungen, welche das deutsche Volk an dieses Gesetzgebungswerk knüpft, in Erfüllung gehen sollen, ob die Erwartungen des Auslandes berechtigt sind. Die verbündeten Regierungen haben das Werk vertrauensvoll in Ihre Hände gelegt, überzeugt, daß Sie erkennen werden, welcher Entschluß von politischer Tragweite Ihnen damit anheimgestellt ist. An Ihnen ist es, das Werk zu glücklichem Abschluß zu bringen. Gelingt es, das Dankes der deutschen Nation sind Sie sicher nicht nur für jetzt, sondern bis in die fernsten Zeiten hinein. (Beifall Beifall.)

Abg. Hintelen (Z.): Meine Freunde erkennen das Werk als ein großes, bedeutames und nationales an. In den weitesten Kreisen hat sich das Verlangen nach einem einheitlichen Recht geltend gemacht. Es sind dabei nicht allein mangelnde gewesen die erleichterten Verkehrsverhältnisse, sondern man wollte ein einheitliches deutsches Recht haben. Es ist eine große und schwierige Aufgabe, die gelöst werden muß. Bielelei Wünsche müssen unterdrückt werden und es handelt sich im wesentlichen darum, die großen materiellen Prinzipien, auf denen das Gesetz beruht, klar zu stellen und darüber eine Verständigung herbeizuführen. Es kommt hinzu, daß die politischen Parteien und Juristen selbst nicht einig sind. (Sehr richtig!) Wenn wir bedenken, mit welcher Sorgfalt und Mühe 20 Jahre lang an diesem Entwurf gearbeitet ist, welche Summe von Fleiß darauf verwendet ist, so können wir sagen: Es ist etwas Großes geschaffen worden. Der zweite Entwurf unterscheidet sich von dem ersten durch eine klarere deutsche Sprache, er trägt den Forderungen des Lebens Rechnung, da hervorragende Laien mit herangezogen sind. Diesen Mitarbeitern muß unser Dank ausgesprochen werden. (Beifall.) Auch wir sind bereit, mit allen Kräften mitzuarbeiten an diesem großen Werk. (Zustimmung.) Wir erkennen die Gefahren, welche entstehen würden, wenn die Verathung sich mehrere Jahre hinziehen würde. Aber wir sind uns auch bewußt der Gefahr, welche daraus entfliehe, daß die Grundzüge nicht genau geprüft werden. Es sind Anregungen laut geworden, den Entwurf ohne weiteres anzunehmen. Das ist eine ganz ungewöhnliche Zumuthung! (Sehr richtig!) Eine solche tief einschneidende Vorlage soll der Reichstag unbedenken annehmen? Ich freue mich, daß der Wunsch nach einer en bloc-Akklamation, wenn er je bestanden hat, in offiziellen Kreisen nicht mehr besteht.

Die zweite Möglichkeit der Behandlung, abgesehen von einer Durchberathung nur im Plenum, die doch wohl nicht möglich ist, würde die Verweisung des ganzen Entwurfs in eine Kommission sein. Das würde aber die Gefahr der Verzögerung mit sich bringen und könnte Änderungen zur Folge haben, die Verwirrungen in das System hineintragen. Aber es giebt eine Reihe von Materien, welche von ganz besonderer Bedeutung für unser soziales und religiöses Leben sind, diese müssen in eine Kommission verwiesen werden, wozu 21 Mitglieder genügen würden. Meine politischen Freunde haben eine ganze Reihe von Paragraphen aufgestellt, von denen sie wünschen, daß sie einer Kommission überwiesen werden. Ich überreiche dem Herrn Präsidenten. Die Kommission würde nach unserem Vorschlage zugleich die Vollmacht erhalten, bei Änderungen auch nicht überwiesene Paragraphen, welche davon betroffen werden, in ihre Verathung hineinzuziehen. Man könnte im Plenum nach Erledigung der ganzen Arbeit der Kommission beginnen; aber ich meine persönlich, daß es zweckmäßiger wäre, wenn einzelne Abschnitte von der Kommission fertig gestellt sind, dieselben an das Plenum zu bringen. Meine politischen Freunde wünschen, daß das Einführungs-gesetz ganz an die Kommission verwiesen wird, namentlich um die Vorbehalte bezüglich der Landesgesetzgebung zu prüfen; denn wenn man das Gesetz lieft, bekommt man einen Schreck über das, was der Landesgesetzgebung vorbehalten bleibt.

Manche Gesetzgebungsmaterien sind allerdings noch nicht reif. Es fehlt z. B. noch die Möglichkeit eines allgemeinen Wasserrechtes, trotzdem auf diesem Gebiete eine Einheitlichkeit noth thäte. Ich bin der Entwicklung des modernen Rechts gefolgt, aber manches Moderne ist nicht besser als das Alte. Redner bemängelt, daß nicht für gewisse allgemeine Grundzüge aufgestellt sind, sondern auf andere Paragraphen verwiesen wird. Dieser Uebelstand wird nicht mehr beseitigt werden können, wie sich denn im großen und ganzen wenig ändern lassen wird. Es wird z. B. von der entsprechenden Anwendung dieser oder jener Bestimmung gesprochen; dadurch wird das Publikum in Verwirrung gebracht, weil es nicht weiß, wie der eine oder der andere Richter die Sache auffassen wird.

In dem Familienrecht ist meiner Anschauung nach eine zu weit gehende Einmischung des Staates in die Familienverhältnisse enthalten. Die Bestimmungen sind geeignet, in das Familienrecht tief einzugreifen und das Familienleben zu stören. Da sollte der Staat seine Hand davonlassen. (Sehr richtig im Centrum.) Aus erhabener Munde haben wir die Worte gehört: Schützt die Religion, Sitte und Ordnung. Diese Worte lege ich auch als Maßstab an die Vorlage. Meine Freunde sind der Meinung, daß einzelne Theile des Entwurfs geeignet sind, die Ordnung zu zerstören. Es handelt sich dabei um die soziale, die politische und religiöse Frage. Ich bin leider in der Lage, den Vorwurf, daß die soziale Frage nicht genügend berücksichtigt ist, daß der Schutz der wirtschaftlich Schwachen nicht genügend zum Ausdruck gebracht ist, bestätigen zu können. Die Kommission kann hier Besserung in den Entwurf hineintragen. Es fehlt eine Bestimmung über das Zinsmaximum. Auch bezüglich der Miethsverhältnisse muß dafür gesorgt werden, daß der wirtschaftlich Schwache nicht erdrückt wird; diese Materie muß einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Verbessert werden müssen auch die Bestimmungen über die Alimentation unehelicher Kinder und ihrer Mütter. Verhindert werden muß eine

zu weitgehende Mobilisirung des Grundeigenthums durch Einführung einer zu leichten Veräußerung. In großen Theilen des Vaterlandes müssen wir dafür sorgen, daß das Grundeigenthum möglichst in festen Händen liegt. Auch der Kredit sollte nicht zu sehr erleichtert werden.

Bedenklich ist die Beseitigung der patria potestas (väterliche Gewalt), die einfach durch eine bloße Vormundschaft ersetzt werden soll. Das wird die ganzen Familienbande auflösen, welche die Grundlage für Gemeinde und Staat sind. (Zustimmung im Centrum.) Dabei kommt man ja schließlich zu dem, was die Sozialdemokraten (!) wollen, daß die Kinder den Eltern entzogen werden (!). Man wird das im Volke nicht verstehen. Die Aufrechterhaltung der väterlichen Gewalt ist im Interesse des sozialen Friedens absolut nothwendig.

Einen solchen absoluten Eigenthumsbegriff, wie das römische Recht ihn kennt, kennen wir in Deutschland nicht. Der Wald ist durch das preussische Gesetz zum Eigenthum des einzelnen geworden; daß jemand bestraft wird, wenn er eine Blume oder eine Beere pflückt, das versteht das Volk nicht. Man sollte den Eigenthumsbegriff etwas weiter fassen, der Eigenthümer darf nicht nach Belieben über sein Eigenthum verfügen, er muß dabei auf das öffentliche Interesse Rücksicht nehmen. Wozu ist die unbeschränkte Kreditfähigkeit und Wechselfreiheit nothwendig? Nicht genügend sind die Bestimmungen über die juristische Person; die Beschränkung der Vereinsfreiheit ist nicht richtig, ist nicht politisch. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hier sollte die Kommission eine Besserung versuchen. Redner bemängelt ferner die Bestimmungen über die Entmündigung, den Schadensersatz, die Bürgschaft u. s. w.

Ich komme nun zu der Frage, ob der Entwurf die Religion schützt. Bei der Vormundschaft sollte die Religion des Pflüglings berücksichtigt werden; die religiöse Erziehung der Kinder aus Mischen sollte reichs-gesetzlich geordnet werden. Der Entwurf beschränkt sich lediglich auf die zivilrechtliche Wirkung der Ehe. Das christliche Volk sieht in der Ehe etwas ganz anderes als ein bloßes bürgerliches Vertragsverhältnis. (Sehr richtig rechts und im Centrum.) Wenn die christliche Ehe zerstört wird, dann zerstören Sie schließlich auch den Staat und die Monarchie. Die Zivilehe ist ein ureigenstes Produkt der französischen Revolution. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Hier sollte man einmüthig zusammenstehen und das Christenthum schützen gegenüber dem modernen Liberalismus. Wir müssen erklären, daß der Entwurf Vorschriften über die Geschlechts-entzweiung enthält, die dem christlichen Glauben widersprechen. Wir erkennen den Eingriff des Staates in die Geschlechts-entzweiung überhaupt nicht an. Wenn diese Vorschriften angenommen werden, werden wir nicht allein gegen den betreffenden Abschnitt, sondern gegen den ganzen Entwurf stimmen. (Zustimmung im Centrum; Lachen links.)

Abg. v. Cuny (nat.): Ich stehe nicht an zu erklären, daß meine Freunde bereit gewesen wären, die en bloc-Akklamation zu empfehlen. Der Vorredner hat diese Zumuthung eine unerhörte genannt; aber zu großen Zwecken gehören auch große Mittel. In den Angriffen liegt unendlich viel Uebertreibung. Redner polemisiert gegen die Gegner des römischen Rechts und fährt dann fort: Es wird bemängelt, daß die sozialen Ideen nicht genügend berücksichtigt sind. Das ist für den jetzigen Entwurf in hohem Grade unerschicklich. Wenn man von einem solchen Entwurf eine soziale Reform erwartet, so verkennt man den Beruf eines solchen Gesetzbuches. Solche Reformen hat auch der Code civil nicht geschaffen, er hat nur das Gesetz Gewordene festgelegt. Wir haben unsere soziale Gesetzgebung noch nicht abgeschlossen, daß wir sie berücksichtigen könnten. Eine Festlegung der sozialen Gedanken wird einer späteren Zeit vorbehalten bleiben müssen. Der zweiten Kommission ist es gelungen, die schwer verständliche Sprache des ersten Entwurfs leicht verständlich zu machen. Auf Grund meiner Erfahrungen als rheinischer Jurist möchte ich Sie bitten, dem deutschen Volke den Segen der Kodifikation nicht vorzuenthalten. Ich bitte Sie dringend, machen Sie es so, daß der Entwurf noch in dieser Session Gesetz wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Vachta (L): Wer vor dreißig Jahren die Verathung einer solchen Kodifikation vorausgesetzt hätte, wäre als Schwärmer verlacht worden. Es ist jetzt aber gelungen, eine feste Grundlage für ein nationales Werk zu finden und wir sind berufen, unsere Zustimmung dazu zu geben und an der Vollenbung des Werkes mitzuarbeiten. Ich bestehe, daß die Vorlage einen kapitalistischen Geist hat. Unsere Zeit ist außerordentlich schwierig, die Lust mit sozialen Ideen und Problemen geschwängert. Daraus folgt die doppelte und dreifache Nothwendigkeit, uns die nationalen Güter zu wahren; darin sind wir alle einig mit Ausnahme der internationalen Sozialdemokratie. Wir Mecklenburger sind bereit, trotzdem manches besser bei uns ist als in der Vorlage, alle Besonderheiten preiszugeben und uns der Vorlage zu unterwerfen. (Beifall rechts.) Ein einheitliches bürgerliches Recht hat eine hohe Bedeutung für das politische Leben und für die Rechtswissenschaft. Die kleinen Patrimonialrechte erforderten für ihre wissenschaftliche Bearbeitung eine ungeheure Menge von Kraft; diese ganze Kraft kann sich jetzt dem einen bürgerlichen Gesetzbuche widmen. Das einheitliche Recht übt eine emigende Wirkung aus, die um so größer ist, je umfassender das Gesetz. Die Patrimonialrechte werden ja nicht ganz beseitigt, aber sie werden doch eingeschränkt und damit wird das nationale Bewußtsein gekräftigt werden und es wird dem stolzen Bau des Deutschen Reiches ein neuer Eckstein eingefügt. Aus diesem Grunde begrüße ich die Vorlage als eine nationale That.

Das Einführungs-gesetz schließt gewisse agrarische Sonderrechte von der reichsgesetzlichen Regelung aus, so das Erbpacht-recht, das Ackerrecht u. s. w. Es enthält allerdings keine Bestimmungen über die Heimstätten. Wenn man die Landwirtschaft so sehr beschränkt in ihrer Verfügung über das Grundeigenthum, so beschränkt man den Kredit der Leute, den sie doch nothwendig brauchen. Das Gesetz soll nicht sozialgenug sein; der Schutz des Schwachen zieht sich aber wie ein rother Faden durch das Gesetz hindurch. Im rotheren ist von dem Vorredner bemerkt worden, daß wir keine soziale Gesetzgebung machen wollen, sondern ein bürgerliches Gesetzbuch; da müssen wir uns vorsehen, daß wir nicht der Zeit voraus seien. Es wird nachher schon die Zeit kommen, wo wir den Niederschlag der sozialen Gesetzgebung hineinarbeiten können. Herr Hintelen hat die Vorlage als unannehmbar erklärt, wenn die Bestimmungen über die Geschlechts-entzweiung ausgenommen werden. Die Suppe wird wohl auch nicht so heiß gegeben werden. Ich halte es nicht für richtig an der Zivilehe zu rütteln. Es bestanden ganz erhebliche Bedenken damals dagegen; aber die Dinge haben sich seit dem Bestehen der Gesetzgebung geändert. Die evangelische und katholische Kirche haben es verstanden, sich mit diesem Gesetze abzufinden und da soll der alte Streit in dieser ohnehin schwer belasteten Zeit wieder aufleben? Bezüglich

die Thatsache zu erinnern, welche Bedeutung es für Frankreich hatte, sobald es ein einheitliches Recht besaß! (Sehr richtig!) Wie hat das Recht beigetragen zur Vertretung französischer Anschauungen und zur Stärkung des Prestige der Nation. Die Völker stehen sich in geistigem Kampf gegenüber und dabei ist diese innere Macht des Geistes einer Nation nicht zu unterschätzen. (Sehr richtig.) Deutschland hatte so gut wie nichts einzusetzen auf diesem Gebiete. Denn das Handelsgesetzbuch bewegte sich auf einem so beschränkten Gebiete, daß sein Einfluß nicht verglichen werden kann mit dem nationalen Rechte Frankreichs. Das wird alles anders werden, wenn das deutsche Rechtsgebiet einheitlich wird. Mit diesem Augenblick wird das deutsche Recht gleichfalls ein internationales Kulturelement. Mit steigendem Interesse sehen die Juristen des Auslandes dem Wachsen dieses Rechts entgegen. Die politische Presse des Auslandes hat mit richtigem Gefühl die große Bedeutung des gegenwärtigen Augenblickes erkannt. Gewahr dafür ist die Thatsache, wie bereits jetzt helle Köpfe jenseits der Grenze die Zeit gekommen glauben, wo sie die Frage sich vorlegen müssen, welchen Einfluß wird das einheitliche Recht ausüben auf das Recht, die Anschauungen des eigenen Heimatlandes. Die Erwägungen können bei der Entscheidung, die Sie zu fällen haben, nicht außer Betracht bleiben. An Ihnen wird es sein, ob die Hoffnungen, welche das deutsche Volk an dieses Gesetzgebungswerk knüpft, in Erfüllung gehen sollen, ob die Erwartungen des Auslandes berechtigt sind. Die verbündeten Regierungen haben das Werk vertrauensvoll in Ihre Hände gelegt, überzeugt, daß Sie erkennen werden, welcher Entschluß von politischer Tragweite Ihnen damit anheimgestellt ist. An Ihnen ist es, das Werk zu glücklichem Abschluß zu bringen. Gelingt es, das Dankes der deutschen Nation sind Sie sicher nicht nur für jetzt, sondern bis in die fernsten Zeiten hinein. (Beifall Beifall.)

Abg. Hintelen (Z.): Meine Freunde erkennen das Werk als ein großes, bedeutames und nationales an. In den weitesten Kreisen hat sich das Verlangen nach einem einheitlichen Recht geltend gemacht. Es sind dabei nicht allein mangelnde gewesen die erleichterten Verkehrsverhältnisse, sondern man wollte ein einheitliches deutsches Recht haben. Es ist eine große und schwierige Aufgabe, die gelöst werden muß. Bielelei Wünsche müssen unterdrückt werden und es handelt sich im wesentlichen darum, die großen materiellen Prinzipien, auf denen das Gesetz beruht, klar zu stellen und darüber eine Verständigung herbeizuführen. Es kommt hinzu, daß die politischen Parteien und Juristen selbst nicht einig sind. (Sehr richtig!) Wenn wir bedenken, mit welcher Sorgfalt und Mühe 20 Jahre lang an diesem Entwurf gearbeitet ist, welche Summe von Fleiß darauf verwendet ist, so können wir sagen: Es ist etwas Großes geschaffen worden. Der zweite Entwurf unterscheidet sich von dem ersten durch eine klarere deutsche Sprache, er trägt den Forderungen des Lebens Rechnung, da hervorragende Laien mit herangezogen sind. Diesen Mitarbeitern muß unser Dank ausgesprochen werden. (Beifall.) Auch wir sind bereit, mit allen Kräften mitzuarbeiten an diesem großen Werk. (Zustimmung.) Wir erkennen die Gefahren, welche entstehen würden, wenn die Verathung sich mehrere Jahre hinziehen würde. Aber wir sind uns auch bewußt der Gefahr, welche daraus entfliehe, daß die Grundzüge nicht genau geprüft werden. Es sind Anregungen laut geworden, den Entwurf ohne weiteres anzunehmen. Das ist eine ganz ungewöhnliche Zumuthung! (Sehr richtig!) Eine solche tief einschneidende Vorlage soll der Reichstag unbedenken annehmen? Ich freue mich, daß der Wunsch nach einer en bloc-Akklamation, wenn er je bestanden hat, in offiziellen Kreisen nicht mehr besteht.

Die zweite Möglichkeit der Behandlung, abgesehen von einer Durchberathung nur im Plenum, die doch wohl nicht möglich ist, würde die Verweisung des ganzen Entwurfs in eine Kommission sein. Das würde aber die Gefahr der Verzögerung mit sich bringen und könnte Änderungen zur Folge haben, die Verwirrungen in das System hineintragen. Aber es giebt eine Reihe von Materien, welche von ganz besonderer Bedeutung für unser soziales und religiöses Leben sind, diese müssen in eine Kommission verwiesen werden, wozu 21 Mitglieder genügen würden. Meine politischen Freunde haben eine ganze Reihe von Paragraphen aufgestellt, von denen sie wünschen, daß sie einer Kommission überwiesen werden. Ich überreiche dem Herrn Präsidenten. Die Kommission würde nach unserem Vorschlage zugleich die Vollmacht erhalten, bei Änderungen auch nicht überwiesene Paragraphen, welche davon betroffen werden, in ihre Verathung hineinzuziehen. Man könnte im Plenum nach Erledigung der ganzen Arbeit der Kommission beginnen; aber ich meine persönlich, daß es zweckmäßiger wäre, wenn einzelne Abschnitte von der Kommission fertig gestellt sind, dieselben an das Plenum zu bringen. Meine politischen Freunde wünschen, daß das Einführungs-gesetz ganz an die Kommission verwiesen wird, namentlich um die Vorbehalte bezüglich der Landesgesetzgebung zu prüfen; denn wenn man das Gesetz lieft, bekommt man einen Schreck über das, was der Landesgesetzgebung vorbehalten bleibt.

Manche Gesetzgebungsmaterien sind allerdings noch nicht reif. Es fehlt z. B. noch die Möglichkeit eines allgemeinen Wasserrechtes, trotzdem auf diesem Gebiete eine Einheitlichkeit noth thäte. Ich bin der Entwicklung des modernen Rechts gefolgt, aber manches Moderne ist nicht besser als das Alte. Redner bemängelt, daß nicht für gewisse allgemeine Grundzüge aufgestellt sind, sondern auf andere Paragraphen verwiesen wird. Dieser Uebelstand wird nicht mehr beseitigt werden können, wie sich denn im großen und ganzen wenig ändern lassen wird. Es wird z. B. von der entsprechenden Anwendung dieser oder jener Bestimmung gesprochen; dadurch wird das Publikum in Verwirrung gebracht, weil es nicht weiß, wie der eine oder der andere Richter die Sache auffassen wird.

In dem Familienrecht ist meiner Anschauung nach eine zu weit gehende Einmischung des Staates in die Familienverhältnisse enthalten. Die Bestimmungen sind geeignet, in das Familienrecht tief einzugreifen und das Familienleben zu stören. Da sollte der Staat seine Hand davonlassen. (Sehr richtig im Centrum.) Aus erhabener Munde haben wir die Worte gehört: Schützt die Religion, Sitte und Ordnung. Diese Worte lege ich auch als Maßstab an die Vorlage. Meine Freunde sind der Meinung, daß einzelne Theile des Entwurfs geeignet sind, die Ordnung zu zerstören. Es handelt sich dabei um die soziale, die politische und religiöse Frage. Ich bin leider in der Lage, den Vorwurf, daß die soziale Frage nicht genügend berücksichtigt ist, daß der Schutz der wirtschaftlich Schwachen nicht genügend zum Ausdruck gebracht ist, bestätigen zu können. Die Kommission kann hier Besserung in den Entwurf hineintragen. Es fehlt eine Bestimmung über das Zinsmaximum. Auch bezüglich der Miethsverhältnisse muß dafür gesorgt werden, daß der wirtschaftlich Schwache nicht erdrückt wird; diese Materie muß einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Verbessert werden müssen auch die Bestimmungen über die Alimentation unehelicher Kinder und ihrer Mütter. Verhindert werden muß eine

zu weitgehende Mobilisirung des Grundeigenthums durch Einführung einer zu leichten Veräußerung. In großen Theilen des Vaterlandes müssen wir dafür sorgen, daß das Grundeigenthum möglichst in festen Händen liegt. Auch der Kredit sollte nicht zu sehr erleichtert werden.

Bedenklich ist die Beseitigung der patria potestas (väterliche Gewalt), die einfach durch eine bloße Vormundschaft ersetzt werden soll. Das wird die ganzen Familienbande auflösen, welche die Grundlage für Gemeinde und Staat sind. (Zustimmung im Centrum.) Dabei kommt man ja schließlich zu dem, was die Sozialdemokraten (!) wollen, daß die Kinder den Eltern entzogen werden (!). Man wird das im Volke nicht verstehen. Die Aufrechterhaltung der väterlichen Gewalt ist im Interesse des sozialen Friedens absolut nothwendig.

Einen solchen absoluten Eigenthumsbegriff, wie das römische Recht ihn kennt, kennen wir in Deutschland nicht. Der Wald ist durch das preussische Gesetz zum Eigenthum des einzelnen geworden; daß jemand bestraft wird, wenn er eine Blume oder eine Beere pflückt, das versteht das Volk nicht. Man sollte den Eigenthumsbegriff etwas weiter fassen, der Eigenthümer darf nicht nach Belieben über sein Eigenthum verfügen, er muß dabei auf das öffentliche Interesse Rücksicht nehmen. Wozu ist die unbeschränkte Kreditfähigkeit und Wechselfreiheit nothwendig? Nicht genügend sind die Bestimmungen über die juristische Person; die Beschränkung der Vereinsfreiheit ist nicht richtig, ist nicht politisch. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hier sollte die Kommission eine Besserung versuchen. Redner bemängelt ferner die Bestimmungen über die Entmündigung, den Schadensersatz, die Bürgschaft u. s. w.

Ich komme nun zu der Frage, ob der Entwurf die Religion schützt. Bei der Vormundschaft sollte die Religion des Pflüglings berücksichtigt werden; die religiöse Erziehung der Kinder aus Mischen sollte reichs-gesetzlich geordnet werden. Der Entwurf beschränkt sich lediglich auf die zivilrechtliche Wirkung der Ehe. Das christliche Volk sieht in der Ehe etwas ganz anderes als ein bloßes bürgerliches Vertragsverhältnis. (Sehr richtig rechts und im Centrum.) Wenn die christliche Ehe zerstört wird, dann zerstören Sie schließlich auch den Staat und die Monarchie. Die Zivilehe ist ein ureigenstes Produkt der französischen Revolution. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Hier sollte man einmüthig zusammenstehen und das Christenthum schützen gegenüber dem modernen Liberalismus. Wir müssen erklären, daß der Entwurf Vorschriften über die Geschlechts-entzweiung enthält, die dem christlichen Glauben widersprechen. Wir erkennen den Eingriff des Staates in die Geschlechts-entzweiung überhaupt nicht an. Wenn diese Vorschriften angenommen werden, werden wir nicht allein gegen den betreffenden Abschnitt, sondern gegen den ganzen Entwurf stimmen. (Zustimmung im Centrum; Lachen links.)

Abg. v. Cuny (nat.): Ich stehe nicht an zu erklären, daß meine Freunde bereit gewesen wären, die en bloc-Akklamation zu empfehlen. Der Vorredner hat diese Zumuthung eine unerhörte genannt; aber zu großen Zwecken gehören auch große Mittel. In den Angriffen liegt unendlich viel Uebertreibung. Redner polemisiert gegen die Gegner des römischen Rechts und fährt dann fort: Es wird bemängelt, daß die sozialen Ideen nicht genügend berücksichtigt sind. Das ist für den jetzigen Entwurf in hohem Grade unerschicklich. Wenn man von einem solchen Entwurf eine soziale Reform erwartet, so verkennt man den Beruf eines solchen Gesetzbuches. Solche Reformen hat auch der Code civil nicht geschaffen, er hat nur das Gesetz Gewordene festgelegt. Wir haben unsere soziale Gesetzgebung noch nicht abgeschlossen, daß wir sie berücksichtigen könnten. Eine Festlegung der sozialen Gedanken wird einer späteren Zeit vorbehalten bleiben müssen. Der zweiten Kommission ist es gelungen, die schwer verständliche Sprache des ersten Entwurfs leicht verständlich zu machen. Auf Grund meiner Erfahrungen als rheinischer Jurist möchte ich Sie bitten, dem deutschen Volke den Segen der Kodifikation nicht vorzuenthalten. Ich bitte Sie dringend, machen Sie es so, daß der Entwurf noch in dieser Session Gesetz wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Vachta (L): Wer vor dreißig Jahren die Verathung einer solchen Kodifikation vorausgesetzt hätte, wäre als Schwärmer verlacht worden. Es ist jetzt aber gelungen, eine feste Grundlage für ein nationales Werk zu finden und wir sind berufen, unsere Zustimmung dazu zu geben und an der Vollenbung des Werkes mitzuarbeiten. Ich bestehe, daß die Vorlage einen kapitalistischen Geist hat. Unsere Zeit ist außerordentlich schwierig, die Lust mit sozialen Ideen und Problemen geschwängert. Daraus folgt die doppelte und dreifache Nothwendigkeit, uns die nationalen Güter zu wahren; darin sind wir alle einig mit Ausnahme der internationalen Sozialdemokratie. Wir Mecklenburger sind bereit, trotzdem manches besser bei uns ist als in der Vorlage, alle Besonderheiten preiszugeben und uns der Vorlage zu unterwerfen. (Beifall rechts.) Ein einheitliches bürgerliches Recht hat eine hohe Bedeutung für das politische Leben und für die Rechtswissenschaft. Die kleinen Patrimonialrechte erforderten für ihre wissenschaftliche Bearbeitung eine ungeheure Menge von Kraft; diese ganze Kraft kann sich jetzt dem einen bürgerlichen Gesetzbuche widmen. Das einheitliche Recht übt eine emigende Wirkung aus, die um so größer ist, je umfassender das Gesetz. Die Patrimonialrechte werden ja nicht ganz beseitigt, aber sie werden doch eingeschränkt und damit wird das nationale Bewußtsein gekräftigt werden und es wird dem stolzen Bau des Deutschen Reiches ein neuer Eckstein eingefügt. Aus diesem Grunde begrüße ich die Vorlage als eine nationale That.

Das Einführungs-gesetz schließt gewisse agrarische Sonderrechte von der reichsgesetzlichen Regelung aus, so das Erbpacht-recht, das Ackerrecht u. s. w. Es enthält allerdings keine Bestimmungen über die Heimstätten. Wenn man die Landwirtschaft so sehr beschränkt in ihrer Verfügung über das Grundeigenthum, so beschränkt man den Kredit der Leute, den sie doch nothwendig brauchen. Das Gesetz soll nicht sozialgenug sein; der Schutz des Schwachen zieht sich aber wie ein rother Faden durch das Gesetz hindurch. Im rotheren ist von dem Vorredner bemerkt worden, daß wir keine soziale Gesetzgebung machen wollen, sondern ein bürgerliches Gesetzbuch; da müssen wir uns vorsehen, daß wir nicht der Zeit voraus seien. Es wird nachher schon die Zeit kommen, wo wir den Niederschlag der sozialen Gesetzgebung hineinarbeiten können. Herr Hintelen hat die Vorlage als unannehmbar erklärt, wenn die Bestimmungen über die Geschlechts-entzweiung ausgenommen werden. Die Suppe wird wohl auch nicht so heiß gegeben werden. Ich halte es nicht für richtig an der Zivilehe zu rütteln. Es bestanden ganz erhebliche Bedenken damals dagegen; aber die Dinge haben sich seit dem Bestehen der Gesetzgebung geändert. Die evangelische und katholische Kirche haben es verstanden, sich mit diesem Gesetze abzufinden und da soll der alte Streit in dieser ohnehin schwer belasteten Zeit wieder aufleben? Bezüglich



der Ehescheidung wünschen auch wir manche Veränderung, namentlich muß entfernt werden der Ehescheidungsgrund, der in der Geisteskrankheit liegt. (Sehr richtig! rechts.) Man wird auch die Ehescheidung auf Zeit von Tisch und Bett wieder einführen müssen. Unannehmbar ist auch die vorgeschlagene Form der Ehescheidung infolge bösslicher Verlassung.

Es ist getadelt worden, daß das Einführungsgezet sehr weitgehende Vorbehalte enthalte. Das ist nicht ganz richtig. Ich glaube, wir müssen uns begnügen mit dem, was hier geboten wird, weil dasselbe ohnehin schon einen tiefen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten enthält. Es kann unsere Aufgabe nicht sein, die Glite der deutschen Juristen, die diese Vorlage zu Stande gebracht haben, zu verbessern. Wir müssen uns entscheiden, die Vorlage nur in den Punkten einer Durchsicht zu unterziehen, wo religiöse, wirthschaftliche und politische Gesichtspunkte es erfordern. Im übrigen müssen wir die Vorlage en bloc annehmen. Das ist durchaus keine unerhörte Zumuthung. Das Handelsgezetbuch und das bürgerliche Gesetzbuch in Sachen sind auch en bloc angenommen. Dem Vorschlage des Herrn Rintelen möchte ich widersprechen, daß nur einzelne Theile der Vorlage der Kommission überwiesen werden sollen. Damit sind auch die Freunde des Herrn Rintelen wohl nicht alle einverstanden. Es wird nichts übrig bleiben, als der Kommission das Ganze zu überweisen. Dafür spreche ich mich im Namen meiner politischen Freunde aus. Die Kommission kann ja ermächtigt werden, einzelne Theile nach ihrem Ermessen en bloc anzunehmen. Meine politischen Freunde sind nicht, wie es durch die Presse gegangen ist, Gegner der Vorlage. Sie wünschen dringend, daß die Vorlage baldmöglichst und möglichst unverändert Gesetz werden möge, möglichst noch im Laufe der gegenwärtigen Session. Wir werden alles thun, um die Annahme dieses Werkes zu fördern, und wir würden es auf das äußerste bedauern, wenn dieser Versuch mißlingen sollte, wir würden die Verantwortung für das Scheitern der Vorlage nicht auf uns nehmen, sondern sie denen zuschieben, welche sie herbeigeführt haben. (Beifall rechts.)

Hg. Schröder (fr. Bg.) hält es für notwendig, der Kommission direkt die Ermächtigung zu geben, einzelne Theile en bloc anzunehmen, damit jeder geschäftsordnungsmäßige Zweifel ausgeschlossen wird. Der Widerspruch des Herrn Rintelen wird nicht so verhängnißvoll wirken, wie es scheinen möchte. Es handelt sich schließlich doch bezüglich der Ehescheidung darum, bestehendes Recht aufrecht zu erhalten; es wird nicht möglich sein, das bürgerliche Gesetzbuch zurückzuschrauben, wie das Zentrum es wünscht. Das Recht auf die Ehescheidung einzuwirken, hat der Staat sich genommen und wird davon nicht zurücktreten. Daß der Reichstag jetzt in die Lage kommt, die letzte Hand an das bürgerliche Recht zu legen, darin liegt für mich ein verzehrendes und erhebendes Moment, denn darin liegt der Beweis, daß der Einheitsgedanke im Volke doch immer noch vorhanden ist trotz aller trennenden Momente. Da sollten alle Parteien sich vereinigen zur Arbeit, zur Herstellung eines einheitlichen bürgerlichen Rechtes. Darin liegt die beste Stütze des nationalen Gedankens. Wir müssen uns der Thatfache beugen, daß uns eine Arbeit der besten juristischen Kräfte vorliegt. Da wäre es auch von den Juristen eine Annahme, wenn sie glauben wollten, hier etwas besseres zu können. Der Reichstag hat den Entwurf wesentlich unter den großen politischen und sozialpolitischen Gesichtspunkten zu betrachten. Die religiösen Gesichtspunkte möchte ich ausschließen, denn wenn man sich darin zu sehr vertieft, möchte man eine Einigung nicht erzielen. Man hat verlangt, daß der Entwurf spezifisch national sein sollte. Die hervorragenden Männer, welche den Entwurf geschaffen haben, standen doch mitten im Leben der Nation.

Ein Werk, wie das bürgerliche Gesetzbuch kann gegenüber den mannigfachen gährenden und noch nicht ausgezeigten sozialen Ideen sich nur der größten Zurückhaltung befleißigen. Es gilt festes dauerndes Recht zu schaffen und nicht den vorübergehenden Zeitströmungen zu folgen. Es wird behauptet, daß die Rechtsstellung der Frau nicht die richtige ist. Die Frau hat eine viel bessere Stellung bekommen als früher im Familienrecht, im ehelichen Güterrecht und im Erbrecht. Die Vorschriften entsprechen vollständig dem Stande der Rechtsanschauung, die jetzt in Deutschland herrscht. Die weiteren Forderungen, welche noch bestehen, sind Minderheitsforderungen, auf welche das Gesetz keine Rücksicht nehmen kann. Auch bezüglich der unehelichen Kinder ist eine wesentliche Verbesserung eingetreten, ja vielleicht geht darin der Entwurf schon zu weit, daß er die unehelichen Kinder ganz in die Familie der Mutter aufnehmen will. Eine Kommissionsberatung würde meine politischen Freunde nicht verlangen, weil sie der Meinung sind, daß die Verbesserungen auch im Plenum geschaffen werden können, namentlich bezüglich des Körperschafts-Rechts, wo der Polizeigeist zu sehr vorgewaltet hat. (Sehr richtig! rechts.) Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß an diesen Punkte die verbündeten Regierungen eine Aenderung zulassen werden. Wir werden allen Verbesserungen zustimmen, über welche in der Kommission eine Vereinbarung zu Stande kommt zwischen den Parteien und den verbündeten Regierungen. Die Gelegenheit, einen Fortschritt im Rechtsleben zu erreichen, darf der Reichstag nicht verpassen. Die Verantwortung einer Ablehnung kann er nicht übernehmen. Gerade in anbetrachter der herrschenden Gegensätze müßten wir zeigen, daß wir im Stande sind, ein einheitliches Werk zu schaffen. Ich schließe mit der Hoffnung, daß der große Moment kein kleines Geschlecht finden möge. (Zustimmung links.)

Hg. Teufschner (Rp.): Es ist nicht möglich, daß ein derartiger Gesetzentwurf allen Menschen genügt; es handelt sich darum, ob er im großen und ganzen den nationalen Wünschen und den Bedürfnissen des deutschen Volkes genüge leistet. Ich glaube, daß das in vollem Umfange der Fall ist. Eine spezielle Beratung einer solchen Vorlage im Reichstage ist vollständig ausgeschlossen, daran wird auch wohl niemand denken. Eine Verweisung an eine besondere Kommission ist nach meiner Auffassung eine Maßregel, die mehr oder weniger das Zustandekommen des Gesetzes in Frage stellt. Ich glaube nicht, daß wir in einer Kommission von 21 Mitgliedern zum Ziele kommen. Mit besserem Erfolge würde es möglich sein, das Gesetz zu Stande zu bringen, wenn eine freie Kommission gebildet wird und wenn wir für die zweite Lesung einen bestimmten Termin feststellen. Ich enthalte mich bei der vorgeschlagenen Zeit Spezialitäten vorzutragen. Die Meinungsverschiedenheiten sind sehr tiefgehende. Auch in der Reichspartei sind allerlei Auffassungen vertreten, die schließlich dahin geführt haben, daß die Reichspartei sich verständigt hat über eine Resolution folgenden Inhalts:

Die Deutsche Reichspartei verkennt nicht die große nationale Bedeutung eines gemeinsamen bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich und würde angesichts dieser Bedeutung gern ihre Bedenken gegen einzelne Punkte des Entwurfes zurückstellen und für seine En bloc-Akzeptanz eintreten, wenn für sie überhaupt eine Aussicht im Reichstage bestände. Nachdem aber große Parteien des Hauses ihrerseits die Zustimmung zu dem Entwurf von der Aenderung einzelner Theile derselben abhängig gemacht haben, glauben wir unersetzlich auch unsere Wünsche bezüglich einer Umarbeitung nicht zurückhalten zu sollen. Diese Wünsche beziehen sich vorzugsweise auf die unersetzliche Bedenken nicht genügend berücksichtigten, aber mehr zu berücksichtigenden Ansprüche der Frauen auf Verminderung ihrer Abhängigkeit und Erweiterung ihrer Rechte auf dem vermögensrechtlichen Gebiete. Im Interesse des Zustandekommens des Entwurfes beschranken wir unsere Wünsche auf ein Mindestmaß, glauben aber gleichzeitig beantragen zu sollen, daß der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches nicht in eine Kommission ver-

wiesen werde, weil wir fürchten, daß in dieser ein positiver Erfolg schwer zu erzielen sein würde, sondern daß die zweite Lesung erst nach Ablauf eines längeren Zeitraums vorgenommen werde, um während dieses Zeitraumes in freien Verhandlungen über die weitere geschäftliche Behandlung zur Verständigung zu gelangen.

Nach 5 Uhr wird die weitere Berathung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

## Parlamentarisches.

In der Börsegesch. Kommission des Reichstages wurde gestern zunächst der Rest des Abschnittes, welcher von der Feststellung des Börsenpreises und dem Mallerwesen handelt (§§ 33, 34, 35), mit unwesentlichen Abänderungen nach der Regierungsvorlage angenommen. Mit § 36 beginnt der dritte Abschnitt über die Zulassung von Werthpapieren zum Börsenhandel. § 36 lautet in der Vorlage: „Die Zulassung von Werthpapieren zum Börsenhandel erfolgt an jeder Börse durch eine Kommission (Zulassungskommission), von deren Mitgliedern mindestens der dritte Theil aus Personen bestehen muß, welche sich nicht gewerbmäßig am Börsenhandel mit Werthpapieren betheiligen. Im übrigen werden die Bestimmungen über die Zulassung der Zulassungskommission sowie über die Zulassung einer Beschwerde gegen deren Entscheidungen durch die Börsenordnungen getroffen. Die Zulassungskommission ist befugt, zum Börsenhandel zugelassene Werthpapiere von denselben auszuschließen.“ — Die Zulassung deutscher Reichs- und Staatsanleihen darf nicht versagt werden. — Ein Antrag Hahn-Graf Arnim, auf Einrichtung einer Reichs-Zentralstelle für Emissionen ausländischer Papiere wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. (Dafür waren drei Konserative, v. Liebermann, Singer, Dr. Bachem und die beiden Antragsteller. Angenommen wurde dagegen ein Antrag des Grafen Arnim (Rp.), die gesperrt gedruckten Worte in § 36 zu ersetzen durch die Worte: „die Hälfte aus Personen bestehen muß, welche nicht ins Börsenregister eingetragen sind.“ Ferner wurde auf Antrag v. Strombeck (Z.) nach diesem Satz folgender Satz eingeschoben: „Von der Berathung und Beschlußfassung über die Zulassung eines Werthpapiers zum Börsenhandel sind diejenigen Mitglieder ausgeschlossen, welche an der Einführung dieses Werthpapiers in den Börsenhandel unmittelbar oder mittelbar betheilt sind.“ § 37, der von dem Verhältnis verschiedener Zulassungsstellen zu einander handelt, blieb unverändert.

Wegen Beginn des Plenums mußte die Verhandlung abgebrochen werden. Nächste Sitzung Mittwoch Vormittag.

Bürgerliches Gesetzbuch. Die Vertrauensmänner der Fraktionen waren heute Vormittag zusammen getreten behufs Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des Gesetzentwurfs betreffend das bürgerliche Gesetzbuch und haben sich dahin geeinigt, den Antrag zu stellen, daß die ganze Vorlage an die Kommission verwiesen werde. —

## Lokales.

Zwei brave Kollegen sind in diesen Tagen aus Plöhenes zu uns zurückgekehrt. Am 29. v. M. wurde Reichstags-Abgeordneter Max Schippel aus zweimonatlicher Kerkerhaft entlassen und am 2. Februar sah Hugo Böhler ebenfalls nach einer Haft von zwei Monaten die Freiheit wieder. Wir begrüßen die beiden Parteigenossen in der Zuversicht, daß sie sich bald von den Schädigungen, welche das Gefängnis ihrer Gesundheit beigebracht hat, erholen, als die braven unerschrockenen Kämpfer für die Rechte des Proletariats, die sie sind und bleiben werden!

Auf die Volksversammlung, welche heute Abend 8 1/2 Uhr in der Brauerei Friedrichsbain am Königsdamm stattfindet, sei hiermit besonders hingewiesen. Als Referent spricht Reichstags-Abgeordneter Dr. Küstgenau; eingeleitet wird die Versammlung mit einer Ansprache des parlamentarischen Vertreters vom fünften Reichstagswahlkreise, des Redakteurs Robert Schmidt.

In Wismeredorf befindet sich die Parteispedition fortan bei Frau Kübler, Eismaringerstr. 32. Neue Abonnementsbestellungen wolle man dort ausgeben. Der Vertrauensmann.

Die Gewerbedeputation hat, wie ein Bericht meldet, einer hiesigen größeren Drucker aufgegeben, dafür Sorge zu tragen, daß erstens die bereits vorhandenen Waschgelegenheiten erheblich vermehrt und verbessert werden, und daß zweitens die Garderobe nicht frei, sondern in einem durch Brettervorhänge streng abgeschlossenen Räume aufbewahrt werden muß. Es ist bezeichnend, daß solche Aufforderungen überhaupt noch von amtlicher Stelle erlassen werden müssen.

Ueber das erste Brausebad in einer Berliner Gemeindschule, das am 26. November 1894 auf dem Grundstück der Schulen 168 und 182 (Quintowstr. 115) eröffnet wurde, berichtet in der „Zeitschrift für Schul- und Gesundheitspflege“ (1896, Januarheft) der die Schule 168 leitende Rektor Brunsow. Das Bad ist bestimmt für Knaben und Mädchen der Ober- und Mittelstufe. Die Unterstufe bleibt ausgeschlossen, weil hier die Kinder meist noch nicht im Stande sind, sich ohne Hilfe aus- und anzukleiden. Die Benutzung des Bades ist unentgeltlich, doch haben die Kinder ihre eigene Wadewäsche mitzubringen. Eine Verpflichtung, das Bad zu benutzen, besteht nicht. Gebadet wird während der Unterrichtszeit; jede Klasse hat ihre festliegende Badestunde in der Woche. Die damit verbundene Vereinfachung des Unterrichts bezweckt Brunsow als gering, namentlich im Vergleich zu dem sonstigen Nutzen des Bades. Der Weg zu den Zellen, das Auskleiden, das Bad, das Ankleiden und der Rückweg zu den Klassenzimmern kostet zusammen 25 Minuten. Obwohl nur 14 Badegellen vorhanden sind, kann doch eine ganze Klasse in einer Stunde fertig werden, da die Zahl der Zellen zum Aus- und Ankleiden doppelt so groß ist, so daß der zweite Schub bereits zum Auskleiden nachgeschickt werden kann, bevor noch der erste die Badegellen verläßt. In der ersten Woche nach der Eröffnung badeten von den Knaben der Ober- und Mittelstufe 76 pCt. Doch ließ die Betheiligung, augenscheinlich infolge der Kälte, schon in der zweiten Woche nach und sank in sieben Wochen bis auf 54 pCt. So hielt sie sich auch, mit kleinen Schwankungen, bis Ostern 1895. In den ersten Wochen nach Ostern stieg sie dann rasch wieder auf 84, 85, 87 pCt. Ueber den Sommer und Herbst 1895 bringt der Bericht noch keine Angaben. Von den Mädchen wird gesagt, daß sie sich, besonders im Winter, viel weniger betheiligten, doch werden keine Zahlen mitgetheilt. (Die 168. Schule ist für Knaben, für Mädchen die 182.) Brunsow meint, die geringere Betheiligung der Mädchen erkläre sich wohl daraus, daß diese mehr Wadewäsche brauchen; vielleicht siehe es auch mit den Unterleibern nicht bei allen so, daß sie sich vor einander sehen lassen könnten. Die Befürchtung, daß im Winter die Gefahr einer Erkältung bestehe, sucht der Bericht zu zerstreuen. Das Wasser hat im Anfang eine Temperatur von 30 Grad Celsius (= 24 Réaumur), die bis zur Beendigung des Bades noch um einige Grade herabgedrückt wird. Der Weg von den Zellen zu den Klassenzimmern ist gegen Zug geschützt. Von der Einrichtung weiterer Schulbäder erwartet Brunsow reichen Segen, auch für die Schule selber. Wir meinen, die Benutzung und der davon zu erwartende Segen könnten noch gesteigert werden, wenn man den Kindern nicht zumuthen wollte, sich ihre eigene Wadewäsche mitzubringen. Ein Handtuch sollte überall als notwendiger, also mitzubringender Bestandteil eines Bades gelten. Selbst die billigen Volks-Badeanstalten liefern ein Handtuch und obenein noch ein Stück Seife.

Vom Botanischen Garten. In der in letzter Zeit vielfach besprochenen Angelegenheit des Botanischen Gartens wird uns berichtet, daß bei den städtischen Behörden die Absicht durchaus

nicht obwaltet, an den Finanzminister mit Kaufsanträge heranzutreten. Vielmehr werden dieselben sich auf Verhandlungen wegen Ankauf des Gartens erst dann einlassen, wenn sich der Verkaufspreis übersehen läßt, da das Terrain nicht bebaut werden, vielmehr als Park erhalten werden soll.

Die Heuchelei und Verlogenheit der bürgerlichen Presse tritt gegenwärtig wieder einmal recht drastisch zu Tage. Am Sonnabend ist die Frau des verschwundenen Dr. Frh. Friedmann im Reichshallen-Theater als Sängerin aufgetreten. Vor einem Publikum, das größtentheils des Jokes und der Sensation wegen gekommen war, erschien die Dame raffiniert „einsach“ gekleidet, in schlichter weißer Seidenrobe, deren einziger Schmuck ein Amaryllis in der Hand war, wie ein bißiges Blatt sich in einer mit Bosheit durchpfefferten Melamenotiz ausdrückt. Was Frau Friedmann sang, war nebensächlich, auch spielten ihre minimalen Leistungen eine belanglose Rolle; die Hauptfache war die Spekulation, die die Frau einer nimmehr in der „guten Gesellschaft“ unendlich gewordenen Berühmtheit mit dem Namen ihres Gatten trieb. Frau Friedmann will Geld aus der Schande ihres Mannes ziehen; die Dame — man verzeihe dies harte, aber einzig zutreffende Wort — treibt hiermit eine Art geistiger Prostitution vor dem Publikum.

Man sollte meinen, daß die Presse, die nicht genug in Sittlichkeitsheuchelei machen kann und die namentlich der Sozialdemokratie gegenüber sich als naserümpfende Sittenrichterin geberdet, ob dieses Skandals in laute Entrüstung ausbrechen werde. Weit gefehlt. Einige faule Witzchen und im übrigen devote Komplimente vor der neuesten Attraktion, Komplimente, denen gegenüber sich die begabtesten Leistungen der Melamenotiz im Theater relativ harmlos ausnehmen. „Lokal-Anzeiger“, „Tageblatt“, „Börse-Courier“ etc. thun entzückt und überbieten einander in dem Bestreben, der Frau Friedmann Blumen auf den Weg zu streuen. Nur ein Blatt macht diesmal eine Ausnahme, die „Voss. Ztg.“, die mit recht gegen den „groben Unfug“ schreibt: „Man wende nicht ein, daß Noth, die Sorge um ihre Kinder, Frau Friedmann gezwungen habe, in weißen Seidenkleide mit mächtigen Puffärmeln auf der Bühne zu erscheinen. An Freunden hat sie ihrem Gatten nicht gefehlt, und unter den vielen, die sie vor Ausbruch der Katastrophe in ihrem Hause gesehen, die an ihrem Tische gespeist haben, würden sich gewiß einige gefunden haben, die sie in guter Form der Nothwendigkeit enthoben hätten, Kapital aus der Schande des Mannes zu schlagen, dessen Namen sie führt. Das Aufstreuen der Frau Frh. Friedmann seit dem Skandal, der mit diesem Namen verknüpft ist, die Krone auf; die Ausbringlichkeit, mit der die Klagen sich gestern für Frau Friedmann ins Zeug legte, erhöhte den peinlichen Eindruck, den die ganze Schaustellung auf jeden Billigdenkenden gemacht hat.“ — Der größte Theil der bürgerlichen Presse hat sich aber bei dem neuesten Friedmann-Skandal gegeben, wie wir es von solchen Vertheilern der göttlichen Weltordnung im Grunde auch nicht anders erwartet haben.

Das Mannedmuth und Tapferkeit nicht gerade die hervorragenden Eigenschaften unserer Adamb-Antisemiten bilden, ist schon durch mehr als ein Beispiel dargelegt worden. Auch das hier zweimal wöchentlich erscheinende Blättchen „Deutscher General-Anzeiger“, das von zwei Männern mit den urgermanischen Namen Stragel und Seblach unter dem Motto „Deutschland, Deutschland über Alles“ gedruckt und herausgegeben wird, leidet offenbar an diesem kleinen Schönheitsfehler. Mit dem Bruchstück stilllicher Entrüstung schweberte Redakteur Seblach dem „Vorwärts“ im November v. J. den Vorwurf entgegen, daß er in einer Lokalnotiz aus Furcht vor dem Judentum den Kaufmann M. in der Frankfurter Allee nicht mit Namen als den Mann bezeichnet habe, der eines schweren Sittensvergehens schuldig sei. Vor Gericht mußte Herr Seblach am Mittwoch voriger Woche die Erfahrung machen, daß er sich in der Person des von ihm muthvoll der Dessenlichkeit preisgegebenen Antisemiten geirrt hatte. Das ist ein Malheur, das in der allgemeinen menschlichen Unvollkommenheit seine Erklärung finden mag, wenn auch in diesem Falle der Vorwurf nicht von der Hand zu weisen ist, daß der verantwortliche Redakteur mit einer geradezu verblüffenden Leichtfertigkeit gehandelt hat. Aber bezeichnend für die antisemitische Tapferkeit ist der Umstand, daß während die ganze Presse Notiz von der betreffenden Gerichtsverhandlung genommen hatte, der „General-Anzeiger“ selber in seiner Sonntagsnummer mit keinem Wort der Sache erwähnt. Das Adambblättchen schweigt die leidige Affäre einfach todt.

Heißt ein Geschäft! Aus dem Inseratentheil der „Voss. Ztg.“ vom 2. Februar, zehnte Beilage: „Offizier, Junger Mann, der Jährlichexamen machen will, sucht beh. spät. Verath. Besamtschaft junger reicher Dame, deren Eltern ihn bis zum Offizier. Examen in Lage gewähren würden. Christliche Konfession. Vermittler erwünscht. Offert. unter B. S. 118 in der Exped. d. Ztg.“ Auf zum Kampf für Ordnung, Religion und Sitte!

Dr. Patriotismus des Unternehmertums hat sich am verfloffenen 18. Januar nicht in so begeisterten Ausbrüchen entladen, wie am St. Sedantage des vorigen Jahres. Während damals der „Vorwärts“ etwa zwei Wochen hindurch taglich respektable Listen von Unternehmern veröffentlichte, die zur Feier des Tages die Arbeiter um den Lohn gebracht hatten, den sie ihnen für die ausgezwungenen Feiertagen schuldig waren, blieb diesmal von uns veröffentlichte Liste ziemlich kurz. Auch eine von der hiesigen Filiale des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes angenommene Statistik hat als Resultat ergeben, daß von 88 Fabriken der in betracht kommenden Branchen 48 am Reichs-Gründungstage regulär arbeiten ließen. Zum wesentlichsten mag die Furcht vor einer Brandmarke im „Vorwärts“ die Patrioten veranlaßt haben, am 18. Januar ehrlich an ihren Arbeitern zu handeln. Zu dem Opfer, die Arbeiter feiern zu lassen und ihnen den schuldigen Lohn zu zahlen, haben sich diesmal nur ganz vereinzelte Unternehmer aufgeschwungen.

Gegen die Sperre der Treptower Chaussee während des Ausstellungsjahres, welche im Interesse der Ausstellung umgänglich notwendig erschien, hatten, wie i. B. mitgetheilt, einige Treptower Gastwirthe Beschwerde beim Ministerium erhoben. Der jetzt ergangene Bescheid des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Thielen, erklärt, daß es bei der Sperre sein Bewenden haben müsse. Sie soll bereits am 1. April in kraft treten. Bei diesem Bescheide hat sich der Gastwirth Ackermann in Treptow nicht beruhigt, vielmehr den Syndikus des Verbandes der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgegend, Rechtsanwält Dr. Schoepf, mit der Anstellung der Klage auf Aufhebung der ministeriellen Verfügung beauftragt.

Musterarbeiterinnen. Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft ist in der Konfektion bekanntermaßen im allgemeinen eine überaus große. Von den verschiedenen Konfektionszweigen ist die Blumenbranche eine derjenigen, welche den Arbeiterinnen mit der unglücklichsten Erwerbsverhältnisse bietet. Am schlechtesten daran sind indessen die Musterarbeiterinnen, welche nur zu häufig um die Früchte ihres Schaffens gebracht werden. Zur sogen. „Musterzeit“ erscheinen Inserate in den Zeitungen des Inhalts: „Blusenarbeiterinnen mit Musteranlage oder Reihzeiten verlangt.“ So manche Musterarbeiterin wendet auf ein derartiges Inserat hin ihr letztes daran, kauft sich Stoff und Zusäthen und komponirt eine Neuheit oder eine Mustervorlage. Vielleicht hat sie Glück damit und die Hoffnung auf Verdienst fördert ihre schwierige Arbeit. In diese fertig gestellt, so eilt sie damit zum Chef des Konfektionsgeschäftes, von dem das Angebot angeht. Der Herr Chef prüft gewissenhaft die Arbeit und giebt sie zur Meinungäußerung an die Direkttrize. Von dieser wandert die Arbeit wieder an den Schneider und hat das Muster Gnade gefunden vor den Augen



aller, so wird der Name der Musterarbeiterin notirt. Dieselbe erhält eine oder zwei Bestellungen auf ihr Muster, dann ist die Fertigkeit zu Ende. Sie wird vertrieben auf die Zukunft. Wenn das Muster geht, soll sie mehr Arbeit erhalten. Wie oft ist dies aber nicht der Fall, d. h. die Arbeit bleibt aus, obgleich die Vorlage Anhang findet. Die Arbeit wird von anderen gemacht und die Musterarbeiterin hat das Nachsehen. In den Schaufenstern der Detailgeschäfte sieht sie ihre Bloufen aufgestellt, die Frucht ihres Könnens und Schaffens genießt jeder nicht sie. Die erhaltenen Bestellungen decken in den meisten Fällen kaum die gemachten Aufwendungen und die Musterarbeiterin muß schließlich froh sein, wenn sie bei einem Zwischenmeister Arbeit findet — auf ihr eigenes Muster. — In ähnlicher Weise soll, wie uns versichert wird, auch in anderen Konfektionsbranchen von gewissenlosen Unternehmern operirt werden.

Zur Lohnbewegung der Adressenschreiber wird uns geschrieben: In bürgerlichen Blättern war in den letzten Tagen von einem beabsichtigten Streik der Adressenschreiber, diesen grenzenlos ausgenutzten Lohnarbeitern, die Rede. Diese Nachricht ist unrichtig. Man denkt in den beteiligten Kreisen nicht an die Inszenierung eines Streikes, im Gegentheil ist man fest davon überzeugt, daß ein Zustand zwecklos wäre. Aus dem einfachen Grunde, weil für die Ausständigen sofort Ersatz beschafft würde; rekrutiren sich doch die Adressenschreiber aus der zahllosen Menge arbeitsloser Kaufleute und aus dem Heer Stellenloser vieler „gebildeter“ Berufe. So gering die Verdienstmöglichkeit bei größter Anstrengung auch ist (siehe unseren Artikel vom Sonntag), so wären doch die verlassenen Stellen in ganz kurzer Zeit von den Tausenden, die nichts zu brechen und zu beissen haben, besetzt: Hunger thut weh. Man weiß übrigens ganz genau, daß die Arbeitslosen, mit denen man hier zu rechnen hat, fast durchweg desjenigen Solidaritätsgefühls ermangeln, das so manchen bürgerlichen, aber klassenbewußten Handarbeiter in heroischer Geschäftsaufwallung davon abhält, das Loos des Arbeitslosen mit dem des Streikbrechers zu vertauschen. Damit rechnen die Adressenschreiber, welche jetzt eine Besserung ihrer Lage anstreben. Wie sie zu bessern sei, darüber ist man sich allerdings noch nicht ganz klar. In einem Flugblatt, in dem auch weitere Kreise für die Lage der Angestellten in den sogenannten Adressenbureaus zu interessieren gesucht werden, wird als nächstes Ziel in Aussicht gestellt, daß die Inhaber der Bureaus aufgefordert werden, das Adressenschreiben anständig zu bezahlen. Zugleich soll die Einführung einer Geschäftsweise und eine menschenwürdige Behandlung, wie sie der „gebildete Kaufmannsstand“ beanspruchen könne, verlangt werden. Können die Chefs der Aufzucht nach so, so müßten, meint der Verfasser, Mittel beschafft werden, um selbst ein Adressenschreiberbureau für stiellose Kaufleute zu begründen. Gelder und die Zuzahlung von Arbeiten sollen schon zugesagt sein. Auch wird in dem Blatt die Schaffung einer Vereinigung verlangt. Dem Anschluß an die bestehende, auf dem Boden des Klassenkampfes stehende kaufmännische oder an ähnliche Vereinigungen scheint man, nach gewissen Thatsachen zu schließen, abgeneigt zu sein. Neuerdings ist man sich dahin einig geworden, daß vor allen Dingen die große Oeffentlichkeit mit der elenden Lage der Berufsge nossen beschäftigt werden müsse; zu diesem Zwecke werden in der nächsten Zeit große öffentliche Versammlungen anberaumt werden, zu denen die großen kaufmännischen Firmen, welche Hauptkunden der Adressenbureaus sind, eingeladen werden sollen. Man denkt so durch Ausübung eines moralischen Druckes indirekt Vortheile zu erzielen. Unterdessen wird man sich damit beschäftigen, welche positiven Vorschläge in der Oeffentlichkeit zu machen seien. — Die Lage der fraglichen Arbeiter ist in dem sonntäglichen Artikel des „Vorwärts“ treffend gekennzeichnet. Es wäre hier betrefsend derselben nur noch zu konstatiren, daß die Firma Schustermann für die überaus schlechte Befoldung der Adressenschreiber, wie sie zur Zeit in Berlin gang und gäbe ist, allgemein seitens dieser Schreiber verantwortlich gemacht wird. Sie soll durch ihre „scharfe“ Konkurrenz andere früher besser zahlende Firmen zum fetigen Lohnbrudr gezwungen haben. Es seien, wird von eingemeinten Leuten behauptet, gewisse Arbeiter früher pro Tausend mit 5, 6 und 7 M. bezahlt worden, für die es jetzt 2,50 M. gebe. Zu den Mißständen, welche man beseitigen will, gehört auch der vielfach geübte Zwang, 10 Stunden ohne Mittagspause hintereinander durchzuarbeiten zu müssen.

Zur Lage der Adressenschreiber. Herr August Brode, Alexanderstr. 20a, meldet sich in einer Zuschrift an uns als der Herr, dessen Geschäftsverhältnisse in unserem Artikel vom Sonntag aufgedeckt seien. Herr Brode theilt mit, daß er seit Oktober in dem genannten Hause wohne und nicht 25, sondern 50 Leute beschäftige. Sprachkenntnisse verlange er von den Schreibern nicht, da er genügend sprachkundige Leute beschäftige; von seiner Preisliste besitze jeder Schreiber mindestens ein Exemplar, dieselbe sei jedermann im Bureau zugänglich. Der Verdienst schwankte zwischen 1 Mark 50 Pf. und 3 Mark 50 Pf. pro Tag; für Adressenschreiber sei die Beschäftigung nur eine vorübergehende, bis sie eine positive Beschäftigung gefunden haben, und bilde daher eine Wohlthat (!). Adressen, die schwer anzufinden seien, würden im Tagelohn angesetzt; es sei unwar, daß die Angestellten für ihn zu Hause arbeiten müßten, thäten sie es, so bekämen sie für diese Arbeit besonders bezahlt. Auch macht uns Herr Brode zum Vorwurf, daß wir die selbstverständlichen Ausgabegaben für Wirtel, Beleuchtung nicht in dem Artikel besonders erwähnt haben. Eigenartig ist die Berichtigung des Herrn Brode über die von ihm geforderten Preise für die verkauften Getränke: „Daß ich an meine Schreiber für 10 Pf. eine Flasche guten Bieres und für 5 Pf. eine große Tasse Kaffee verkaufe, von dem ich selbst auch trinke, und ich trinke keinen schlechten, ist richtig und geschieht nur, um das fortwährende Laufen der Schreiber nach der Kneipe zu vermeiden, wobei viel unnütze Zeit verloren geht; außerdem kann ich so verhindern, daß ein oder der andere Schreiber mehr trinkt, als ihm zuzugestanden ist.“ Die Kneipe habe ich nur auf Wunsch meiner Schreiber eingeführt und empfunden sie diese Einführung nur als Wohlthat. Von dem geringen Verdienst, den mir die Kantine bringt, pflege ich bei festlichen Anlässen wie Geburts-, Tauf-, Geburtstags- u. Feiern Bier u. an die Schreiber gratis zu verabfolgen und abkorkt eine Geburtstagsfeier mit circa 200 M. Kosten den Nutzen eines halben Jahres.“ Sodann „berichtigt“ Herr Brode noch: Falsch geschrieben Adressen lasse ich von den Schreibern deswegen vergüten, weil es häufig vorgekommen ist, daß Schreiber vor ihrem Abgange 1—200 Adressen absichtlich falsch geschrieben haben, um mich zu schädigen, was nicht immer rechtzeitig kontrollirt werden kann. Ein Sport- u. Wettvermittlungsbureau habe ich bloß im Sommer 1894 betrieben und dasselbe dann sofort wieder aufgegeben.

Was Herr Brode hier richtig stellt, ist einschließend der Stellen, die sich gegen Darstellungen in unserem Artikel wenden, daß auf frühere Verhältnisse bezug nahmen, so unweifellich, daß der unbesangene Leser auch jetzt kaum ein anderes Bild von der traurigen Lage der Adressenschreiber gewonnen haben wird, eine Lage, für die selbstverständlich der einzelne Unternehmer nicht verantwortlich zu machen ist. Bei Herrn B. u. W. erkannten wir ausdrücklich an, daß es bei ihm noch verhältnismäßig günstiglichs — und doch dieses Bild des Elends!

Eine Petition der Saalbesitzer an den Polizeipräsidenten um Verlängerung der Polizeistunde während der Ausstellungendauer ist „aus allgemeinen ordnungs- und sittenpolizeilichen Gründen“ abgelehnt worden. Der Saalbesitzerverein will sich nunmehr beschwerdeführend an den Minister wenden.

In Stralsberg wüthen seit einiger Zeit allen Bemühungen der Aerzte zum Trotz unter den Kindern Diphtheritis, Scharlach und Masern in außerordentlich bedeutendem Umfange. Die

Schulen sind seit Wochen geschlossen und es ist noch garnicht abzusehen, wann der Unterricht wieder beginnen kann.

Neue Maßnahmen des Polizeipräsidenten. Unter dieser Stichmarke berichtet die „Vollz.-Zeitung“: Bekanntlich war behufs Agitation für den Austritt aus der Landeskirche in öffentlichen Volksversammlungen, die am 6. v. M. in Keller's Festsaal stattfand, eine fünfgliederige Kommission, bestehend aus den Herren Buchhändler Adolf Hoffmann, Klemmer Engler, Kaufmann Wenzel, Jänsch und Lindemann, gewählt worden. Vor einigen Tagen ist dem Mitgliede der Kommission Buchhändler Adolf Hoffmann vom Polizeipräsidenten ein Schreiben zugegangen, worin verlangt wird, daß die Kommission ihre Statuten einzureichen habe. Die Kommission erklärte jedoch, daß sie keine Statuten habe und auch keine brauche. Bisher wurden bei der Kommission 224 Personen beiderlei Geschlechts gemeldet, welche den Austritt aus der Kirche erklärt haben. Für Unbemittelte will die Kommission das Nötigste unentgeltlich besorgen.

Zwei Mädchen, die aus Liebesgram einen Selbstmordversuch machten, wurden fast gleichzeitig am Sonnabend Abend in ein im Norden belegenes Krankenhaus gebracht. In dem einen Falle handelte es sich um die 19jährige in einem Konfektionsgeschäft in der Friedrichstadt angestellte Verkäuferin Alma B., die vor Jahresfrist aus einer kleinen Stadt der Mark nach der Reichshauptstadt gekommen war. Das junge Mädchen lernte bald darauf einen Buchhalter kennen, mit welchem sie sich verlobte; der Bräutigam, der nur ein geringes Gehalt bezog, machte größere Ausgaben, als seine Einnahmen es erlaubten, seine Verlobte im Unklaren über das verschwenderische Leben lassend, daß er in der letzten Zeit führte. Vor wenigen Tagen wurden die Unterschlagungen entdeckt und der Defraudant verhaftet. Die Angelegenheit blieb natürlich der B. nicht verborgen, vielmehr mußte sie sich eine Hausdurchsuchung in ihrer Wohnung gefallen lassen, die aber erfolglos war. — Auch die Kolleginnen der Verkäuferin erhielten von dem Abschluß des Liebesdramas Mitteilung und die Verlassene mußte trübe Tage durchmachen in Folge der Sticheleien ihrer Kameradinnen. Am Sonnabend kündigte Fräulein B. ihre Stellung in dem Konfektionsgeschäft an und begab sich nach ihrer in der Chausseestraße belegenen Wohnung. Hier schickte sie die Wirthin unter einem Vorwande fort und schnitt sich sodann die Pulsadern auf. Fast verblutet wurde die Lebensmüde von der zurückkehrenden Wirthin aufgefunden und nach Anlegung eines Rothverbandes in das erwähnte Krankenhaus geschafft.

Nicht minder tragisch klingt der Abschluß eines Liebesdramas, dem am vorgestrigen Abend die 22jährige Anna P. zum Opfer gefallen ist. Das alleinstehende Mädchen, das zuletzt in einer Fabrik in Rixdorf gearbeitet, hatte sich mit einem Metallarbeiter verlobt. Im März sollte bereits die Hochzeit der Verlobten stattfinden, da erkrankte Mitte vorigen Monats der Bräutigam an einer schweren Blutvergiftung und erlag dieser Krankheit wenige Tage darauf. Der Schmerz der jungen Mädchen war grenzenlos, da ihrem vor wenigen Wochen geborenen Kinde der Vater gestorben war. Aber auch dieser letztere Trost sollte der Armen nicht bleiben; am gestrigen Tage verstarb das Kind und aus Verzweiflung darüber verübte die Bedauernswürthe in ihrer in der Badstraße belegenen Schlafstelle einen Selbstmordversuch, indem sie sich am Thürhaken zu erhängen versuchte. Sie wurde ins Krankenhaus gebracht. Outherzige Nachbarn werden für die Beerdigung des Kindes sorgen.

Die Disziplinär-Abtheilung des Garde-Korps ist im Fort Hahnberg, eine Stunde von Spandau entfernt, untergebracht. In diese Abtheilung werden alle diejenigen Unteroffiziere und Mannschaften der Garde-Regimenter versetzt, die mit Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bestraft sind. Die Unteroffiziere werden mit dieser Bestrafung selbstredend zum Gemeinen degradirt. Auf Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes wird nur dann erkannt, wenn sich der betreffende einer ehrenrührigen Handlung (Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Fahnenflucht und Simulation, d. i. Vorschützen von Gebrechen) schuldig gemacht hat und entweder stand- oder kriegsgerichtlich zu Gefängniß- oder Arreststrafe verurtheilt worden ist. In der Abtheilung heißt jeder Mann „Gemeiner“ und trägt blauen Waffenrock mit rothem Kragen und rothen Aufschlägen und außerdem eine Mütze ohne Kotarde. Gegenwärtig ist die Abtheilung 51 Mann stark. Infanteristen, Kavalleristen, Train — alles ist dort zu finden und wird mit dem Infanterie-Gewehr ausgebildet. Exerzieren findet nur des Freitags auf einige Stunden statt; die übrigen Tage werden mit Arbeitsdienst auf den Scheibensänden, Exerzierplätzen, Velleidungskammern u. verbracht. Zur Aufsicht sind Unteroffiziere vom Regiment Augusta kommandirt, die alle vier Wochen abgelöst werden. Die zweiklassigen Soldaten können durch den Kaiser wieder zur ersten Klasse des Soldatenstandes rehabilitirt werden. Solche Zurückversetzung darf jedoch nur nach mindestens einjähriger sehr guter Führung das Generalkommando beantragen. Nach erfolgter Rehabilitation lehren die Mannschaften wieder zu ihrem früheren Truppenteile zurück, um dort die meist nur noch sehr kurze Dienstzeit abzumachen. Degradirte und wieder rehabilitirte Unteroffiziere werden gewöhnlich einige Tage nach Rückkehr zum Regiment als Gemeiner entlassen. Vielfach wird in der Presse berichtet: Grenadier R. R. ist in die Arbeiterabtheilung nach Spandau versetzt worden. Das ist grundfalsch. Damit ist die Disziplinär-Abtheilung gemeint. Arbeiter-Abtheilungen stehen nur in Magdeburg, Königsberg i. Pr., Ehrenbreitstein und Mainz, in welchen auch Mannschaften erster Klasse bei erfolgloser Anwendung aller Strafmittel Aufnahme finden.

Ein Epilog zum Jubelfest. An der Schwelle des Grabes machte am Sonnabend der 77 Jahre alte Invalide Friedrich Mühlman aus der Frankfurter Allee 136 freiwillig seinem Leben ein Ende. Man fand den Greis um 11 Uhr vormittags in seiner Wohnung erhängt auf. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Gedrücktheit und Entbehrungen scheinen dem alten Manne das Leben verleidet zu haben.

Noch ein Selbstmord aus Noth. Sonntag Abend gegen 9 1/2 wurde der 52jährige Arbeiter Albert Neumann aus der Rüdersdorferstr. 8 in seiner Wohnung als Leiche aufgefunden. Er hatte sich durch einen Revolvererschuss getödtet und war nach dem Befunde der Leiche wohl schon einige Stunden vor dem Aufstehen gestorben. Fortwährende Krankheiten in der Familie, die sein Fortkommen hinderten und ihm die Freude am Leben verbarben, scheinen ihm die Waffe in die Hand gedrückt zu haben.

Auf der Bahn ist Sonntag Abend der bei seiner Mutter in der Kopenickerstr. 55 wohnende 38 Jahre alte Tischler Gustav Kugler schwer verunglückt. Der Mann kam gegen zehn Uhr abends nach Berlin zurück. Als der Zug in die Halle des Stettiner Bahnhofes einließ, sprang er vorzeitig aus dem Wagen, fiel hin, wurde vom Trittbrett gestoßen und erlitt eine so starke Quetschung der Brust, daß man ihn mit einem Krankenwagen in die Charité bringen mußte.

Vor neuen Schüssen, die davon leben, daß sie junge, unerfahrene Mädchen nach ansehnlich verknüppelt, kann nicht genug gewarnt werden. Kürzlich wurde durch einen Agenten aus der Friedrichstraße der zwanzigjährigen Margarethe K. aus der Streiberstraße, die sich bislang durch Nahrungserwerb ernährte, eine Stellung als Büttelmann in Stettin vermittelt. Dort angekommen, konnte sie noch zur rechten Zeit die Bemerkung machen, was mit ihr beabsichtigt war, und mit Hilfe genügender Geldmittel sich in Sicherheit bringen. Dem Agenten selbst ließ sich nicht nachweisen, daß er um die Unlauterkeit seiner Auftraggeber gewußt habe.

Eine aufregende Szene spielte sich in der Nacht vom Sonntag zum Montag im Café Bauer unter den Linden ab. Als

gegen Mitternacht der 53jährige Oberleutnant Gustav Waser aus der Schützenstr. 3 beim Marxlen war, brach er plötzlich zusammen. Ein Arzt suchte ihm Hilfe zu bringen, hatte aber keinen Erfolg. Nach zwei Minuten schon war der Mann eine Leiche, ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Die Leiche wurde von der Polizei abgeholt.

Der alte Kanzeleirath a. D. Schilling, der sich vor einigen Tagen in seiner Wohnung in der Gartenstraße 88 aus Eifersucht in selbstmörderischer Absicht einen Revolvererschuss beibrachte, ist am Montag Morgen im Krankenhaus an einer Herzschwäche, die eine Folge der Schußverletzung war, gestorben.

Wegen Sittlichkeitsvergehens ist der verheiratete Tischler Hermann Jung aus der Karlsgartenstraße in Rixdorf am Sonnabend verhaftet worden. Er hatte eine Nachbarin verewaltigt.

Ein schweres Sittlichkeitsvergehen hat gestern am helllichten Tage im Hause Griebenowstraße 10 ein gutgekleideter, etwa 20 Jahre alter Mensch in Gegenwart mehrerer Frauen sich zu schulden kommen lassen. Der Mann ist aber nicht festgestellt worden. Nach der Sachlage liegt wahrscheinlich die That eines Geistesgekränkten vor, zumal da in der Gegend letzthin mehrere ganz gleichartige Fälle beobachtet worden sind.

Durch einen Brand in der Eisengießerei von Karl Schöning, Uferstr. 12/13 ist am Sonntag Nachmittag 4 Uhr ein Kohlenkutschuppen zerstört worden. Eine größere Beschädigung des Nachbargrundstückes, auf dessen Dach der Brand bereits hinübergegriffen hatte, wurde durch die Feuerwehre verhindert.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 4. Februar 1896. Etwas kälteres Wetter mit mäßigen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

## Kunst und Wissenschaft.

Das Schillertheater brachte am Sonnabend Shakespeares Romeo und Julia in einer im ganzen ansprechenden Darstellung auf die Bretter. Die Rolle des Romeo wurde natürlich von Herrn Ewald Bach gespielt; der Künstler suchte die Ueberschwenglichkeit, mit der er sonst zuweilen auch an unangebrachter Stelle leicht bei der Hand ist, in weiser Beschränkung abzumildern, und so wurde dem für die schwache Feuerkopfe im ganzen in menschlicher Natürlichkeit ohne sentimentalische Kraftäußerungen brav gegeben. Gleichwerthig schloß sich dem genannten Künstler Fräulein Hedwig Panly als Julia an; dieser Dame wäre an den schönsten Stellen des Dramas nur etwas mehr Leidenschaft und Herzensinnigkeit zu wünschen gewesen. Weniger glücklich als in den Hauptrollen war im übrigen die Besetzung. Die Männer fanden in den Herren Funk und Panly passende Vertreter; auch die braven Männer Merkurio und Benvolio sowie der milde Tybalt waren recht brav von den Herren Patry, Pöhlau und Froböse dargestellt, desgleichen wurde der Prinz von Herrn Winterstein in vornehmer Haltung gegeben. Nicht nüchtern und Höher erschienen Herr Patry als Lorenzo; widerwärtig ohne Komik stellte die sonst so tüchtige Frau Wille die Kame dar, ohne Seele gab Fräulein Betschy die Gräfin Capulet. Doch das sind Mängel, die im Schiller-Theater der gewaltigen Wirkung des herrlichen Dramas wenig Abbruch thun konnten.

Zur National-Theater wurde der arme Konradin von Hohenhausen am Sonnabend dem vollbesetzten Hause vorgeführt. Der Dichter, der diesmal den vielverbrauchten Stoff bearbeitet hat, heißt Moriz von Gutmann und ist, wenn wir recht unterrichtet sind, ein Oesterreicher. Seine Jamben sind nicht so schlecht, wie die Verse des seligen Kaupach in dem gleichnamigen Drama; Stellen von dem Werthe des Kaupach'schen Schlußaktors. Wir wußten wohl, so mußte es verlaufen, das Glück war niemals bei den Hohenhausen" sind und wenigstens nicht ausgefallen, obgleich die Mehrzahl der Künstler sich erhebliche Mühe gab, so wässrig wie möglich zu sprechen. Leider kann dem neuen Konradin aber auch nicht das Zeugnis gegeben werden, daß er eine irgendwie hervorragende Erscheinung bilde; wir glauben, daß er selbst auf dem Nationaltheater sich nicht allzu lange halten wird. Auch ist es dem Dichter nicht im Traum beizufallen, dem Stück einen mit den Erscheinungen der Zeit im Zusammenhange stehenden Jubel zu geben; es bildet ein Ritter- und Liebeschauspiel, wie sie vor einem halben Jahrhundert im Schwange waren, nichts weiter. Dem Werth des Trauerspiels entspricht die Darstellung, von der der nur zu sagen ist, daß die Kostüme hübsch bunt waren.

Ein Orgel-Konzert des Herrn Otto Dienel findet am Mittwoch von 12—1 Uhr in der Marienkirche statt. Es werden vorgetragen Bach's G-moll-Fantasia, eine Fuge von Rheinberger, Thiele's Chromatische Fantasia u. a. Als Mitwirkende werden genannt Fri. Martha Krönung und Herr Tischler. Der Eintritt zu diesem Konzert ist frei.

Die Untersuchungen über die Röntgen'schen Strahlen bewegen sich, so schreibt die „Vollz. Zeitung“, in zwei Richtungen. Einmal geht man darauf aus, die engeren Beziehungen der Röntgen'schen Strahlen und der Kathodenstrahlen genauer festzustellen. Daraus sind zielen ganz besonders die Forschungen im elektro-technischen Laboratorium der technischen Hochschule. Dort studirt man besonders die Einwirkungen, die die Kathodenstrahlen auf photographische Platten auszuüben vermögen. Sodann aber wird eifrig daran gearbeitet, das ursprünglich Röntgen'sche Verfahren zu vereinfachen und zu vereinnern. Eine wesentliche Neuerung ist hierbei im Siemens u. Halske'schen Laboratorium gelungen, in dem Dr. Elwein, Dr. Reubach u. a. mit Untersuchungen dieser Art sich beschäftigten. Bisher meinte man die Röntgen'schen Aufnahmen gelangen nur mit großen Funkeninductoren, die Funken von 10—15 cm Länge geben. Elwein und seine Mitarbeiter haben aber nach der „Phot. Rundsch.“ eine Anordnung aufgefunden, die es ermöglicht, schon mit kleinem Funkeninductor, mit Funken von 4—5 cm Länge gute Röntgen'sche Aufnahmen zu erlangen. Der Vortheil, der daraus erwächst, beruht darin, daß die Hittorff'schen Röhren viel weniger gefährdet sind als früher. Ueberhaupt wird das ganze Instrumentarium verbilligt. Außerdem hat sich aber noch gezeigt, daß man erfolgreich die Hittorff'sche Röhre durch die Glasbirne einer gewöhnlichen elektrischen Glühlampe ersetzen konnte. Als Anode wurde hierbei die metallische Leitung zu dem Kohlenfaden benutzt, als Kathode eine außerhalb der Glasbirne befindliche Metallplatte. Die Verbilligung der Röntgen'schen Anlage steigert wesentlich die Aussicht, daß man das Röntgen'sche Verfahren für die Technik und die ärztliche Praxis werde ausnützen können. Von Interesse ist noch eine Nachricht aus Prag. Dort hat Professor Puluj, der sich schon lange mit dem Studium der Kathodenstrahlen beschäftigt, festgestellt, daß das tuberkulöse Lungengewebe für Röntgen'sche Strahlen weniger durchgängig ist als das normale.

## Gerichts-Beitrag.

Die Zustände in der Webefabrik von Mengert n. Söhne in der Köpcke'schen Straße bildeten die Grundlage einer Anklage gegen unsern Parteigenossen Jahn, der wegen öffentlicher Beleidigung am Montag vor das Schöffengericht in Moabit geladen war. Im vorigen Jahre hatten mehrere vom Verkauensmann der Arbeiter und Arbeiterinnen Oskar Schüller einberufene Versammlungen stattgefunden, in denen Jahn referirte und auf grund mündlicher und schriftlicher Mittheilungen auch die Mißstände in oben genannter Fabrik geschildert hatte; dasselbe war auch von mehreren Arbeitern und Arbeiterinnen geschehen. Der Anklage gemäß



sollte Jahn behauptet haben, daß in der Fabrik geradezu haarsträubende Zustände herrschten, ein Arbeiterausfluß existiere nicht und über die den Arbeitern abgenommenen Strafgelder werde keine Rechenschaft abgelegt; die Ankleideräume und Reinlichkeitsverhältnisse entsprächen nicht den gesetzlichen Bestimmungen; bei über 40 Grad Hitze hätten Arbeiter und Arbeiterinnen bis 14 Stunden arbeiten müssen, dabei sei nicht einmal Trinkwasser vorhanden gewesen, auch hätten Arbeiter und Arbeiterinnen während der Essenspausen gearbeitet, um 6 bis 9 Mark verdienen zu können. Au das Polizeipräsidium war ein anonymes Brief gerichtet worden, der die Bitte enthielt, die Zustände in jener Fabrik einer strengen Untersuchung zu unterziehen, was auch geschah, aber zu keinem Ergebnis geführt hatte; als Abfeder dieses Briefes wurde ebenfalls Jahn vernommen. Wegen dieser Jahn unterworfenen Behauptungen hatte der angebl. Inhaber der Fabrik Dr. Mengert bei der Staatsanwaltschaft Klageantrag gestellt. Jahn erklärte sich bereit, den Wahrheitsbeweis anzutreten und hatte zu diesem Zweck 11 Zeugen geladen, von denen 10 erschienen waren. Vor Eintritt in die Verhandlungen stellte der Verteidiger Dr. Herzfeld den Antrag auf Einstellung des Verfahrens, da niemals von einer Person, sondern stets nur über die Zustände in der betr. Fabrik gesprochen sei, mitbin der Tatbestand einer Verleumdung einer Person gegenüber, wenn auch der Dr. Mengert wirklich für die Firma Prokura zeichne und die angeblichen Behauptungen auf Unwahrheiten beruhten, garricht vorhanden sei. Denn es sei nicht Klageantrag wegen Verleumdung der Fabrikleiter, sondern nur wegen Verleumdung der Person des Dr. Mengert gestellt. Da der Staatsanwalt sich gegen den Antrag erklärte, zogen sich Richter und Schöffen zurück und erkannten nach etwa 1/2stündiger Beratung dem Antrag des Verteidigers entsprechend auf Einstellung des Verfahrens. Die bisher entstandenen Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Herr Dr. Mengert machte über den Ausgang dieser Verhandlung ein äußerst verdüstertes Gesicht.

Eine äußerst wichtige Entscheidung für die Zeitungshändler fällt heute das Kammergericht. Seit einiger Zeit geht die Polizei gegen die zahlreichen Zeitungshändler, welche ihr Gewerbe in Hauswischen, Thorwegen, Eingängen zu Schaftwirthschaften u. dgl. betreiben, wegen des Verkaufs an Sonn- und Festtagen in den für den Zeitungshandel freigegebenen Stunden von 7-10 Uhr morgens vor. So erhielt der Zeitungshändler G. wegen solchen Verkaufs im Juli v. J. einen Strafbefehl. Es wurde ihm Verletzung des § 35a der Gewerbe-Ordnung zur Last gelegt, welcher an Sonn- und Festtagen das Feilbieten von Waaren an öffentlichen Orten verbietet, soweit nicht die Polizeibehörde, was für den Zeitungshandel nicht geschehen ist, Ausnahmen zuläßt. G. betreibt seit Jahren den Zeitungshandel gewerbsmäßig in der Nische des Hauses Dresdenerstraße 54, welche nach der Straße zu vor der Hausthüre, aber noch unter dem Thürbogen belegen, und von der Straße in keiner Weise geschieden ist. Die Erlaubnis zur Benutzung dieses Platzes für seinen Gewerbebetrieb hat er von dem Eigentümer des Hauses gegen Zahlung eines kleinen Entgelts erhalten.

Das Schöffengericht und die Strafkammer bestätigten den Strafbefehl. Die Thürnische, welche nach der Straße zu keine Einriedigung und von dieser in keiner Weise geschieden werde, nicht zur ausschließlichen Benutzung durch die Hausbewohner bestimmt und eingerichtet, sondern jedermann zugänglich sei, müsse als „öffentlicher Ort“ angesehen werden. In der gegen diese Urtheile eingelegten Revision, welche heute vor dem Kammergericht verhandelt wurde, machte Rechtsanwalt Dr. Herzfeld u. a. geltend, daß es nicht darauf ankomme, ob die Thürnische ein öffentlicher Ort sei, sondern darauf, ob der Angeklagte an diesem angeblich öffentlichen Orte eine offene feste Verkaufsstelle im Sinne des § 41a der Gewerbe-Ordnung innegehabt habe. Eine solche offene feste Verkaufsstelle an einem öffentlichen Ort sei nicht nur denkbar, sondern spiele im Zeitungshandel eine große Rolle, wie namentlich durch den Zeitungshandel in den Bahnhöfen, sicherlich öffentlichen Orten, oder in den Trindhallen, auf den öffentlichen Straßen, augenfällig werde. Sie liege jedesmal dann vor, wenn jemand sein Gewerbe an einer für jedermann offenen festen Stelle betreibt, auf deren Benutzung er ein ausschließliches Recht habe. Das Kammergericht schloß sich diesen Ausführungen an, hob die Vorentscheidungen auf und sprach G. frei. Die Kosten sämtlicher Instanzen hat die Staatskasse zu tragen. Gleichgiltig sei, so führte das Gericht aus, ob die Verkaufsstelle in irgend welcher Weise äußerlich abgeschlossen oder sonstige Einrichtungen zum Zweck des Gewerbebetriebes getroffen seien. Eine solche offene feste Verkaufsstelle sei daher wohl denkbar auf einer offenen Straße, auf einem öffentlichen Plage; die offene Verkaufsstelle werde aber dadurch, daß sie sich auf einem öffentlichen Plage, an einem öffentlichen Orte befinde, noch nicht selbst zu einem öffentlichen Orte. Auch dann nicht, wenn ein vor der offenen Verkaufsstelle befindlicher freier Raum an öffentlicher Straße zu dem Geschäftsbetriebe mitbenutzt werde.

Wegen Nachdrucks hatten sich gestern der Verleger der „Eichstrahlen“, Friedrich Harnisch, sowie der Redakteur des Blattes, August Teistler, vor dem ersten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Im Jahre 1896 wurde zwischen dem Angeklagten Teistler, dem Kaufmann Otto Harnisch, dem Bruder des Angeklagten und dem Schriftsteller Sommer ein Gesellschaftsvertrag zwecks Herausgabe der „Eichstrahlen“ geschlossen. Otto Harnisch hatte die geschäftliche Leitung zu übernehmen, Teistler und Sommer hatten mit den Redaktionsarbeiten zu thun. Der letztere hatte sich verpflichtet, für das Blatt zwei von ihm zu verfassende Broschüren betitelt „Die Bibel, oder die sogenannten heiligen Schriften der Juden und Christen“ und „Das neue Testament“ zu liefern. Sommer sollte dafür, um seine nothwendigsten Bedürfnisse befriedigen zu können, von dem Verleger Otto Harnisch wöchentlich 25 M. Vorschuss erhalten. Das Unternehmen ging nicht. Im Februar 1892 hatte Sommer wegen Preisvergehen eine dreimonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen. Er erhielt während dieser Zeit die Anzeige von Teistler, daß der Gesellschaftsvertrag aufgehoben und ein neuer abgeschlossen worden sei, mit der Aenderung, daß an stelle des Otto Harnisch, dessen Bruder Friedr. Harnisch getreten sei, welcher sich an die früher getroffene Vereinbarung in betreff des Vorschusses an Sommer nicht gebunden erachte. Sommer erhob gegen dies eigenmächtige Vorgehen vom Gefängnisse aus Einspruch, aber ohne Erfolg. Die „Eichstrahlen“ erschienen wie früher, es gelangten aber auch die Fortsetzungen von Sommer's Arbeiten darin zum Abdruck und wurden außerdem noch Separatabdrücke davon hergestellt. Sommer erstattete Anzeige wegen Nachdrucks, welches Vergehen Staatsanwalt Dr. Oppermann auf Grund der Beweisaufnahme für erwiesen erachtete. Der inzwischen verlorbene Otto Harnisch habe sich zweifellos nur von der Verpflichtung gegen Sommer befreien wollen, und deshalb die Schiedung vorgenommen, seinen Bruder an seine Stelle treten zu lassen. Er beantragte gegen die Angeklagten, die nicht mehr berechtigt gewesen seien, aus der geistigen Arbeit des Sommer Kapital zu schlagen, eine Geldstrafe von je 150 M. Der Gerichtshof erkannte auf je 100 M. Geldstrafe.

Material für das Börsengesch. Unter dieser Stichmarke ist in Nr. 23 des „Vorwärts“ berichtet über einen großen Prozeß gegen den früheren Prokuristen der Hamburger Dynamit-Aktien-Gesellschaft J. A. Zander wegen Untreue u. s. w. und die Hamburger Fondsmakler Jacobsen, Fürtz und Petrusch wegen Beihilfe zum einfachen Bankrott. Das am Schluß der weitläufigen Verhandlung ausgesprochene Urtheil wurde am Abend des 1. Februar verkündet. Dasselbe spricht die angeklagten Fondsmakler frei und verurtheilt den Hauptangeklagten zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Von der seit 20. Januar 1893 verübten Unterdrückungshaft wird 1 Jahr auf die Strafe angerechnet. Den Maklern J. und P. werden auch die Kosten für die Vertheidigung aus der Staatskasse ersetzt, während Fürtz, der über 12 000 M. an den Spekulationen des Haupt-Angeklagten verdient hat, die Vertheidigung selbst bezahlen soll. Zur Vertheidigung des Urtheils hatten sich eine Anzahl Börsenjobber eingefunden.

## Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Berlin. In den letzten Tagen sind mehrfach in hiesigen Blättern, vor allem in der „Deutschen Warte“ (Intelligenzblatt) und im „Deutschen Blatte“, thatsächlich unrichtige Meldungen über die Bewegung in der Konfektions-Industrie verbreitet worden. Allen Interessenten ist anzupfehlen, die Berichte und Veröffentlichungen anderer Blätter nur mit Mißtrauen zu benutzen.

**Hamburg.** 3. Februar. Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Die Schneider in der Herren-Konfektion haben das Eintreten in die Lohnbewegung beschlossen.

**Breslau.** 3. Februar. Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Der Schneiderverband am hiesigen Orte hat sich für das Eintreten in die Lohnbewegung entschieden.

**Magdeburg.** Am Donnerstag, den 30. Januar, hatte der Vertrauensmann der Schneider Magdeburgs unter Hinzuziehung einiger Kollegen eine Sitzung mit den Konfektionären anberaumt, um mit denselben über die Forderung der Konfektionsschneider zu verhandeln. Obgleich sämtliche Geschäftsinhaber Einladungen erhalten hatten, war nur einer, Herr Schlesinger, erschienen. Herr Schlesinger erklärte, in seinem Geschäft würden schon jetzt die Löhne, wie sie der aufgestellte Tarif aufweise, bezahlt, theilweise sogar noch mehr, so u. a. für Artikel, die in Berlin bei Konfektionsschneidern angefertigt werden. Da letzteres bezeugt wurde, hat Herr Schlesinger, daß ein der Kommissionsmitglieder zu ihm komme, um durch Einsichtnahme in seine Geschäftsbücher sich von der Wahrheit der gemachten Angaben zu überzeugen. Eine bestimmte Zusage betreffs Einführung von Betriebswerkstätten konnte nicht erzielt werden.

**Bremen.** Die Bewegung in der Konfektionsindustrie nimmt in Bremen einen guten Fortgang. Das in mehr als zehntausend Exemplaren verbreitete Flugblatt hat eine sehr günstige Aufnahme gefunden.

In Elberfeld wurde am 30. Januar eine große Versammlung der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen abgehalten, in der Haberland aus Barmen referierte. Eine Einladung zu Verhandlungen war an 83 der größten Konfektionäre und Händler versandt worden, mit dem Ergebnis, daß in der Konferenz nur ein einziger erschien und sich zum Theil mit den Forderungen der Arbeiter einverstanden erklärte, während ein anderer in einem Schreiben mittheilte, daß wegen Abreise des Chefs noch 14 Tage zu warten sei.

Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute im Lokale Obbelode tagende öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen, vernimmt mit Entrüstung aus dem Bericht der von derselben in voriger Versammlung eingesetzten Kommission zum Zwecke der Unterbreitung ihrer aufgestellten Forderungen an die Unternehmer, daß letztere trotz mehrfacher schriftlicher Einladungen es nicht der Mühe werth finden, sich gegenüber diesen gerechten Forderungen zu äußern. Die Versammlung erkennt in diesem stillschweigenden Verhalten der Unternehmer eine völlige Nichtachtung ihrer Arbeiter und verspricht mit aller Macht für ihre Forderungen einzutreten und kein Mittel unversucht zu lassen, denselben Geltung zu verschaffen. Des weiteren verpflichtet sich die Versammlung ganz besonders, auf das konsumirende Publikum dahingehend einzuwirken, daß dasselbe nur da seinen Bedarf an Kleidungsstücken deckt, wo geregelte, den Forderungen der Arbeiter entsprechende Betriebswerkstätten vorhanden sind.“

Der Kommission wird das Recht zugesprochen, zwecks planmäßiger Arbeit noch nach Bedarf mehrere Kollegen und Kolleginnen zu ihren Arbeiten zuzuziehen. Des weiteren wird noch darauf hingewiesen, daß in nächster Zeit wieder ein Flugblatt herausgegeben wird, worauf alle Unternehmer und Konfektionäre vermerkt sind, welche sich unseren Forderungen gegenüber ablehnend oder nichtachtend verhalten. Der Erfolg der Versammlung war, daß 20 Kollegen und Kolleginnen sich zur Aufnahme in den Schneiderverband meldeten.

Weitere Nachrichten siehe im Depeschen-Heft.

Literatur zur Frage der Konfektion. Oda Olberg, Das Elend in der Hausindustrie der Konfektion. Leipzig, Fr. W. Grunow. 1896. Preis 1 M. Witten hinein in die Kämpfe der Arbeiter der Konfektionsindustrie um die Verbesserung ihrer Existenzbedingungen ist zu sehr gelegener Zeit die vorliegende kleine Broschüre erschienen. Die Verfasserin hat nicht nur die vorhandene Literatur, so weit sie die Konfektion betrifft, in geschickter Weise benutzt, um ein möglichst klares Bild von der traurigen Lage dieser Heimarbeiter zu geben, sie hat sich auch in Leipzig an privaten Untersuchungen betheiligt, die zwar noch zu keinem Abschluß gekommen sind, aber von denen sie doch schon einige bemerkenswerthe Resultate mittheilt. So erzählt sie von einer Näherin, die bei ununterbrochener vierzehnstündiger Arbeitszeit in einem Raum von 3,7 Meter Höhe, 2,90 Meter Breite und 3,70 Meter Länge, wo gelocht, geschlafen und gearbeitet wird, 1,80 Mark täglich verdient. In einer anderen Schneiderwerkstatt, die 2,80 Meter hoch, 2,97 Meter breit und 6,12 Meter lang ist, fanden drei Betten, in denen fünf Personen schliefen; außerdem wurde der Raum gleichfalls als Küche benutzt. Von besonderem Interesse ist die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben zweier Schneider, von denen der eine ein außerordentlich geschickter, selbständiger Arbeiter ist, der für eine bedeutende Firma die feinste Arbeit liefert und verhältnismäßig gut bezahlt wird. Er erzielt bei einer vierzehnstündigen Arbeitszeit an Wochentagen und einer siebenstündigen an Sonntagen in zehn Monaten einen Verdienst von 1189,90 M. Von Ende April bis Anfang Oktober leistete seine Frau eine Quarbeit von sechs Stunden, und von der letzten Oktoberwoche an beschäftigte er noch drei Hilfsnähmaschinen. Die Nebenausgaben, Zuthaten, Lohn, Werkstattniete u. c. betragen 291,36 M., so daß ihm in 10 Monaten ein Monats-Einkommen von 84,55 M. bleibt. Davon muß er seine Familie — er hat fünf Kinder — ernähren und kleiden. Nach der genauen Berechnung gab die Familie 2 M. 50 Pf. täglich für ihre Verpflegung aus. Der zweite weniger geschickte Arbeiter hat einen Jahresverdienst von nur 611,10 M. Um seine aus vier Köpfen bestehende Familie zu kleiden und zu ernähren, bleiben ihm jährlich 401 M. Dabei arbeitet er fünfzehn Stunden täglich und gönnt sich keinerlei Zerstreuung.

Neben diesen Mittheilungen aus ihren persönlichen Untersuchungen erörtert die Verfasserin auch die Lebenslage der allein stehenden Arbeiterin und verurtheilt mit berechtigter Schärfe nicht nur das Verhalten der besser situirten Frauen, welche weil es sich für sie nur um eine Nebenbeschäftigung handelt, die Löhne der Arbeiterinnen durch billige Arbeit drücken, sondern auch die Zuchthausarbeit, unter deren Konkurrenz die Wäschekonfektion besonders zu leiden hat. Sie verurtheilt eine Gesellschaft, welche die Moral stets im Munde führt oder Zustände duldet, durch die zahllose Frauen der Prostitution in die Arme getrieben werden, und sich angstvoll gegen alles auflehnt, was zur Beseitigung dieser Zustände beitragen könnte.

Zum Schluß führt sie die bekannnten Forderungen der Konfektionsschneider und Schneiderinnen an, von denen

sie mit einer gewissen Naivität hofft, daß die Unternehmer sie aus „Einsicht und Menschenliebe“ annehmen werden. Sie appellirt zu gleicher Zeit an alle Besitzenden und Gebildeten, den berechtigten Kampf der Arbeiter auf jede Weise zu unterstützen. Ihre kleine Schrift ist hauptsächlich an die Kreise derer gerichtet, die so viel von ihren „sozialen Interessen“ sprechen und ihre Liebe zum Proletariat nicht genug betonen können, bisher aber sich noch immer zurückzogen, wenn es darauf ankam, sie zu betheiligen. Dem Arbeiter sagt sie nichts neues, vielleicht aber gelangt es ihrer ruhigen, sachlichen und von innerer Wärme durchglühten Darstellung, die Aufmerksamkeit auf die Lage der Konfektionsarbeiter zu lenken und dazu beizutragen, daß die Gesetzgebung sich diesem auf das schändlichste vernachlässigten Gebiet endlich zuwendet. L. v. G.

## Soziale Uebersicht.

**Unternehmer-Organisationen.** Das Volkliche Telegraphenbureau theilt mit, daß am Sonntag, den 2. d. M., in Altona eine Versammlung von Vertretern fast aller deutschen Küstenschiffer-Vereinigungen des Nordsee- und Ostseegebietes tagte, an welcher die Reichstags-Abgeordneten Dr. Dieberich Jahn und Liebermann von Sonnenberg theilnahmen. Auf Grund eines von den Einberufern Bröhan-Granz und Wölber-Osten und dem Amtsrichter Hottendorff-Testedt entworfenen Statuts wurde ein „Verband deutscher Küstenschiffer“ zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der gesammten deutschen Küstenschiffahrt begründet. Derselben traten sofort einige 20 Schiffervereinigungen bei. Der neubegründete Verband beschloß unter anderm, eine Deputation nach Berlin zu entsenden, um wegen der Schädigung der heimischen Küstenschiffahrt durch die Konkurrenz der Holländer und Dänen vorstellig zu werden.

Zur Bekämpfung der Prostitution ziehen in den Bordellen der amerikanischen Stadt Baltimore einige philanthropische Damen der tonangebenden Gesellschaft herum und suchen die Prostituirten durch Ueberredung und Gebet zu dem Verzicht auf ihr Gewerbe zu veranlassen. Ueber einen dieser Streifzüge gegen die Unsitlichkeit berichtet ein amerikanisches Blatt das folgende: „Frau Edholm nierte neben einem sehr schönen, aber sänftigen Mädchen nieder und betete für es, daß es den moralischen Muth erlange, seiner Umgebung zu entfliehen. In Thränen ausbrechend erwiderte das Mädchen schluchzend: „Ich weiß, Sie meinen es gut, indem Sie hierher kommen, aber ich weiß nicht, ob es viel nützt. Anstatt hierher zu kommen, thäten Sie besser daran, wenn Sie zu den Inhabern einer jener Fabriken und Werkstätten gingen, welche einem armen Mädchen einen Hungerlohn geben, und suchten, daß diese bessere Löhne erhalten. Ein Mädchen kann nicht von dem Leben, was es in der Fabrik bekommt. Hierauf sollten Sie Ihre Aufmerksamkeit richten.“

In dieser Antwort der Prostituirten liegt mehr Verstand als in sämtlichen Reden und Handlungen derer, die gegen die Unsitlichkeit ankämpfen, ohne sich um deren ökonomische Ursache zu kümmern.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Zimmerer!** In dem Baugeschäft von P. u. s. w. in Schöneberg bei Berlin haben sämtliche dort beschäftigten Zimmerer am Montag die Arbeit niedergelegt. Der genannte Unternehmer läßt seine Arbeiten auf dem Holzplatz von George u. Nikolai, Frankfurter Allee, anfertigen. Gleichzeitig machen wir die Zimmerer Berlins und Umgegend auf den Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung aufmerksam: daß überall da, wo länger als 9 Stunden gearbeitet werden soll, die Arbeit niederzulegen ist.

Die Lohnkommission der Berliner Zimmerer. Z. N.: Theodor Fischer, Danzigerstr. 83.

**Achtung, Holzarbeiter!** Für die verschiedenen Spezialbranchen finden Mittwoch, Donnerstag und Freitag Vertrauensmänner-Versammlungen statt. (Siehe Annonce.) Diefelben werden die Forderung auf prozentuale Lohnerhöhung besprechen und, soweit eine Verständigung erzielt wird, festsetzen. Ferner werden den Vertrauensmännern Fragebogen mit Fragen über die Verhältnisse in den Werkstätten und über Beteiligungen an dem Streik übergeben werden. Diese Fragebogen müssen am Sonntagabend ausgefüllt auf den Poststellen des Verbandes abgeliefert werden, da durch die Zusammenstellung der Fragen eine Uebersicht über die erwartende Beteiligungen an Streik gewonnen werden soll. Die Wichtigkeit der Versammlungen erfordert deshalb die regste Beteiligungen. Die Kollegen in denjenigen Werkstätten, die bisher noch keinen Vertrauensmann entsandt haben, werden ersucht, dies zu thun. Legitimationskarten werden in den Versammlungen ausgefüllt.

**Die Ortsverwaltung** des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Die Verfeinerer der Firma D. Scholz in Berlin,** Lottumstr. 1, haben sämtlich die Arbeit niedergelegt. Alles Nähere in der öffentlichen Versammlung. Die Agitationskommission der im Berg-Idergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.

**Gegen 100 Korbmacher und Korbmacherinnen** haben in Hamburg die Arbeit eingestellt und eruchen die auswärtigen Verursachern um Beteiligungen der Solidarität. Näherer Bericht folgt morgen.

**Die Maurer Zwickaus** beschlossen am Sonntag in öffentlicher Versammlung, bei den Meistern um 83 Pfennig-Stundenlohn vorstellig zu werden; wenn die Meister nicht darauf eingehen, soll bei Beginn des Frühjahr in den Streik eingetreten werden.

**In Zwickau** beschloß eine von ca. 60 Mann besuchte Brauerversammlung einstimmig den Anschluß an den Verband deutscher Brauer, Eich Hannover.

**In Nürnberg** streikten die Buchdrucker des Gutenberg-Tempels von Knoll. Sie verlangen tarifmäßige Bezahlung. Bisher mußten sie die in dieser Buchdruckerei erscheinende Zeitung „Süddeutsche Landpost“ bei einem Wochenverdienst von 20 bis 22 Mark herstellen, während die dafür verlangte Arbeitsleistung nach den Bestimmungen des Tarifs über 80 Mark ausmachte.

**In Lemberg** ist ein Seherstreik ausgebrochen. Die Blätter erscheinen in verkleinertem Format. Es handelt sich um die Einführung des zwischen den Buchdruckereibesitzern und Buchdruckerhilfen Oesterreichs vereinbarten Normaltarifs; was die anarchische Tendenz des Unternehmertums wieder recht ins Helle rückt.

**Aus Lausanne** wird telegraphirt, daß eine im Freien abgehaltene, von 700 Personen besuchte Protestversammlung der Angestellten der Zura-Simplonbahn einstimmig beschloß, die von dem Verwaltungsrath der Bahn in der Lohnfrage bewilligten Zugeständnisse abzulehnen, alle früheren Forderungen aufrecht zu erhalten, mit der Forderung der weiteren Verhandlungen mit der Gesellschaft das Zentralkomitee der Angestellten der schweizerischen Transportanstalten zu beauftragen und sich mit den Werkstättenarbeitern der Gesellschaft in Biel und Yverdon solidarisch zu erklären.

## Briefkasten der Redaktion.

**Strasburg i. N.** 1. Auf Verlangen ja. 2. Antrag auf Herausgabe ist an das Amtsgericht zu stellen.

**W., Elbing.** Abgelehnt, da wir Sie nicht kennen und Ihre Mittheilung nicht vom Vertrauensmann beglaubigt ist.



# 2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 29.

Dienstag, den 4. Februar 1896.

13. Jahrg.

## Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 3. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische Landwirtschafts-Minister v. Hammerstein und Kommissarien.

Die zweite Staatsberatung wird bei der Position „Ministergehalt“ des Spezialetat der Landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Abg. Tackach (Z.): Das Zentrum vertritt die Interessen der Landwirtschaft, ohne sich auf bestimmte Forderungen festzulegen. Meinungsverschiedenheiten bestehen bei uns über die Durchführbarkeit des Antrages Kanig. Wir bedürfen im Westen der Unterstützung des Bundes der Landwirthe nicht. Auf eine dahingehende Anfrage des Redners bemerkt der

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Permes, daß allerdings die Liquidation der Gesellschaft „Germania“ im Oktober v. J. beschlossen wurde, und daß Nachschußprämien von 300 und 300 Prozent gefordert worden sind. Näheres könne noch nicht mitgeteilt werden, da ein erschöpfender Bericht der Polizeibehörde noch nicht vorliegt.

Abg. v. Pustamer-Plautz (L.): Ich bin in meiner neuen Rede vielfach mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, daß wir auf den Antrag Kanig vollständig und für immer verzichteten. Ich selbst halte ihn für durchführbar. Zu dem Minister haben wir das Zutrauen, daß er, als genauer und wohlwollender Kenner der Landwirtschaft derselben zu helfen willens ist. Wir hoffen, daß sich dadurch ein Verhältnis gegenseitigen Zutrauens herausbilden wird. (Sehr richtig!)

Abg. v. Waldow (L.): Herr Richter hat für die Landwirtschaft bisher nichts gesagt, als leere Redensarten. Herr Gothein scheint nicht zu wissen, daß das ganze Ausland versucht ist. (Heiterkeit.) Ich kann den Minister nur dringend bitten, im Interesse unserer Viehzucht die Grenzsperrung streng aufrecht zu erhalten. (Bravo! recht!)

Abg. Ring (L.) wünscht strengere Absperrungsmassregeln gegen Rußland und Galizien. Auch der Milchverkehr an der Grenze muß geregelt werden. Bei uns wird die Milch frischer abgekauft, also entwerthet, an der Grenze geschieht das nicht. Mit jeder Versendung unserer Märkte und Schlachthöfe ist jedesmal ein Preisdruck verbunden, der die Landwirtschaft schädigt. Man sperre die Grenzen strenger, aber behandle die Schlachthöfe milder. Durch einen Prozeß beim Kammergericht ist festgestellt, daß durch Börsenspekulationen die Fleisch- und Getreidepreise in ungeheurer Weise beeinflusst wurden; namentlich wurde im vorigen Sommer ein wahrer Raubzug von der Börse durch Herunterdrücken der Preise gegen die Landwirtschaft unternommen. Es zeigte sich damals, daß wir zur Zeit der höchsten Getreidepreise die niedrigsten Brotpreise und umgekehrt zur Zeit der niedrigsten Getreidepreise die höchsten Brotpreise hatten. Die Umwandlungskosten für eine Tonne Getreide in Brot betragen auf dem Lande 15 M., in den Städten 20,60 M. (Hört! hört!)

Minister Frhr. v. Hammerstein: Die Börsenmanöver haben umfassende Maßnahmen zur Folge gehabt, die auch beim neuen Börsengesetz Beachtung gefunden haben. Auch die Berliner Speicherhältnisse werden zu bessern sein, damit vermieden wird, daß nicht ein Unternehmer seine Hand auf sämtliche Speicher legt. In den Quarantänefällen ist der Landwirtschaftsminister nicht allein maßgebend. Der Preisdruck auf Schweinefleisch mag daher rühren, daß für die Versorgung der Industriebezirke Schlesiens die Einfuhr russischer Schweine nötig war, vielleicht ist diese Einfuhr zu umfangreich bemessen; dann soll Abhilfe geschaffen werden, ebenso betreffs Einfuhr von Milch, wenn der Nachweis gelingt, daß dadurch die Maul- und Klauenseuche eingeschleppt wird.

Abg. Möller (nail.): Der Ton der Reden hat erfreulicherweise an seiner agitatorischen Heftigkeit sehr verloren; geht die Landwirtschaft sachlich vor, so wird auch Regierung und Parlament für sie zugänglicher sein. Industrie und Landwirtschaft stehen in innigem Zusammenhange. Hüten wir uns vor dikationellen Einschübebestimmungen! (Sehr richtig!) Wenden wir solche gegen Amerika an, so ist die sichere Folge eine Erschwerung unserer Zuckerausfuhr. Die Millionen, welche unsere Ausfuhr einbringen, vertheilen sich gleichmäßig über das ganze Land, denn auch der Arbeitsverdienst der Industrie-Arbeiter fließt hauptsächlich der Landwirtschaft zu. In dem Zusammenwirken aller Stände beruht die Wohlfahrt des Staates. (Bravo!)

Auf eine Anregung des Abg. Damin (L.) bemerkt der Minister, daß ein erheblicher Viehschwund an der holländischen Grenze nicht bestehe.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Dr. Schaubert (L.) und v. Gleibitz (Pole) erörtern die Vertreter des Zentrums Graf Strackwitz, Herold und Humann die unterschiedliche Stellung der Zentrumsmitglieder zum Bunde der Landwirthe und zum Antrage Kanig.

Abg. Gothein (fr. Bg.) hält die Behauptung aufrecht, daß mit den Abwehrmaßnahmen auf die Fleischpreise einzuwirken bezweckt wird; daß habe der Minister auch zugegeben in seiner Darstellung über die Einfuhr aus Ausland nach Oesterreich.

Abg. Dr. Gerlich (L.): Die Herren links trösten die Landwirtschaft schon seit langem damit, daß sie höhere Roggenpreise prophezeihen. Der Bund der Landwirthe wird so lange bestehen, als die Roth der Landwirtschaft dauert; mit ihr wird auch der Bund auflösen. Wir wünschen, daß das bald geschehe.

Darauf wird der Titel „Ministergehalt“ bewilligt. Das ganze Kapitel „Generalkommissionen“ wird nach kurzer Debatte bewilligt, worauf das Haus die weitere Beratung auf morgen 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Sächsischer Landtag.

Dresden, 2. Februar.

Die Konservativen der zweiten Kammer bemühen sich hauptsächlich, den Antisemiten das Wasser abzugraben, sie fühlen, daß ihre Position mehr und mehr wankt. Und sie haben alle Ursache, einen Umschlag der Stimmung in Philistertreuen zu gunsten der Antisemiten zu fürchten. Mit ihrem ultrareaktionären Vorstoß gegen das Wahlrecht haben sie die Situation für ihre Partei und für die Regierung, die sie für ihre Pläne geneigt zu machen verlangen, unendlich verschlechtert. Der Minister des Innern ließ hinsichtlich der Absicht, das Wahlrecht zu verschlechtern, zu zeitig und zu ungeschicklich die Waage fallen. Darauf mußte die Wahlrechtsbewegung kommen, die den Reaktionen bereits so unbequem geworden ist und die doch noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht hat.

Von dieser Bewegung profitieren die Parteien, die gegen die Wahlrechts-Veränderung Front machen, also auch die Antisemiten, die — nebenbei bemerkt — die Situation nicht gerade anzuwenden verstehen. Aus diesem Grunde ist die Konservative in der zweiten Kammer am 28. Januar für die Petition eines Polizeiregistrars ein, der die Ueberführung des Schulhauses nach ethischen Gründen wünschte.

Es war heiter anzuhören, wie der nationalliberale Abgeordnete Dr. Schill und der sozialdemokratische Abgeordnete Goldstein mit heissem Spott die Lexikon-Weisheit Mehnert's, sowie überhaupt das Unsinnsige der Forderung kritisierten. Um ihren Mehnert nicht gar zu sehr aufsitzen zu lassen, stimmten mit ihm noch ein Viertelhundert Konservative, so daß die Petition mit 40 gegen 29 Stimmen „auf sich beruhend“ gelassen wurde.

Mit gleichem Eifer suchten die Konservativen die Antisemiten in der Debatte gegen die Konsumvereine zu übertrumpfen. Sie brachten deshalb folgenden Antrag in der zweiten Kammer ein; der am 30. Januar beraten wurde:

Die Kammer wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, nach diesem Landtage einen Gesehentwurf vorzulegen, nach welchem selbstständige Personen, welche außerhalb des Gemeindebezirks ihren wesentlichen Wohnsitz haben, sowie juristische Personen, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, einschließlich der im Genossenschaftsregister nicht eingetragenen Konsumvereine, insoweit dieselben nicht lediglich die Vermittlung des Bezugs von ihrer Natur nach ausschließlich für den Gewerbebetrieb des Abnehmers bestimmter Waaren besorgen, eine für diese Gemeinde und von derselben zu erhebende, nach dem Brutto-Umsatz des am Orte mit nicht selbstproduzierten Gegenständen betriebenen Detailhandels festgesetzte Umsatzsteuer bis zu 3 pSt. neben den sonstigen Gemeinde-Anlagen zu entrichten haben.

Der Begründer dieses unglaublich plumpe situierten und unfertigen Antrags, Abg. Müller, Bürgermeister von Hohnheim, machte den Versuch, ihn zu verbessern und wollte an Stelle des Wortes Wohnsitz — das Wort Geschäftssitz gestellt wissen, was auf der linken Seite ironisches Gelächter hervorrief. Die Abg. Dr. Schill, sowie unser Genosse Stolle-Gesau übten eine vernichtende Kritik an der formellen Seite des Antrages, wie sie auch dessen Undurchführbarkeit klarlegten. Abg. Stolle meinte, ehe die Herren Konservativen die Ueberlegung des Schulhanaruch forderten, sollten sie erst ihre eigenen Anträge in gemeinverständlichem Deutsch schreiben lernen.

Die beste und grundlegende Rede über die Bedeutung der Konsumvereine hielt aber unter allgemeiner Aufmerksamkeit unser Genosse Postelt, der die demagogischen Absichten, die Unmöglichkeit, mit dergleichen Beschäftigungen der von Arbeiter gegründeten Konsumvereine — denn diese sind ein Hauptangriffspunkt für die konservativ-antisemitischen Mächtschaften — den Niedergang des Kleingewerbes aufzuhalten, die Unmöglichkeit der ökonomischen Verhältnisse, die sich in dem Antrage offenbart, weiblich geistete. Auch der Abg. Seifert (Soz.) wandte sich gegen den Antrag, der gegen die wohlwollenden Ausführungen der oppositionellen Redner äußerst lässig verteidigt wurde.

Zu der bereits erlittenen Blamage fügten die Konservativen eine neue hinzu, als sie sich auf die von nationalliberaler Seite gemachte Anregung entschlossen, diesen Wechselbalg von Antrag an die Petitionsdeputation, statt an die Gesehgebungdeputation abzugeben. Selbstverständlich stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten auch hiergegen, da dieser Antrag formell und dem Sinne nach lächerlich, ja mehr als das, schon eine Blamage für das Parlament ist, das ihn in kommissarische Beratung nimmt. Man wird diesem Unikum nun in der Petitionskommission ein Begräbnis 2. Klasse bereiten wollen; sowie er aber in der Schlußberatung, wenn auch in veränderter Form wieder erscheint, wird er die Blamage der Konservativen nur vermehren.

In derselben Sitzung wurde auch der Gesehentwurf über die ärztlichen Bezirksvereine in Schlußberatung genommen. Genosse Geyer betonte, daß durch die Deputationsberatung im Prinzip nichts an dem Entwurf geändert sei, der einen Triumph der Justiztheorie darstelle, die aber sicher durch Praxis und Forschung baldigst überwunden werde. Bedauerlich, so meinte Redner, sei es, daß die Kräfte selbst sich nicht lebhafter gegen das Geseh gewehrt hätten, dessen Nachteile sich bald bemerkbar für sie machen würden.

Bemerkenswerth bei dieser Debatte ist, daß, als Geyer die Vorlegung der im Gesehentwurf eine Rolle spielenden Stände- resp. Ehrengerichts- Ordnung forderte, der Minister des Innern erklärte, was bis jetzt davon fertig sei, habe der Deputation vorgelegt. Geyer forderte aber, daß sie zur Einsicht der Kammer vorgelegt werde, denn sonst sei seine Fraktion, die man von den Deputationen ausgeschlossen habe, außer Stande, darüber zu urtheilen. Er stelle vor dem Lande fest, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten auf diese Weise verhindert würden, voll und ganz ihre Pflicht zu thun.

Der Minister des Innern verwahrte sich zwar dagegen, daß die Regierung diese Absicht habe, und der Abgeordnete Spitz (Konf.) unternahm es, der Welt glauben zu machen, daß durch den Ausschluß aus den Deputationen die sozialdemokratischen Abgeordneten gar nicht benachtheiligt seien, aber es wurde dem Herrn von unsern Genossen Geyer, Goldstein und Stolle mit kräftigen Worten diese Spiegelscheiterei verweigert. Der Schwerpunkt liegt doch bei Deputationsarbeiten darin, daß die Mitglieder derselben das Stimmrecht haben, eigene Anträge stellen können und so ein Minoritätsvotum herbeiführen können, dessen Motive dem Deputationsbericht angehängt werden dürfen.

Es war den Gegnern höchst unangenehm, daß an einem so drastischen Beispiel einmal nachgewiesen werden konnte, daß man den sozialdemokratischen Abgeordneten eingehende parlamentarische Mitarbeit unmöglich machen und alles hübsch unter sich allein abmachen will.

Wie dabei die gesehgeberische Arbeit leidet, das zeigt sich gerade an dem besprochenen Gesehentwurf, der, in einseitiger Weise hergestellt, ein Gewis schlechter Gesehmacherei ist. Mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde dieser Gesehentwurf, ein Ausfluß der Zänsterei und des Kastengeistes, angenommen.

## Soziale Ueberfahrt.

Die Schuh-, Schäfte- und Lederfabrikanten Deutschlands traten am 2. Februar, vormittags 11 Uhr, im Frankfurter Hof in Frankfurt a. M. zu einer öffentlichen Versammlung zusammen. Zweck der Versammlung ist — wie es in der Einladung heißt —, den Interessenten, welche durch die im Sommer 1895 stattgehabte Haufe und der darauf folgenden Baiffbewegung der Lederpreise in hohem Grade benachtheiligt sind, zu zeigen, daß die räthselhafte Konjunktur doch nicht so weit vorgeschritten ist, daß die vor der Haufe notirten niedrigen Preise wieder Platz greifen könnten. Es zeigt im Gegenheil der gegenwärtige Markthautmarkt eine Festigkeit der Preise nach oben, die es vor der Hand unmöglich erscheinen läßt; weder seitiges Leder, noch fertige Schuhwaaren zu den früheren Preisen heranzustellen. Durch den Austausch der Meinungen der Produzenten soll versucht werden, eine Klärung der Situation innerhalb der Branche herbeizuführen, außerdem aber den Schuhhändlern und Schuhkonsumenten nahe zu legen, daß ein weiteres Herabdrücken

der Preise für das fertige Fabrikat nicht weiter durchgeführt werden kann, wenn Waare auf reelle Weise mit reellem Material gearbeitet werden soll.

Als weiteren Gegenstand der Verhandlungen würden wir den Herren die Verbesserung der Lohnbedingungen der in der Schuh-, Schäfte- und Lederbranche beschäftigten Arbeiter vorschlagen.

## Versammlungen.

Im Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen hielt Dr. med. Blaschko am 26. d. M. einen Vortrag über Hauptpflege im Kindesalter. Der Saal war überfüllt und wurde dem Vortragenden für die gemeinverständlichen Ausführungen reichlicher Beifall gezollt. Besonders kritisierte Redner den Mangel an genügender Vade-Gelegenheit für die Schuljugend, dabei betonend, daß gerade die sogenannte Stadt der Intelligenz in den die Erhaltung der Gesundheit der Schuljugend fördernden Einrichtungen vielen kleinen Städten nachstehe. Man schreibt uns hierzu noch: Besonders im Interesse der Arbeiterklasse wäre es wünschenswert, daß alle die, welche an Maschinen, auf Bantzen u. s. w. beschäftigt sind und fast täglich Verletzungen und Verhämmlungen ausgesetzt sind, sich in dem Samariter-Kursus sozial Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben, um eine zweckmäßige erste Hilfe leisten zu können. Was nützt z. B. in einem Betriebe ein noch so schöner Verbandskasten, wenn niemand in der Lage ist, eine Wundheilung herbeizuführen oder einen zweckmäßigen Verband anzulegen? Ein solch trauriger Fall, wie vor kurzer Zeit vom „Vorwärts“ gemeldet, wo ein in seinem Beruf verunglückter Arbeiter verblutete und dadurch sein Leben lassen mußte, weil die Arbeitskollegen Hilfe nicht leisten konnten, ein Arzt so schnell nicht zu erreichen war und Hilfe in der Sanitätskammer der Gewerbe-Ausstellung durch den Portier derselben bereitgestellt wurde, könnte dann nicht vorkommen.

Eine öffentliche Versammlung der Möbelpolierer, die von etwa 700 Personen besucht war, nahm am Sonntag Vormittag Stellung zur künftigen Lohnbewegung. Im Antrage der Lohn- oder Siebener-Kommission berichtete Klinge über den bereits im Jahre 1890 aufgestellten, aber nunmehr wesentlich umgeänderten Lohnstarif. Derselbe umfaßt vier Hauptgruppen der verschiedenen Berufsarbeiten und zwar Kastenarbeit, geschweifte Arbeit, Spiegelarbeit und Nähmaschinenarbeit. Abgegeben von den zahlreichen Theilnehmern, für die besondere Berechnungen angefertigt waren, die nach wenigen Veränderungen auch von der Versammlung angenommen wurden, bestehen die Hauptforderungen in folgendem: Im allgemeinen neun Stunden Arbeitszeit, Montag und Sonnabend 8 Stunden, also pro Woche 52 Stunden gegen 54 im vorigen Tarif; Mindestlohn 27 M., bei Akkordarbeit wohl darüber, aber niemals darunter; bei dunklen Mahagonimöbeln (sogenannten englischen) nicht unter 30 M.; bei Nähmaschinen sollen dieselben Forderungen wie etwa bei Friseur u. Hofmann gestellt werden. Die genaue Ausarbeitung des Tarifs wird in der Sitzung der Kommission Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 Uhr, bei Wiedemann, Blumenstr. 33, erfolgen, wozu sich nach der Aufforderung Klinge's alle diejenigen wenden sollen, die noch etwaige Änderungen wünschen; die endgültige Beschlußfassung über den Tarif erfolgt in der öffentlichen Versammlung, die am Sonntag, den 9. Februar bei Henke, Rannysstr. 27, abgehalten wird. Hierauf schilderte Redner die auch in der Möbelpoliererei betriebene schamlose Ausbeutung der Frauarbeit, die einzelnen Unternehmern aber noch nicht genüge; man steigere den Unternehmerprofit noch dadurch, daß mit den schwarzen, sog. „echten“ Möbeln dem Publikum gegenüber der größte Betrug verübt werde; es sei eines jeden ehrlichen Arbeiters Pflicht, diesen schamlosen Betrug offen darzulegen, zumal er gerade von den sogenannten „Ehren der Ordnung“ am schlimmsten betrieben werde! Fr. Menzler theilte dann mit, daß bei manchen Arbeitern trotz aller Anstrengung nicht mehr als 4—5 Mark wöchentlich zu verdienen sei; sie forderte daher alle Arbeiterinnen in der Möbelpoliererei auf, sich nicht nur der Organisation anzuschließen, sondern auch in der Agitation für die Lohnbewegung thätig zu sein. An die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen dieser beiden Redner knüpfte Richter die Aufforderung, die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Konfektionsbranche thätig zu unterstützen, namentlich dadurch, daß die Frauen während des Lohnkampfes einfach keine Arbeiten ausführen.

Eine öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins und der Vororte, die von etwa 8—900 Mann besucht war, verhandelte am Sonntag im Zentralsaal über die Frage: Sind wir gewillt, eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes zu fordern? Fischer leitete die Verhandlungen ein, indem er die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Zimmerergewerbe schilderte und die Nothwendigkeit darlegte, daß Schritte zu deren Verbesserung gethan werden müssen. Er empfahl den Vorschlag der Plandeputirten, welcher besagt: in betreff der Lohn- und Arbeitsbedingungen treten die Forderungen, die die Berliner Zimmerer im Jahre 1895 gestellt haben, in Kraft. Diese Forderungen sind: 9-stündige Arbeitszeit, 60 Pf. Stundenlohn und Sonnabends ist eine Stunde früher Feierabend zu machen. Der Tag, wann diese Forderungen in Kraft treten, wird von der Versammlung bestimmt; erforderlichenfalls sollen sie mittelst partiellen Streiks durchgesetzt werden. Den Ausführungen Fischers folgte eine sehr eingehende Debatte, woran sich u. a. Obst, Leonhard, Mikert, Peterait, Flieger, Seemann und Hünge beteiligten, die alle für die Nothwendigkeit einer Lohnbewegung, insbesondere für die Verkürzung der Arbeitszeit eintraten. Von mehreren Rednern wurde über den unter den Zimmerern leider noch herrschenden Indifferentismus geklagt und an deren Solidaritätsgefühl appellirt, damit man unter Ausnutzung der durch die Gewerbe-Ausstellung geschaffenen günstigen Situation die Forderungen durchsetzen könne. In etwas anderem Sinne äußerte sich Knäpper. Er verglich die gegenwärtige Bewegung mit derjenigen von 1895 und meinte, damals habe eine wahre Begeisterung unter den Kameraden geherrscht und der Andrang zu den Versammlungen sei weit größer gewesen als jetzt. Der zur Durchführung einer Lohnbewegung erforderliche gute Geist sei nicht vorhanden, das beweise das geringe Interesse, welches diese Versammlung den Ausführungen der Redner entgegenbringe. Unter diesen Umständen könne ein Streik leicht ein Schlag ins Wasser sein. Die Versammlung möge sich ihren Beschluß deshalb reiflich überlegen. Nachdem noch einige Redner für die Bewegung eingetreten waren, wurde nach 2 1/2-stündiger Dauer die Debatte über diesen Punkt geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Verschiedene Anträge waren eingebracht, die in Beziehung auf die Lohnhöhe von dem Antrage der Plandeputirten abwichen und statt 60 Pf. nur 55 Pf. Stundenlohn zu fordern verlangten. Ueberliefert sollten noch einem Antrage mit 65, nach einem andern mit 75 Pf. bezahlt werden. Auch über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Forderungen waren die Ansichten verschieden. Einseits wurde der 17. Februar, andererseits der 15. März beantragt. Andere











# Achtung! 4. Wahlkreis. Achtung!

Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
im Konzerthaus Hanssoni, Kottbuserstr. 4a:  
Große öffentliche

# Volkssammlung

Tages-Ordnung:  
Aus der letzten Zeit. Referent: Reichstags-  
Abgeordneter Richard Fischer.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Achtung!

Achtung!

# Volks-Versammlung

am Mittwoch, abends 8 Uhr,  
in Moabit, Thurnstr. 26 in der Ahrens'schen Brauerei.  
Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Molkenbühr  
über: **Der Arbeiterschutz in Theorie und Praxis.** 2. Diskussion.

Zur Deckung der Kosten Teller-Sammlung.  
Um zahlreiches Erscheinen, namentlich der Frauen und Mädchen, ersucht  
Die Einberuferin: Frau Bauschke.

# Maler und Berufsgenossen!

Mittwoch, den 5. Februar, abends 7 1/4 Uhr,  
in Cohn's Festsälen (gesamte Räume), Beuthstraße 20,  
Gingang in der Durchfahrt:

# Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen  
mit der Lohnkommission der Berliner Maler-Zunft.  
Alles Nähere siehe Säulenaufschlag heute.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

126/10

Die Lohnkommission.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Achtung! **Tischler.** Achtung!  
**Vertrauensmänner-Versammlungen.**

**Tischmacher** (inkl. Damenjahreibrische und Nähtische)  
am Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr,  
in Louis Keller's Festsälen (kleiner Saal), Koppenstr. 29.

**Branchen für Stuhl- u. Spiegelrahmen**  
am Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr,  
in Cohn's Festsälen, Beuthstraße Nr. 20, 1 Tr.

**Branchen für Telephon-, Telegraphen-,  
photographische Apparate, Buchdruckereisilien, Nähmaschinen-  
Möbel, Galanterie und Luxusmöbel**  
am Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des  
Herrn Rautenberg, Oranienstraße 180.

**Branchen für Kastenmöbel (inkl. Herrenjahreibrische)**  
am Freitag, den 7. Februar, abends 8 Uhr,  
im Lokale des Herrn Fiebig, Gr. Frankfurterstraße 28.

**Spezialbranche für Bau u. Ladeneinrichtungen**  
am Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr,  
im Lokale des Herrn Buske (fr. Seefeld), Grenadierstr. 33.

Hierzu sind besonders die auf Zimmerplätzen beschäftigten Tischler  
eingeladen.

**Branchen für gute Bauarbeit und gute Möbel  
nach Zeichnung**  
am Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr,  
im Lokale des Herrn Brochnow, Sebastianstraße 39.

**Branchen für Küchenmöbel und Särge**  
am Donnerstag, den 6. Februar, abends 8 Uhr,  
im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße Nr. 44.

Tagesordnung für alle Versammlungen:  
**Versprechung unserer Forderungen, insbesondere der  
auf prozentuale Lohnerhöhung.**

Die Kollegen werden ersucht, aus allen Werkstellen Vertrauensmänner  
zu entsenden. Legitimationskarten werden in den Versammlungen angestellt.  
Auch werden daselbst Fragebogen über Beteiligung am Streit etc. aus-  
gegeben. Diese Fragebogen sind möglichst schnell auszufüllen und auf den  
Verbandsstellen am Sonnabend wieder abzuliefern, damit die Zusammen-  
stellung der beantworteten Fragen sofort vor sich gehen kann.  
Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Charlottenburg. Achtung!**  
Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

# Öffentliche Tischler-Versammlung

im Lokale Gismardshöhe, Wilmersdorferstr. 39.  
Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die Tischler zu der geplanten Lohnbewegung? (Der  
Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Tischlers, in dieser Versammlung zu er-  
scheinen.  
81/2  
Der Einberufer.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Trud und Verlag von Max Bading in Berlin.

Ein Kammer Junge zugereist.  
C. Ehling nebst Frau, geb. Ueckermann.  
Berlin, 3. Febr. 1896. 15236

# Zentral-Kranken- u. Sterbeliste der Tischler.

(Verwaltung Berlin H.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Tischler  
**Franz Eiserbedt**  
am 1. Februar im Alter von 47 Jahren  
an der Proletariatskrankheit verstorben  
ist. Die Beerdigung findet Dienstag,  
den 4. Februar, nachm. 8 Uhr, vom  
Trauerhause, Brangelstr. 91, aus, nach  
dem Emmauskirchhofe statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
184/18 Die Ortsverwaltung.

# Todes-Anzeige.

Hiermit die traurige Nachricht, daß  
meine liebe Frau **Johanna Engel**,  
geb. **Dalke**, nach schweren Leiden am  
2. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, ihren  
Schmerzen erlegen ist. Die Beerdigung  
findet Mittwoch, den 5. Febr., nachm.  
8 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-  
kirchhofes aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
Der hinterbliebene Gatte  
**Heinrich Engel** nebst Kindern.

Sonnabend, den 1. Februar, nachm.  
1 Uhr, entschlief nach kurzem Kranken-  
lager unser innigst geliebter Sohn,  
Bruder, Schwager und Onkel, der  
Gärtler **Julius Scherwitz** im  
32. Lebensjahre. Um stille Beileid  
bittet  
Familie Scherwitz.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch,  
den 4. Febr., nachm. 8 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes  
in Brigg aus statt. 1531b

# Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme und  
die zahlreichen Kranzspenden bei der  
Beerdigung unserer Tochter sagen wir  
hiermit Allen unseren herzlichsten Dank;  
insbesondere den Sängern vom Gesangs-  
verein „Sanges-Echo“ und seinem Diri-  
genten Oskar Welt, für den schönen  
Gesang am Grabe. 2535b  
**Carl Petermann** und Frau.

Rixdorf. (49088\*) Rixdorf.

# Viktoria-Säle.

Großer Saal für Vereine  
Sonntags noch zu vergeben.

# Grösstes Mode-Waaren-Haus des Ostens

32. Grüner Weg 32 M. Löwinsohn, Inh.: L. N. Jacob Ecke Andreasplatz  
Während des Monat Februar: 4320L\*

# Grosser Reste-Ausverkauf

zu auffallend billigen Preisen.

# Sophastoff- Reste

in Rips, Damast, Crèpe,  
Phantase, Gobelin und  
Plüsch spottbillig!  
Proben franko!

in allen Qualitäten zu  
Fabrikpreisen.  
Länzerhoffe  
Emil Lefevre, Berlin S.,  
Oranienstraße  
158.

# Möbel-Ausverkauf

des Möbelspeichers Rosenthalerstr. 14.  
Wegen ganz bedeutender Vergrößerung mehrerer  
Räumlichkeiten verkaufe ich mein Waaren-  
lager zu noch nie dagewesenen Preisen voll-  
ständig aus. Zum Anzuge und für Decoupage  
ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben,  
Küchengeräte, sowie einzelne Stücke gebiegen  
und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht  
durch unangenehme Anpreisungen blenden,  
sondern besichtige sich die Möbel, welche man  
kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit  
weinen nur gebiegenen Möbeln und anerkannt  
billigen Preisen. Durch Einkauf von 3 großen  
Möbelspeichern zu günstigen Bedingungen verkaufe  
ich ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke  
ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbel-  
händler. Auch großes Lager gebrauchter und  
verliehen gewesener Möbel zu niedrigsten Spot-  
preisen. Kleiderständer 15 Mark, Ankleide-  
ständer 20 Mark, Kleiderkasten 15 Mark, Kommode  
u. Sopha 20, Bettstelle mit Vorhangsbekleidung  
u. Kissen 15, Spiegel 5, Stühle 2, Nachtsch-  
ränkchen mit Tisch 10, Tischgarnitur 20,  
neue, herrliche Tischgarnitur 100 Mark. Gebie-  
ne Nachtschrank und Waschtisch-Möbel spott-  
billig. Auch gebe ich Einrichtungen auf Teil-  
zahlung. Garantie, welche ihre Möbel bei  
mir kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis.  
Mein Abgabengeschäft. Eigene Tapezier-  
u. Tischlerwerkstätten, vier große Möbelspeicher.  
Gebrauchte Möbel können sofort auf meinen  
Lagerplätzen 3 Monate kostenfrei abgeben  
werden, dann durch eigene Wagen transportiert  
und aufgestellt, auch nach außerhalb.

# Rohrtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise  
Sämtliche Fabrikations-Artisilien.  
**Heinrich Franck,**  
Nr. 185, Grannenstraße Nr. 185.

# Bildhauer Berlins!

Das große Interesse, welches wir an der Holzarbeiterbewegung haben,  
da wir event. in Mitleidenschaft gezogen werden, erfordert es, daß wir Stellung  
dazu nehmen. Erscheint also alle in der Versammlung am 12. Februar bei  
**Joël, Andreasstr. 21.** Näheres siehe Inserat in nächster Woche.  
22/1 S. H.: **Otto Meyer**, Streiberstr. 28.

# Sattler!

Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr, in Brochnow's Salon,  
Sebastianstraße Nr. 39:

# Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die gegenwärtigen Zustände in den Militärreife-Fabriken, die  
Praktiken der Fabrikanten und die zunehmende Hausindustrie. 2. Verschiedenes.  
158/9 Die Agitations-Kommission.

# Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestraße 7/8.  
Sonntag, den 9. Februar 1896, nachmittags 3 Uhr:  
**Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.**

# Ein Volksfeind.

Von Henrik Ibsen.

Dr. Stockmann . . . Julius Türk. Hausstadt . . . Rudolf God.  
Bürgermeister . . . Wilhelm Ruff. Thomsen . . . Ernst Peterjon.  
Beginn der Verloofung 2 Uhr. 205/3  
Sonntag, den 16. Februar: Zum ersten Male: **Wilhelm Tell.**

Ein Geheilter schreibt, dass er alles, Lithion-, Salol-, Salicyl-, Ichtthyo-  
Salbe, Baden mit Spiritus. Bäder à la Knapp. Heubladener probirt  
habe, nichts half. Die Citronenkur beseitigte die Schmerzen in 5 Tagen.

Die Citronenkur ist durch jede  
Buchhandl. oder vom Verleger gegen  
Einsendung von 1 Mark zu beziehen.

# Gicht

und Gallensteine.

„Ich kann nur sagen, dass es kein besseres Mittel giebt.“ Eine Dame  
beseitigte damit die äusserst schmerzhaften Gallensteine, an denen  
sie schon seit Jahren litt. Ein anderer kurirte seinen schlechten Magen.

„Ich kann nur sagen, dass es kein besseres Mittel giebt.“ Eine Dame  
beseitigte damit die äusserst schmerzhaften Gallensteine, an denen  
sie schon seit Jahren litt. Ein anderer kurirte seinen schlechten Magen.

**B. Günzel, Lothringersstraße 52.** Spezialität: Porträts  
sozialistischer Führer,  
Cassette, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Wästen,  
Bildern u. dgl. sowie jede Druckschreibwaare u. Repar. (Man verl. Preisfouant.)

# Zeugen gesucht.

Zu bitte alle diejenigen, welche gesehen  
haben, daß abends gegen 9 1/2 Uhr am  
Dennewitzplatz- und Wälowstr. eine  
meine Tochter überfahren wurde, sich  
bei mir zu melden. 1528b  
**Hermann Neumann,**  
Blumenthalstr. 7 v. (Keller).

# Achtung! Achtung!

Künstl. Zähne v. 3 M. an, Teilz.  
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-  
ziehen, Zahnreinigung, Nervöditen bei  
Bestellung unsonst.  
**Gundel, Bauhingerplatz 2, Giffersstr. 12.**

# Belle-Alliance-Theater.

Sonntag-  
Nachm. Vorst. e. Peitzrag. verlor. Um  
Nachricht bittet **Th. Glöck**, Rheinberger-  
straße 68, 3 Treppen. 2534b

# Guten Morgen!

Jede zum Kauf bei mir erbeuht ein.  
**Carl Schindler**  
55. Chausseestr. 55. A. III 8917.  
(Nordh., Köhr, Cognar, Rum,  
Hngarwein.)

# Strickmaschinen

aus der Dresdener Strickmaschinen-  
Fabrik sind die besten und ein leichter  
Erwerbzweig für Männer, Frauen u.  
Pofant. Geschäfte. Erlernen leicht und  
gratis. Arbeit wird nachgewiesen.  
Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei  
dem Vertreter **A. Homburger**, Heilige-  
geiststr. 49, Berlin. 4150b\*

# Möbel, gebrauchte, Kauf Barow,

Rosenthalerstr. 13.

# Th. Boltz' Festsäle,

S., Alte Jakob-Strasse 75.  
Amt I, 1032. 4274L.\*  
Empfehle meine Säle zur Abhaltung  
von Festlichkeiten und Versammlungen  
zu konstanten Bedingungen.

# Blumenhandlung

**P. Abromoit, Glückerstraße 14.**  
Berlin SW. 4208b\*  
Kranze, Bouquets, Topfgewächse,  
Guirlanden u. s. w.  
Billigste (Markt-)Preise bei ge-  
schmackvoller Ausführung.

# Blumenhandlung

**Auf Teilzahlung**  
Winterpaletots, Anzüge, Damen-  
mäntel, Jaquets, Gardinen,  
Teppiche, Möbel, Betten etc. bei  
**L. Silberstein**, 4152b\*  
Rosenthalerstr. 49, 1.

# Blumenhandlung

**Robert Meyer,**  
Nr. 2. Mariamentraße Nr. 2.  
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ball-  
sträußen, Bouquets u. s. w. werden sehr  
geschmackvoll und preiswert geliefert